

Verhandlungsschrift

über die am **Donnerstag, dem 13. Dezember 2012,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

23. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 13.03 Uhr

Ende der Sitzung: 17.43 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 22. Sitzung des Gemeinderates vom 29.10.2012 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Markus Wiesinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.AR. Inge Maderthaner
Beate Wiesinger

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 06.12.2012 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Es hat in diesem GR einen Initiativantrag betreffend beitragsfreie Kinderbetreuung – Zusage des Landes OÖ, Resolution an den Landtag und an die zuständigen Organe des Landesrechnungshofes namens der SPÖ-Fraktion gegeben. Mittlerweile habe ich eine Antwort erhalten, die im Grundsatz lautet, dass die Subventionen des Landes um rund 57 % gestiegen sind und der Abgang der Gemeinden sich um 15 % erhöht habe. Das mag natürlich seine Richtigkeit haben, wenn man ganz Oberösterreich nimmt, aber nicht, wenn man sich das gemeindespezifisch anschaut. Derzeit werden die Evaluierungsergebnisse mit dem Gemeindebund und Städtebund besprochen. Ich hoffe, dass wir doch noch eine Kleinigkeit verbessern können, die zugunsten der Städte und Gemeinden ausfällt.

Ich möchte Ihnen bekannt geben, dass ich folgende Umstellung der Tagesordnung vornehme, und zwar wird der Initiativantrag betr. Budgetbegleitbeschluss 2013 nicht als TOP 8 sondern als TOP 4 behandelt, weil dieser natürlich in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Budget 2013 steht. Die nachfolgenden Punkte haben entsprechend dem eine andere Ziffer.

Es ist keine Aktuelle Stunde für heute angesagt, es ist kein Thema bekannt gegeben worden. Ebenso ist bei den Dringlichkeitsanträgen kein Antrag eingelangt.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

1.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels,
mit der die Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird
(2. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011)
FD-StV-10-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 16.11.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 1 beigefügte 2. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 beschließen.

StR. Dr. Rabl: Wir haben uns vor mehreren Jahren dazu bekannt, dass es bei allen Gebühren zu einer Indexanpassung kommt. Diese Indexanpassung ist daher routinegemäß und wird auch routinegemäß abgestimmt. Aufgrund der massiven Gebührenerhöhungen in der Vergangenheit und der Verschärfung des Wohnproblems und der Wohnkosten stellt sich allerdings die Frage, ob diese Politik so weiter getragen werden kann oder nicht. Wenn man sich überlegt, dass heute die durchschnittliche Miete der Welser Heimstättengenossenschaft € 350,00 beträgt und die durchschnittlichen Betriebskosten bereits € 3,00 pro m² betragen, dann muss man zum Schluss kommen, dass die Betriebskosten fast annähernd so hoch sind wie die Miete selbst. Das führt zu einer unglaublichen Belastung der Mieter, weshalb das Wohnen für immer weniger Leute leistbar ist. Dies ist ein Thema, um welches wir uns zukünftig annehmen müssen. Deswegen meine ich, dass wir darüber nachdenken müssen, ob eine Gebühr eine versteckte Steuer ist oder ob die Gebühr nur jene Kosten abdeckt, die durch die Dienstleistung auch tatsächlich verursacht wird. Es kann nicht sein, dass wir eine Gebühr für Müllabfuhr einheben, tatsächlich diese aber wesentlich weniger kostet, als sie im Ergebnis bringt und der Überschuss ins allgemeine Budget fließt. Dies ist nicht der Sinn einer Gebühr. Wir müssen zu einer Evaluierung der Gebührenhöhe kommen, das könnte unter Umständen auch zum Ergebnis haben, dass eine Indexanpassung einmal ausfallen wird.

GR. DI. Leitinger: Ich möchte mich den Ausführungen von Dr. Rabl anschließen. Indexanpassung ist natürlich toll und wir haben vereinbart das zu tun. Aber wenn wir darauf schauen, wie sich die Löhne und Gehälter in Österreich in den letzten Jahren entwickelt haben, sprich mit Abschlüssen unter den jährlichen Indexanpassungen, sind wir auch sehr dafür, dieses Thema einmal kritisch anzuschauen, um unsere Bürger und Bürgerinnen zu entlasten.

Vzbgm. Wimmer: Grundsätzlich schließe ich mich den Ausführungen an. Wir müssen natürlich bedenken, welche Dienstleistung wir in diesem Rahmen und über die Müllabfuhr hinaus erbringen. Es war ja bereits öfter die Rede davon, hier entsprechende Dienstleistungsreduzierungen und damit Verbilligungen zu diskutieren, z.B. die Grünschnittsammelstellen, die hier in diesen Kosten enthalten sind und die der Bevölkerung im ganzen Stadtgebiet kostenlos zur Verfügung stehen. Auch die Frage des Hinaus- und Zurücktragens der Mülltonnen wurde bereits diskutiert. Es hat sich in der Vergangenheit keine Mehrheit des GR gefunden hier Veränderungen vorzunehmen. Ich bin gerne zu jeder Diskussion bereit über alles, was für die Bürger günstiger gemacht werden kann. Man soll allerdings auch die Budgetwahrheit nicht aus dem Auge verlieren. Auf der einen Seite werden zusätzliche Ausgaben gefordert und andererseits aber auch Einnahmenreduzierungen. Das geht sich einfach nicht aus, d.h. man muss das Gesamtpaket Budget neu diskutieren. Dazu bin ich gerne bereit.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

2.)

Änderung der Richtlinien der ModernisierungEuro-Förderung 2005
(2. Novelle zu den Richtlinien der ModernisierungEuro-Förderung 2005)
FD-Fin-5100-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 16.11.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 2 beigefügte 2. Novelle zu den Richtlinien der ModernisierungEuro-Förderung 2005 (MEF 2005) beschließen.

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 3 beigefügten Abänderungsantrag aller vier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und ersucht diesen mitzuberaten.

Vzbgm. Wimmer: Grundsätzlich geht es um die Verlängerung des im Jahr 2005 eingeführten ModernisierungEuro. Dieses Modell hat sich ausgezeichnet bewährt. Ich unterstütze diesen Abänderungsantrag, denn diese Gelder, die gemeinsam von mir und Koll. Lehner oder vom jeweiligen Wirtschafts- und Finanzreferenten verwaltet werden, haben in der Vergangenheit bereits in der Praxis diese Möglichkeiten berücksichtigt. Nur dem Wortlaut nach haben diese Richtlinien nicht entsprochen. Daher ist diese Änderung dieser Richtlinie eigentlich eine Anpassung an die Praxis. Dies ist zu unterstützen, wie auch die Verlängerung des Projektes bis 31.12.2015, wofür ich sie um ihre Zustimmung ersuche.

StR. Lehner: Ich möchte die Gelegenheit nutzen mich bei allen Fraktionen zu bedanken, dass sie diesen gemeinsamen Weg gehen. Im Hinblick auf die Ergebnisse der CI-MA-Studie ist es wichtig, dass die Welser Portallokale ausgezeichnet bespielt werden in dem Sinne, dass es hier Handels-, Gastronomie- und Dienstleistungsbetriebe gibt, die diesen ModernisierungEuro zukünftig anbieten können. Dies ist sicherlich für das Leben in der Innenstadt und die Situation in den Portalen ein sehr positives Zeichen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 3) sämtlicher im Gemeinderat vertretenen Fraktionen wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 2) wird

einstimmig angenommen.

3.)

Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2012;
Feststellung
FD-Fin-100-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 16.11.2012 und im Stadtsenat am 19.11.2012:

Der 1. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2012 (Anlage 4) wird gemäß § 54 Abs. 1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 196,464.900,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 196,464.900,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 37,422.600,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 37,422.600,--

Der Antrag (Anlage 4) zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

GR. Mag. Parzmayr ist bei der Abstimmung zu Punkt 3 der Tagesordnung im Sitzungssaal nicht anwesend.

4.)

Initiativantrag betreffend Budgetbegleitbeschluss 2013
DI-Verf-393-2012

Vzbgm. Wimmer: Es handelt sich um jene Tagesordnungspunkte, die unmittelbar mit dem Budget für das Jahr 2013 zusammenhängen. Ich darf Sie ersuchen, die Tagesordnungspunkte 4., 5., 6. und 7. zusammen zu diskutieren und ich werde diese auch gemeinsam vortragen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, ESVG, Stabilitätspakt, Schuldenbremse, Ausgabenbremse, Schuldenanpassungsquote usw. Die Erstellung des Voranschlages 2013 stand im Zeichen dieser Schlagworte. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise belasten die öffentlichen Haushalte in den EU-Ländern merklich. Diese Krise hat in vielen EU-Ländern grundlegende Probleme und unhaltbare Trends aufgezeigt. Mit der neuen volkswirtschaftlichen Steuerung geht die EU auf Reformkurs. Die EU-Strategie zur Stabilisierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zur Bewältigung der Schuldenkrise in der EU ist sehr stark fokussiert auf die Stärkung der Budgetdisziplin. Daher wurde eine Reihe von Regelwerken, wie Sixpack, Twopack und Fiskalpakt geschaffen. Aufgrund dieser europäischen Entwicklungen wurde der Österreichische Stabilitätspakt neu verhandelt, um die Haushaltsregeln im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union gesamtstaatlich sicher zu stellen. Diese neue volkswirtschaftliche Steuerung der EU in Verbindung mit dem österr. Stabilitätspakt 2012 hat auch massive Auswirkungen auf die Finanzpolitik der Städte und Gemeinden. In Zukunft wird nicht mehr allein der Haushaltssaldo nach ESVG – das ist der Maastricht-Saldo – im Vordergrund stehen, sondern es gibt ein System mehrfacher Fiskalregeln. Nachdem ich mich selbst sehr intensiv mit den komplizierten Vorschriften befasst habe, darf ich Ihnen auch

erklären, wofür diese vier Buchstaben ESVG stehen. Sie stehen für Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Rechtlich gesehen handelt es sich bei diesem System um eine EU-Verordnung, um ein für die EU-Mitgliedstaaten unmittelbar verbindliches Recht, um zu gewährleisten, dass vergleichbare, aktuelle und zuverlässige Informationen über Struktur und Entwicklung der Wirtschaft der EU-Mitgliedstaaten und der Regionen bereit gestellt werden. Heraus aus den europarechtlichen Vorschriften komme ich zum eigentlich wesentlichen Kernpunkt für unsere Finanzwirtschaft der nächsten Jahre, nämlich zum Stabilitätspakt 2012.

Dieses System mehrfacher Fiskalregeln enthält für die Gebietskörperschaften entsprechende Verpflichtungen zur Haushaltskonsolidierung. Im Detail möchte ich sie auf den Amtsbericht verweisen, wo wir versucht haben, diese Regeln in Kurzform darzustellen. Wesentlich dabei ist, dass die Gemeinden jeweils landesweise jährlich bis 2016 ein ausgeglichenes Maastricht-Ergebnis erzielen müssen. Ab 2017 wird der Maastricht-Saldo in dieser Funktion vom strukturellen Saldo abgelöst. Das ist die sog. Schuldenbremse. Bei Nichterreichen stehen entsprechende Sanktionen im Raum, die nach Prüfung durch den Rechnungshof ohne die betroffene Gebietskörperschaft, die Städte werden hier durch den Städtebund vertreten, verhängt werden können.

Wie die Aufteilung innerhalb des Landes erfolgt ist noch offen. Grundsätzlich bedürfen diese Regeln für die Anwendung bei den Gemeinden noch einer entsprechenden Operationalisierung zwischen Bund-, Städte- und Gemeindebund und den jeweiligen Ländern. Ich habe die Fraktionen bei den Budgetgesprächen darüber informiert, dass ich mich schriftlich an den Landeshauptmann und an den Gemeindeferenten gewandt habe. Mit dem Landeshauptmann als Finanzreferenten wurde auch in zwei Gesprächen das Thema erörtert und dieser hat mitgeteilt, dass es solche Regeln geben wird. Es werden Maastricht-Salden des Landes OÖ für die oö. Gemeinden auch in Zukunft zur Verfügung stehen.

Eines ist aber schon herauszustreichen, dass nach diesem Stabilitätspakt 2012 zwar Bund und Länder bis 2016 ihr zugestandenes, negatives Maastrichtergebnis reduzieren müssen, aber der Bund 2016 noch immer negativ sein darf, während die Gemeinden bereits von 2012 an verpflichtet sind, landesweise Null zu erreichen. Einfach gesagt heißt dies, dass die möglichen 3 % Maastrichtdefizit bis zum Jahr 2016 sich Bund und Länder aufgeteilt haben, aber für die Gemeinden Null im Gesetz enthalten steht. Dies wiederum bedeutet, dass wir auf diesen landesweisen Ausgleich, den das Gesetz ermöglicht, angewiesen sind, wofür wiederum entsprechende Regeln des Landes OÖ. benötigt werden.

In den weiteren Jahren sind insbesondere noch die Schulden- und Ausgabenbremse zu beachten, die wiederum Einschränkungen in unserer Budgetierung und Handlungsfähigkeit bringen werden.

Ich habe diese Rahmenbedingungen bewusst und etwas genauer vorgetragen, da von diesen Bestimmungen die Erstellung des Voranschlages 2013 und insbesondere die mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2016 geprägt sind. Aufgrund der Rahmenbedingungen des Stabilitätspakts 2012 habe ich als Finanzreferent die Vorgabe gemacht, dass nur jene maastrichtneutralen Investitionsausgaben im Rahmen der Teilabschnitte 85 – 89, das sind die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, wesentlich davon sind die Alten- und Seniorenheime und die bereits durch Beschlussfassung genehmigten Investitionen, in die vorliegende Planung der Jahre 2013 bis 2016 mit einer finanziellen Be-

deckung aufgenommen werden. Im Voranschlag 2013 wurden im Zuge der politischen Budgetverhandlungen weitere Projekte bedeckt. Darüber hinaus sind vor diesem Hintergrund die Stadsenatsfraktionen im Verlaufe der Budgetverhandlungen übereingekommen, im Zuge der Beschlussfassung zum Voranschlag 2013 in Form eines Initiativantrages einen Budgetbegleitbeschluss zu fassen mit dem Ziel, Strukturreformen umzusetzen, bestimmte Positionen einer Überprüfung zu unterziehen und für die überwiegenden Punkte einen entsprechenden Zeitrahmen zur Erledigung festzulegen. Dies war deshalb notwendig und wird von mir als Finanzreferent nicht nur mitgetragen sondern auch unterstützt, weil ich schon angeführt habe 2016/2017 die Frage der Schuldenbremse und die Frage der Ausgabenbremse für alle Gemeinden und damit auch für unsere Stadt sehr schlagend wird. Dies wiederum bedeutet, dass wir ab diesem Zeitpunkt in jährlichen Intervallen, auch hier fehlen noch die entsprechenden Ausführungsbestimmungen, unsere Ausgaben zu reduzieren haben. Dieser Initiativantrag ist nicht mehr und nicht weniger als uns auf diese Zeit vorzubereiten. D.h. es ist jetzt die Zeit zu überlegen und nachzudenken, wo wir entsprechende strukturelle Maßnahmen treffen können.

Bevor ich in der Folge Dr. Barth ersuche, die Zahlen des Budgets 2013 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2016 zu präsentieren, möchte ich auf einige Details dieser Präsentation eingehen, die auf sehr wesentliche Eckdaten des ordentlichen Haushaltes 2013 hinweisen. Meine finanzpolitische Vorgabe, dem Gemeinderat nur ein ausgeglichenes Budget im ordentlichen Haushalt vorzulegen, wurde mit Einnahmen und Ausgaben von 197,23 Mio. Euro erreicht, d.h. wir sind in der Lage hier heute ein ausgeglichenes Budget zu beschließen – im Gegensatz zu an die 300 oder über 300 oberösterreichischen Städte und Gemeinden.

Bei den Personalausgaben wurde sehr knapp budgetiert. Primär im Sozial- und Kinderbetreuungsbereich wurden zusätzliche Planstellen notwendig. Im Bereich der Sach- und sonstigen Ausgaben wurde außerordentlich restriktiv budgetiert. Es war nur damit möglich, entsprechende Einsparungen zu erzielen. Es wurden im Wesentlichen nur Steigerungen im Sozialbereich zugelassen. Weiters bei den Mieten, wie z. B. für den neuen Kindergarten in Laahe. Dieser Kindergarten Laahe ist insbesondere auch im Personalbereich von Relevanz. Wie sie wissen, wurden dort 22 neue Beschäftigte aufgenommen, obwohl im Dienstpostenplan nur eine Steigerung von 14 Personen vorgesehen ist.

Die Subventionen blieben auf dem Stand 2012 eingefroren, es wurden teilweise Kürzungen gemacht. Jedoch waren für die 100%ige Abgangsdeckung bei den privaten Kindergärten erhebliche Steigerungen von in Summe 0,52 Mio. Euro notwendig. Wir wenden mittlerweile für die privaten Kinderbetreuungseinrichtungen 2,50 Mio. Euro auf, insgesamt für die Kinderbetreuungseinrichtungen in unserer Stadt sind es bereits über 7 Mio. Euro.

Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass sich durch die Stabilisierung beim Krankenanstaltenbeitrag diese Zahlungen von 2012 mit 14,7 Mio. Euro auf 13,5 Mio. Euro im Jahr 2013 verringern werden. Ungeachtet dessen gehe ich aber auch nicht von meinem Standpunkt weg, dass die Kommunen eine grundsätzliche Entlastung von den Transferzahlungen bitter notwendig haben. Die Transferzahlungen an das Land OÖ wurden zwar hinsichtlich der Steigerungsdynamik eingebremst, sind aber nach wie vor eine erhebliche Belastung. Nicht nur was die absoluten Ziffern sondern auch was die jährliche Steigerung betrifft. Ich darf hier nur das Thema der Landesumlage kurz streifen, die ei-

nen oberösterreichischen Sonderfall darstellt und wo es sehr wichtig wäre, hier zur Entlastung der Gemeinden über Änderungen nachzudenken.

Erfreulich ist, dass neben den Steigerungen der Ertragsanteile sich die Kommunalsteuer nach wie vor gut entwickelt und eine Erhöhung von 2012 zu erwartenden rund 32,5 Mio. auf 2013 in der Höhe von 33,67 Mio. eingeplant werden konnte. Hier gilt mein Dank wieder den vielen Welser Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für dieses Aufkommen sorgen und dafür verantwortlich sind. Diese sehr erfreuliche Entwicklung bei der Kommunalsteuer unterstreicht, dass wir eine sehr gesunde Wirtschaftsstruktur in unserer Stadt haben, dass wir einen gesunden Mix von verschiedenen Unternehmungen, von sehr vielen Kommunen haben und dass wir nicht, wie andere Städte, von einem einzigen Großunternehmen abhängig sind. Welches dann in Zeiten, wo vielleicht Kurzarbeit notwendig ist, sich sehr schmerzvoll auf die Kommunalsteuereinnahmen auswirken könnte. Bevor ich fortfahre, darf ich den Herrn Finanzdirektor ersuchen, die Zahlen des Budgets 2013 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2016 vorzustellen.

Dr. Barth: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Finanzreferent, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst zu den Prämissen, zu den wesentlichen Prämissen des Budgets 2013 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2016. Die Hauptposition bei den Einnahmen sind die Ertragsanteile. Hier gibt es für das Budget 2013 und für die mittelfristige Finanzplanung heuer ein etwas differenziertes Bild von den Prognosen. Zum Zeitpunkt Mai 2012 hat der Bund für 2013 für OÖ. rund 1,398.000.000 Euro prognostiziert. Beim Bundesvoranschlag von Oktober 2012 ist eine Steigerung vorgesehen auf 1,402.000.000 Euro. Allerdings ist das Land eher etwas vorsichtiger gewesen und hat im VA-Erlass nur 1,390.000.000 Euro prognostiziert. Bei unserem Budget 2013 haben wir uns orientiert an den Prognosen des Bundes vom Mai 2012; diese liegt in etwa der Mitte dieser beiden Prognosen. Hauptbeweggrund beim Land war, dass der November relativ schlecht war und auch gedacht wurde, dass die Prognose des Bundes mit einem Plus von 1,3 Mio. Euro heuer eventuell nicht erreicht wird. Inzwischen sind aber alle Bescheide für das Jahr 2012 da, und es ist exakt diese Größenordnung von 1,3 Mio. Euro Plus eingetreten.

Für die mittelfristige Finanzplanung haben wir uns ebenfalls an den Mai-Prognosen orientiert, mit 4,2 % in den Jahren 2014 und 2015, und mit 4,3 % im Jahr 2016. Das Land geht hier auch wieder sehr vorsichtig im VA-Erlass vor und prognostiziert nur 1 % Steigerung pro Jahr.

Bei den eigenen Abgaben und Einnahmen hier die wichtigste Position, die Kommunalsteuer. Hier werden wir auch den Voranschlag 2012 nach unserer Hochrechnung mit rund 0,38 Mio. Euro überschreiten, das bedeutet im Vergleich zum Rechnungsabschluss 2011 eine Steigerung von rund 5 %. Für das Budget 2013 und in den Planjahren sind wir für eine Steigerung von 3,5 %. Weitere wesentliche Position, die Abfallgebühren. Hier wurde die Indexanpassung mit 2,72 % berücksichtigt, welche bereits beschlossen wurde.

Bei den Einnahmen aus Leistungen und bei den sonstigen Einnahmen gibt es viele indexgebundene Tarifordnungen, die in Summe nicht von so großer Bedeutung sind, da es den Gratiskindergarten gibt.

Auf der Ausgabenseite, beim Personal, wird sich heuer eine Unterschreitung des Voranschlags 2012 abzeichnen, und zwar mit rund 0,9 Mio. Euro. Der Ansatz im Budget 2013 bedeutet eine Steigerung von 1,2 % ohne Abfertigungen, und inklusive Abfertigungen von 1,6 % im Vergleich zum Budget 2012. Der Dienstpostenplan sieht eine Steigerung von rund 11 Personaleinheiten umgerechnet auf Vollbeschäftigte vor und ist zurückzuführen auf den Bereich Soziales und Kindergarten. In den Planjahren haben wir eine Steigerung bei den Personalausgaben von 3 % prognostiziert.

Ein weiterer wesentlicher Faktor sind immer die Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts. Hier gibt es die erfreuliche Entwicklung, dass ein Bruch beim Krankenanstaltenbeitrag enthalten ist. Dieser ist sehr wesentlich zurückzuführen auf eine Guthabensabrechnung aus dem Jahre 2011. Insgesamt heißt das ein Minus von 8 % im Vergleich zur Hochrechnung 2012.

Chancengleichheitsgesetz 3,6 % Steigerung, Sozialhilfeumlage bzw. neu bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ein sehr großer Steigerungsprozentsatz. Allerdings bei diesem Transfer ein eher sehr geringer Betrag von rund 133.000 auf 194.000 Euro. Weiters ist im Budget 2013 auch noch die Abrechnung aus den Jahren 2010 und 2011 vom umgestellten Pflegegeld, welches jetzt bei den Bundesertragsanteilen abgezogen wird, enthalten.

In den Planjahren 2014 – 2016 ergeben sich zwar, wenn man von der Guthabenbasis beim Krankenanstaltenbeitrag ausgeht, doch wieder kräftige Steigerungen in den Perioden. Hier werden 7,1 %, 7,5 % und 4,3 % vom Land vorgegeben. Bei den Sozialumlagen inklusive dem Chancengleichheitsgesetz ist die Bandbreite zwischen 3,11 % und 3,36 %. Bei den Verwaltungs- und Sachausgaben haben wir eine sehr restriktive Budgetierung vorgenommen. Grundsätzlich wurden wo möglich Kürzungen durchgeführt und Steigerungen nur mit Begründungen akzeptiert, wie zum Beispiel Erziehungshilfen, Mobile Altenhilfe oder Miete Kindergarten Laahen.

Bei den Subventionen im Ermessensbereich sind wir auf Niveau 2012 geblieben. Teilweise eben auch Reduktionen im Pflichtbereich, wie schon angeführt. Starke Erhöhungen im privaten Kindergartenbereich und bei den Gesellschafterzuschüssen für Welios und WBA sind hinzugekommen.

Den Schuldendienst und die Finanzierungen haben wir entsprechend der mittelfristigen Investitionsplanung berücksichtigt.

Die Einnahmen im ordentlichen Haushalt, ohne Sollüberschuss, Rücklagen und interne Vergütungen, zeigen eine Steigerung von 5,8 Mio. Euro vom Voranschlag 2012 auf Voranschlag 2013. Im Gegenzug steigen auf der Ausgabenseite auf gleichem Niveau die Ausgaben nur um 2,7 Mio. Euro, von 168,2 Mio. Euro auf 170,9 Mio. Euro.

Zurück zu den Einnahmen: die wesentlichste Position – die Bundesertragsanteile – steigt von 67,1 auf 70,8 Mio. Euro, die eigenen Steuern wesentlich bedingt durch die Kommunalsteuer steigen auf 51,5 Mio. Euro. Die Einnahmen aus Leistungen und Sonstigen sind leicht rückläufig und sind mit 32,4 Mio. Euro budgetiert.

Transfers, die wir von Trägern des öffentlichen Rechts bekommen, steigen von 11,1 auf 12,3 Mio. Euro, wesentlich bedingt auch durch den Pflegefonds.

Die Ausgabenseite Personal steigt von 66,6 Mio. auf 67,6 Mio., also um 1 Mio. Euro. Pensionen sind leicht rückläufig. Die Sachausgaben steigen von 46,6 auf 48,2 Mio. Euro – Gründe dafür wurden bereits genannt. Leicht rückläufig sind die Transfers an Träger öffentlichen Rechts, diese schlagen sich mit 28,9 Mio. Euro zu Buche. Subventionen 9,6 Mio. Euro – der Grund der Steigerung wurde auch bereits erwähnt – für den Schuldendienst werden 9,5 Mio. Euro budgetiert.

Grafisch dargestellt sind die Ertragsanteile seit der Entwicklung des Rechnungsabchlusses 2008 mit der Wirtschaftskrise mit 71,3 Mio. Euro inklusive der Finanzaufweisung budgetiert.

Nun zu den Prognosen der Ertragsanteile – was wäre ohne Wirtschaftskrise gewesen: zum Zeitpunkt Juni 2008 hat das Finanzministerium eine Prognose für ÖÖ bis 2013 abgegeben. In der Realität zeigt sich (das ist die rote Linie) diese Entwicklung bis inklusive 2013. Für Wels bedeutet dies, dass wir in Summe bedingt durch die Wirtschaftskrise 2009 bis 2013 auf Basis dieser Prognosen einen Verlust von 23 Mio. Euro bei den Ertragsanteilen haben.

Die Kommunalsteuer ist durchschnittlich deutlich gestiegen, in den letzten 3 Jahren vor der Wirtschaftskrise um rund 6 % und dann plus 0,3% im Krisenjahr 2009. Heuer ist sie wieder in Hochrechnung 2012 mit 5 % Steigerung und 2013 mit 3,5 % angesetzt, sodass sich insgesamt die Kommunalsteuer auf ein Niveau von 33,7 Mio. Euro bewegt. Ertragsanteile und Kommunalsteuer haben einen Einfluss gehabt von 36 Mio. Euro, die uns durch diese rückläufigen Jahre ab 2009 entstanden sind. Würde man bei der Kommunalsteuer nur 5 % ansetzen, wären das noch 31 Mio. Euro. Wenn man dies in Bezug zu den aufgenommenen Darlehen setzt, waren dies 48 Mio. Euro und aus diesen beiden Positionen von den Prognosen weggerechnet, war der Ausfall 29 Mio. Euro. D.h. wir haben hier, wenn man dies auf die Darlehen umlegt, um 29 Mio. Euro mehr aufnehmen müssen.

Transfers an das Land ohne Landesumlage, sind abhängig von den Bundesertragsanteilen. Zur Vergleichbarkeit inklusive Pflegegeld dargestellt, ist das erste Mal ein Rückgang von 24,1 Mio. Euro auf 23,3 Mio. Euro, d.h. ein Minus von 3,1 % zu verzeichnen. Jetzt sieht man noch die Details, wo sind die großen Positionen: das ist der Krankenanstaltenbeitrag mit 13,6 Mio. Euro und das Chancengleichheitsgesetz mit 6,2 Mio. Euro. Weiters die Berufsschulbeiträge mit etwa 1 Mio. Euro und die verschiedensten anderen Beiträge, die wir zu leisten haben.

Die Personalkosten ohne Abfertigung steigen gemäß Hochrechnung auf VA 2013 von 64,4 Mio. Euro auf 66,4 Mio. Euro, d.h. um 3,1 %.

Nun zum Ergebnis der laufenden Gebarung im ordentlichen Haushalt. Da hatten wir 2008 ein Niveau von 7,7 Mio. Euro und erreichen jetzt im VA 2013 wieder ein positives Ergebnis von 2,5 Mio. Euro, so geht es in der Planungsperiode um 3,1 Mio. Euro weiter.

Nun zu den Gesamteckdaten des Budgets 2013, im ordentlichen Haushalt haben wir ein Volumen von 197,2 Mio. Euro, der außerordentliche Haushalt beträgt rund 20 Mio. Euro, sodass sich in Summe ein Volumen von 217 Mio. Euro ergibt.

Zu den Investitionen: hier war die Devise die Vorgabe des Finanzreferenten, welcher sagte, es sind nur die Projekte zu bedecken, bei denen es bereits einen GR-Beschluss

gibt bzw. in den Betrieben mit marktbestimmten Tätigkeiten nur jene, die maastrichtneutral dargestellt werden können. Unter diesen Prämissen haben sich Investitionen 2013 von 13,6 Mio. Euro und in den Planperioden von 12,3 Mio., 7,2 Mio. und 805.000 Euro ergeben. Die wesentlichsten Positionen sind angeführt, wie die Anschlussstelle Wimpassing, der APH-Neubau, das Sportzentrum usw. In weiterer Folge hat es auf politischer Ebene für 2013 Verhandlungen gegeben; es wurden insgesamt 2,4 Mio. Euro zusätzlich aufgenommen. Die einzelnen Positionen sind hier im Detail angeführt, wie Jugendtreff mit 300.000 Euro und die größten Positionen Schulsanierungskonzept und verschiedenste Positionen im Straßenbauprogramm.

Insgesamt heißt das Investitionsausgaben 2013 von 16 Mio. Euro, bedeckt durch verschiedene Rücklagen, Förderungen von Bund und Land, sodass insgesamt 11,2 Mio. Euro Darlehen aufgenommen werden, wovon bereits 7 Mio. Euro durch den Gemeinderat bzw. durch einzelne Beschlüsse bedeckt sind. Es kommt noch zu einer zusätzlichen Darlehensaufnahme von 4 Mio. Euro. In der ImmoKG das gleiche Prinzip, nur bereits beschlossene Investitionen sind hier bedeckt, weitere nicht.

Unter diesen Prämissen ergibt sich folgende Schuldendienstberechnung: Für VA 2013 sind 4 Mio. Euro vorgesehen, getrennt in 3,3 Mio. Tilgung und 0,8 Mio. Zinsen und bewegt sich in der Planungsperiode bis hin zu 6,2 Mio. Euro.

Wenn man noch die Leasingausgaben, die ImmoKG und die Gesellschafterzuschüsse dazurechnet, so ergibt sich für das Budget 2013 5,8 Mio. Euro und bewegen sich dann in der Planung in einer Größenordnung von 7,9 Mio. Euro. Beim Schuldenstand wieder die zweifache Aussage, einmal bei der Stadt Wels selber ohne die 3,8 Mio. Euro, die in unseren Büchern für die EWW AG stehen, bewegt heuer hochgerechnet 54,3 Mio. Euro, im nächsten Budgetjahr 62,2 Mio. Euro und sinkt aufgrund der geringeren Investitionen zurück auf 56,6 Mio. Euro. Inklusiv der Schulden, die wir in der Immo KG haben, aus dem Schulbereich entstanden, ergibt sich hochgerechnet für das Budgetjahr 2013 ein Stand von 85,8 Mio. Euro und auch natürlich wieder durch die geringen Investitionen in den Planperioden sinkt dies auf 74 Mio. Euro.

Die Pro-Kopf-Verschuldung – die Hochrechnung für heuer zeigt 925 Euro pro Einwohner und steigt 2013 auf 1.059 Euro. Aufgrund der niedrigen Investitionen geht dies plangemäß wieder zurück. Inklusiv der ImmoKG bewegen wir uns hochgerechnet bei 1346 Euro und bei 1461 Euro im Budgetjahr 2013.

Nun noch zum Maastrichtergebnis: unter dieser Vorgabe, nur maastrichtneutrale und bereits beschlossene Investitionen zu bedecken, ergibt sich im Budgetjahr 2013 noch ein negatives Ergebnis bei der Stadt von minus 8 Mio. Euro und bei der ImmoKG von 0,5 Mio. Euro und dreht sich dann bereits in der Planperiode aufgrund dieser Prämisse in einen positiven Bereich. D.h. jede zusätzliche Investition, die beschlossen wird, verschlechtert diesen Bereich.

Wie sieht die mittelfristige Finanzplanung im ordentlichen Haushalt aus: unter den vorhin geschilderten Prämissen ergibt sich für 2014 ein Fehlbetrag von 2,2 Mio. Euro, für 2015 ein Fehlbetrag von 4,5 Mio. Euro und für 2016 ein Fehlbetrag von 2,8 Mio. Euro. Alles unter der Prämisse, dass wir die Bundesertragsanteile nach den Prognosen des Bundes von Mai 2012 genommen haben und nicht die vom Land vorgesehenen 1 %. Denn bei der 1 %igen jährlichen Steigerung würde dies bedeuten, dass im letzten Jahr 2016 dies eine Auswirkung hätte von 7 Mio. Euro.

Das war die Präsentation der Kennzahlen.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank Herr Finanzdirektor Dr. Barth. Vielleicht gleich zum letzten Punkt, was die Prognosen zu den Bundesertragsanteilen betrifft. Hier gibt es sehr interessante und sehr intensive politische Diskussionen zwischen den Ländern und dem Bund. Im Wesentlichen geht es darum, wie wir die Einnahmensituation auf Bundesebene eingeschätzt haben. Hier hat mir der Landesfinanzreferent, Herr Landeshauptmann Dr. Pühringer, unterschiedliche Einschätzungen mitgeteilt, insbesondere zum Steuerabkommen mit der Schweiz, wo die Einschätzungen von plus 500 Mio. Euro bis plus 2 Milliarden Euro für die Republik Österreich gehen. Dies ist ein wesentlicher Parameter für jene Bundesertragsanteile, die wir letztlich dann von der Republik Österreich im Wege des Landes Oberösterreich bekommen.

Dass diese Budgetgestaltung relativ einfach finanztechnisch und finanzwirtschaftlich gemacht werden konnte, ist natürlich auf das gute Wirtschaften aller Organe der Stadt Wels im Jahr 2012 zurückzuführen, wo das Ergebnis auf der einen Seite minder Ausgaben aber auch mehr Einnahmen gebracht hat, sodass wir unter dem Saldo in der glücklichen Lage sind, Rücklagenoperationen, die für das laufende Budgetjahr 2012 geplant waren, überhaupt nicht in Anspruch nehmen oder einsetzen zu müssen und dieses Geld für weitere Maßnahmen zur Verfügung steht. Sehr wichtig in diesem Zusammenhang, wenn ich von Minderausgaben spreche, war natürlich auch das Reformprogramm 2010. Ich danke der Frau Magistratsdirektorin dafür, dass sie dieses Programm in konsequenter Weise abgeschlossen und mehr oder weniger auch die Verpflichtung übernommen hat, diesen Kurs im Bereich der Sachausgaben des Magistrates fortzusetzen, denn nur dann ist gewährleistet, dass bei zukünftigen Entwicklungen ähnliche Erfolge vermeldet werden können, wie über den noch in Vorbereitung befindlichen Rechnungsabschluss für das Jahr 2012.

Ich möchte nach der Präsentation des Gesamtbudgets durch den Herrn Finanzdirektor vielleicht noch auf einige wesentliche Positionen aufmerksam machen, die sich im außerordentlichen Haushalt befinden. Wie bereits ausgeführt, war es hier aufgrund der Rahmenbedingungen des Stabilitätspaktes 2012 nur möglich, im Voranschlag 2013 primär die maastrichtneutralen Investitionsausgaben oder die bereits durch Beschlussfassung genehmigten Projekte mit entsprechenden Bedeckungen aufzunehmen. Trotz dieses Umstandes, dass hier sehr restriktiv vorgegangen wurde, ergibt sich ein sehr beträchtliches Investitionsvolumen für das Jahr 2013 in der Höhe von 19,82 Mio. Euro, wovon nach Abzug der Finanztransaktionen, das sind Rücklagenzuführung und die Weiterleitung von Förderungen und ähnliches in der Höhe von 3,79 Mio. Euro, reine Investitionsausgaben von 16,02 Mio. Euro für das Jahr 2013 übrig bleiben. Das sind Investitionen, die zum Großteil in die regionale Wirtschaft hinein gehen und ich meine, dass damit auch die Stadt Wels, wie alle österreichischen Gemeinden unterstreichen, dass sie im Bereich der Investitionen zu den wesentlichen Investoren dieses Staates zählen.

Neben Bedeckungen, Förderungen inkl. Bedarfszuweisungen des Landes usw. sind, resultierend aus dem Titel Investitionen, Darlehensaufnahmen in der Höhe von 11,19 Mio. Euro vorgesehen, wovon aber bereits für 7,15 Mio. Euro die entsprechenden Beschlüsse des Gemeinderates vorliegen, sodass wir quasi unter dem Titel „Neuverschuldung“ nur eine Darlehensaufnahme in der Höhe von 4,04 Mio. Euro heute zu beschließen haben.

Natürlich kann man über die Frage der Schuldenhöhe, der Pro-Kopf-Verschuldung, des Schuldendienstes sehr trefflich streiten und diskutieren, aber ich möchte hier schon klar zu bedenken geben, dass das keine Erfindungen einzelner Fraktionen, einzelner Mandatare, einzelner Gruppierungen sind. Das sind letztendlich gemeinsame Beschlüsse dieses Gemeinderates, da jeder Finanzierungsbeschluss einer Zweidrittelmehrheit bedarf und wenn zwei Drittel eines Gemeinderates sich für eine Investition entscheiden, dann tun sie das auch unter Berücksichtigung der Möglichkeiten diese Schuldenaufnahmen auch wieder zu tilgen. Wenn ich mir unseren Schuldendienst ansehe, dann muss ich sagen, dass wir hier sogar noch einigen Spielraum nach oben haben im Vergleich zu anderen Städten und anderen Gemeinden. Unser Verschuldungsgrad ist nach wie vor ein außerordentlich geringer, der Schuldendienst ist im ordentlichen Haushalt verkraftbar. Das alles natürlich immer wieder unter der Bedingung, dass der eingeschlagene Sparkurs fortgeführt wird und dass entsprechende Strukturmaßnahmen in den unterschiedlichsten Bereichen nicht nur geprüft sondern auch umgesetzt werden. Im Übrigen sind in diesen 16,02 Mio. Euro für das Jahr 2013 die Investitionen der ImmoKG nicht enthalten. In der ImmoKG haben wir 0,2 Mio. Euro, also 200.000 Euro angesiedelt für die Zusammenlegung der neuen Mittelschule 6 in der Vogelweide, sodass wir ein Gesamtinvestitionsvolumen, das direkt in den Bau und das Baunebengewerbe geht, in der Höhe von 16,22 Mio. Euro ausweisen können.

Ich möchte wirklich ausdrücklich auf diese starke Investitionstätigkeit hinweisen, weil meiner Ansicht nach Investitionen auch in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation notwendig sind, um positive konjunkturelle und arbeitsmarktpolitische Akzente zu setzen, aber auch um die Infrastruktur in unserer Stadt nicht nur zu erhalten sondern dort, wo es notwendig ist, auch auszubauen.

Es wäre meines Erachtens auch notwendig, dass für die Städte und Gemeinden von der Wirtschaft mehr Unterstützung, hier zumindest symbolische Unterstützung was den Stabilitätspakt angeht, erfolgt, denn durch dieses Korsett wird den Kommunen der Handlungsspielraum für notwendige Investitionen in der Zukunft genommen oder zumindest sehr stark eingeschränkt.

Ich habe schon gesagt, dass ich Städte und Gemeinden für den Konjunkturmotor und damit auch für einen wesentlichen Impulsgeber auf dem Arbeitsmarktsektor sehe. Dieser Druck auf die Gemeinden wird sich – sie haben das aus den administrativen Ergebniszahlen, die Dr. Barth präsentiert hat, gesehen – in den nächsten Jahren maßgeblich verstärken. Ich glaube, dieser Stabilitätspakt 2012 wird solche wirtschaftlichen Probleme auslösen, sodass er in dieser Art und Weise wahrscheinlich nicht auszuhalten sein wird. Ich gehe davon aus oder hoffe es, dass die Länder, insbesondere das österreichische Parlament, das hier gefordert ist, entsprechende Maßnahmen beschließt. Es wird ihnen aufgefallen sein – die Fraktionen, die an der Entstehung dieses Budgets mitgearbeitet haben, wissen es ohnedies – dass außer dem Bereich Schulneubau in diesem Budget, mit Ausnahme des Schulsanierungskonzeptes, das mit 500.000,00 Euro dotiert ist, und diesen Investitionen, die ich bereits genannt habe, was Großprojekte betrifft, nichts vorgesehen ist. Es ist bedauerlicherweise so, dass es dem Städtebund und dem Gemeindebund im Gleichschritt nicht gelungen ist, bei der Bundesfinanzministerin hier eine Ausnahmeregelung für den Bildungsbereich zu erzielen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, d.h. der Schulneubau ist maastrichtschädlich und kann daher nicht bedeckt werden. Es sei denn, dass das Volumen, welches das Land OÖ für die oberösterreichischen Gemeinden hier zur Verfügung stellt, sich erhöht. Das ist kein Geldfluss – ich möchte das betonen, das ist virtuelles Geld, das ist fiktives Maastrichtdefizit, wel-

ches wir ausnützen dürfen auf Kosten des Landes. Wenn das erfolgt und der Gemeinderat sich entschließt, hier entsprechende Beschlüsse zu fassen, können natürlich auch zusätzliche Projekte realisiert werden.

Ich meine, dass die Budgetsituation angesichts der ausführlich bereits von mir beschriebenen Rahmenbedingungen unter den Folgewirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nach wie vor keine einfache ist. Die Fortführung der Budgetpolitik ohne Gegenmaßnahmen kann und wird höchstwahrscheinlich zu negativen Ergebnissen in der Zukunft, insbesondere im ordentlichen Haushalt, führen. Es ist daher, hier wiederhole ich mich, unbedingt notwendig die Punkte des ebenfalls jetzt zur Diskussion stehenden Initiativantrages anzugehen und, wenn machbar, auch umzusetzen. Ich gehe davon aus, dass die Fraktionsvertreter, die diesen Antrag gemeinsam eingebracht haben, näher auf diese Punkte eingehen werden.

Meine Damen und Herren, der Weg bis zum heutigen Tag war kein einfacher. Ich darf mich jedoch zum Abschluss bei allen Mitgliedern des Stadtsenates, den Fraktionen des Gemeinderates, den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Magistrates, insbesondere bei Herrn Finanzdirektor und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wirklich konstruktive Zusammenarbeit bedanken, denn ohne diese Zusammenarbeit und das Erkennen der Notwendigkeit von tiefgreifenden Sparmaßnahmen wäre dieser Voranschlag 2013 in dieser Form nicht möglich gewesen. In diesem Sinne empfehle ich ihnen, erstens diesen Initiativantrag als Budgetbegleitbeschluss anzunehmen, den Voranschlag 2013 und die mittelfristige Finanzplanung 2013-2016 zu genehmigen. Ich ersuche dazu um ihre Zustimmung.

Bgm Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und für die Präsentation durch Finanzdirektor Dr. Barth.

Bevor wir in die Diskussion einsteigen, darf ich mitteilen, dass die KPÖ-Stadtorganisation, so wie in den vergangenen Jahren, Erinnerungen zum Voranschlag 2013 (Anlage 5) eingebracht hat. Es sollte jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin eine Ausfertigung dieser Erinnerungen auf dem jeweiligen Platz vorfinden und ich bitte diese Erinnerungen in die Diskussion mit aufzunehmen und entsprechend einzubeziehen. Wir kommen jetzt zu den Fraktionserklärungen und ich darf sagen, Fraktionserklärungen, auch Initiativantrag plus Budget, mittelfristige Finanzplanung und Darlehensaufnahme.

GR Reindl-Schwaighofer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Welserinnen und Welser, die sich für die heutige Budgetsitzung interessieren, schönen Nachmittag! Ich möchte voranführen, dass ich ein bisschen erkrankt bin und deshalb vielleicht öfters Trinken oder mich sogar mit einem Taschentuch umdrehen muss.

Ich möchte meine Ausführungen beginnen und auch ein bisschen auf die Genese dieses Budgets 2013 eingehen, um auch deutlich zu machen, welchen Prozess wir gemeinsam in der Stadt Wels, in den Fraktionen, mit den Abteilungen und dem Finanzreferenten durchgemacht haben.

Sie können sich erinnern, dass vor einigen Wochen die ÖVP- und die FPÖ-Fraktion verschiedentlich angedeutet haben, dass sie heuer keinem Budget zustimmen, wenn nicht bestimmte Forderungen umgesetzt werden. Wir haben nach einer langen Debatte und einer Fülle von Gesprächen unter den Fraktionen, mit dem Finanzreferenten und mit der Fachabteilung gemeinsam, meiner Ansicht nach eine sehr tragfähige Vereinbarung schließen können. Es hat auch einige Diskussionen in den Medien gegeben. Die Pressearbeit war sehr rege und zu Beginn sind nicht nur Freundlichkeiten ausgetauscht worden. Ich bin aber froh, dass es uns erspart geblieben ist, dass wir das Budget 2012 einfach vorschreiben müssen sonst hätten wir nämlich die Situation gehabt, dass 450 Vereine mit der Fortsetzung ihrer Arbeit ein Problem gehabt hätten. Sie wissen ja, dass es bei den Subventionen nur möglich ist vertraglich abgesicherte Subventionen auszahlungen, wenn es zu keinem Budgetbeschluss kommt. Das hätte sicher im Bereich der Vereine, egal ob Kultur-, Sozial- oder Sportvereine, einen Kahlschlag bedeutet.

Die interfraktionellen Gespräche haben deutlich gemacht, dass letztendlich alle bereit waren gemeinsam Strukturmaßnahmen einzuleiten, um für künftige Budgets Spielräume für die wesentlichen Zukunftsfragen zu eröffnen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und des Stadtsenates, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der heute vorliegende Budgetbegleitantrag beinhaltet exakt 24 Bereiche. Wir wollen gemeinsam immer unter Verantwortung der zuständigen ReferentInnen diese Themenfelder evaluieren und davon Maßnahmen ableiten, welche uns auch Einsparungen bringen können. Der Maßnahmenkatalog umfasst Maßnahmen aus allen relevanten politischen Bereichen und ich möchte dies bei einigen wenigen Punkten deutlich machen, um die Sparintension darzulegen.

Ein wesentlicher Kritikpunkt seit Jahren sind die hohen anteiligen Personalkosten oder die Personalquote am Gesamtbudget. Es werden immer wieder Benchmarks angewendet, wenn es darum geht zu beweisen, dass wir zu viel Geld für das Personal ausgeben, oder dass die Personalquote in der Stadt Wels zu hoch ist. Das Paradebeispiel einer schmalen Verwaltung im letzten Jahr war immer Innsbruck. Wenn sie sich die Mühe machen und die Organisationsstruktur von Innsbruck anschauen, dann werden sie sehen, dass auch in diesem Fall der Vergleich hinkt und hier Äpfel mit Birnen zusammen geworfen werden. In Innsbruck wird de facto nur die Hoheitsverwaltung im städtischen Budget dargestellt. Sämtliche Dienstleistungen werden in anderen Organisationseinheiten angeboten. Wir wollen uns aus diesem Grund genauer anschauen, ob es möglich ist, durch die Ausgliederung des Personals unserer Altenheime der Stadt in einen Betrieb nach Stadtstatut oder ähnlichem, neben der Vergleichbarkeit auch ökonomische Vorteile zu lukrieren. Eventuell durch die Gründung eines Vereines für die Jugendarbeit der Stadt könnten wir eine starke Dynamisierung im direkten Personalbereich erreichen. Erfahrungsgemäß ist es nämlich für einen Verein auch leichter, nationale oder internationale Projekte anzusprechen und damit innovative Impulse und auch ökonomische Vorteile zu realisieren. Ehrlich gesagt, habe ich geglaubt, dass dies die zwei Punkte sein werden, bei denen wir am meisten auch im Vorfeld diskutieren.

Da habe ich mich getäuscht. Sie haben sicher auch die Diskussion in der Öffentlichkeit in den letzten Tagen mitbekommen. Hier komme ich zum nächsten Punkt. Die Strukturmaßnahmen umfassen auch eine Diskussion über die städtischen Museen, über die Burg und über die Minoriten. Diese müssen sich meiner Ansicht nach genauso wie alle anderen Bereiche, einer Betrachtung nach Effizienzkriterien gefallen lassen. Es muss möglich sein, dass wir uns gemeinsam anschauen, wo wir das Geld ausgeben und wo

wir eventuell bei gleichbleibender Leistung oder bei vertretbaren Abstrichen auch Veränderungen vornehmen können. Ich bin sogar der Meinung, dass jeder, der glaubt, dass der Status quo vorgeschrieben werden kann, langfristig den Bestand dieser Institutionen gefährdet. Ich bin jedoch überzeugt, dass die Akteure aus diesen verschiedenen Bereichen in der Lage sind, gemeinsam mit der Verwaltung, gemeinsam mit den aktiven Menschen, diese Dinge anzuschauen und auch zukunftsweisende Szenarien zu entwickeln.

Ich kann aber, sehr geehrte Damen und Herren, nicht nachvollziehen, wenn diese Diskussion so weit geht, dass man hört, dass es um einen kulturellen Kahlschlag in unserer Stadt geht. Da habe ich nämlich das Gefühl, als würden wir von einer anderen Stadt sprechen. Wels hat seit 25 Jahren den Schlachthof mit seinen Vereinen als freie Kulturplattform finanziert, ein durchschlagender Langzeiterfolg. Wels hat mit dem Medienkulturhaus eine weitere Kulturinstitution geschaffen, die seinesgleichen sucht. Wels fördert das Wagner-Festival als internationales Festival. Wels finanziert die Infrastruktur der Galerie Forum. Ein toller Rahmen für die Welser Künstlerinnen und Künstler. Wels richtet das Internationale Figurentheaterfestival aus, eine innovative Erfolgsgeschichte. Wels ermöglicht, das Abonnementkonzert, kuratiert von Helmut Schmidinger – klassischer Kunstgenuss auf hohem Niveau. Wels hat gemeinsam mit dem Land OÖ den Herminenhof zu einer mustergültigen Musikschule ausgebaut und das ist bester Boden für die musikalische Entwicklung unserer Jugend. Ich könnte diese Liste fortsetzen. Zu diesem Transparent kann ich nur sagen – ja, Kunst, Kultur und Bildung ist wichtig in unserer Stadt. Wer da von einem kulturellen Kahlschlag spricht, verkennt die Situation und irrt gewaltig. Wels ist und bleibt kulturell ein hervorragender Boden und wer diese Erfolgsgeschichte festschreiben möchte, muss sich der Diskussion stellen. Wir sind bereit dazu!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtsenates und des Gemeinderates! Ich möchte, wenn wir heute über das Budget diskutieren, natürlich auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter deren Einfluss zur Zeit die Städte und Kommunen ihre Budgets diskutieren und beschließen, beleuchten.

Die letzte Wirtschaftskrise von 2008 ist noch nicht in allen Bereichen verdaut. Wir haben dies beim Bericht von Dr. Barth gehört, diese hat auch gravierende Auswirkungen auf die Stadt. Die Anzeichen der Eintrübung der Konjunktur sind schon wieder bemerkbar. Für das kommende Jahr wird in Österreich nur mehr ein Wirtschaftswachstum von unter einem halben Prozent prognostiziert. Die Arbeitslosigkeit steigt auch in Österreich signifikant an und beträgt mit den Personen, die sich in Schulungen befinden, 344.521 Personen mit Ende November. Auch die Jugendarbeitslosigkeit verfestigt sich auf einem hohen Niveau mit allen damit zusammenhängenden Verwerfungen. Gegenüber den Prognosen hat die Stadt Wels Mindereinnahmen von 36 Mio. Euro zu verkraften. Zwei Drittel der Gemeinden in Österreich schaffen keinen ausgeglichenen Haushalt. Unsere Stadt Wels gehört trotz dieses Umfelds, wegen seiner ausgezeichneten Wirtschaftsstruktur und der damit zusammenhängenden Finanzkraft noch immer zu den Gemeinden mit finanziellen Spielräumen.

Wenn ein Budget sprichwörtlich der in Zahlen gegossene Plan für eine Planungsperiode ist, dann ist unser Budgetbegleitantrag die Grundlage zur Einleitung einer strukturellen Erneuerung und die Basis für den notwendigen finanziellen Spielraum, den wir für die wesentlichen Zukunftsfragen in unserer Stadt brauchen werden. Diese Handlungskorri-

dore sind Bildung, Zusammenleben und Kultur sowie Wels als Stadt der Arbeit, als Stadt des Wirtschaftsstandortes.

Das Thema Bildung wird uns in all seinen Facetten von der Elementarpädagogik bis zur neuen Mittelschule aber auch bis zur Fachhochschule beschäftigen. Die Aufgabenstellungen sind in diesem Bereich so vielfältig, dass wir nicht immer auf übergeordnete Stellen bezüglich der Finanzierung von notwendigen Maßnahmen und Initiativen vertrauen dürfen.

Im Zusammenhang mit dem Thema Bildung und dem Thema Wirtschaft müssen wir auch den Kulturbereich sowie alle wesentlichen, das Zusammenleben fördernden Lebensbereiche als Standortfaktoren begreifen. Hier spannt sich der Bogen von allen Facetten des Ehrenamtes bis zur Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für unsere Sportvereine.

Wesentlich wird für uns die Positionierung von Wels als Stadt der Arbeit sein. Wels liegt im Zentrum eines prosperierenden Wirtschaftsraumes und die Wirtschaftskraft der heimischen Betriebe ist die Grundlage für den materiellen Wohlstand in unserer Stadt.

Initiativen zur Betriebsansiedlung unter Beachtung eines qualitativen Branchenmixes müssen verstärkt werden. Es ist unbedingt notwendig, dass der Welser Wirtschaftspark Voralpenland rasch verwirklicht wird. Wobei wir auch Gründerinitiativen, z.B. mit der Fachhochschule einleiten sollten. Die Gemeinden und Städte sind in manchen Bereichen die größten Investoren und eine der wichtigsten Auftraggeber für die heimischen Betriebe. Dies hat der Finanzreferent auch bereits angesprochen.

Ich bin sehr froh, dass wir mit den heutigen Beschlüssen ein Investitionsvolumen von 16,3 Millionen Euro auslösen. Ich habe in den letzten Tagen mit mehreren Vertretern von Baufirmen und Architekten gesprochen. Alle klagen darüber, dass die Auftragsbücher leer sind, alle klagen darüber, dass es keine Projekte in der Pipeline gibt. Ich hoffe, dass sich das noch ändert, sonst werden wir im Bereich des Arbeitsmarktes Probleme haben. Darum wird es notwendig sein, dass wir als Kommune weiterhin in der Investitionstätigkeit für unsere Regionen auch auftreten.

Es ist wie gesagt, Aufgabe der Politik budgetäre Spielräume für die Zukunftsfähigkeit zu schaffen. Wir werden mit den heutigen Beschlüssen einen wichtigen Beitrag auf der Welser Ebene einleiten. Es wird aber notwendig sein, dass unsere Gesellschaft durch eine klare und gerechte Steuerpolitik alle Menschen nach ihren Möglichkeiten für die Finanzierung des Staates und somit auch der Gemeinden, Kommunen, heranzieht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen in Österreich eine gerechte Steuer, wir brauchen eine Steuer für Millionäre von 0,7 bis 1,5 %, damit wir die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen, die wir umsetzen wollen, auch finanzieren können. Nur wenn wir eine exzellente Bildungslandschaft von den Kindergärten bis zur Universität wollen, wenn wir uns Kultureinrichtungen ausfinanzieren oder wenn wir die Löcher in den Straßen stopfen wollen, muss zusätzlich Geld aufgebracht werden. Es gibt in Österreich 80.000 Menschen, die eine Million oder mehr an Vermögen besitzen. Alleine diese Besteuerung, die ich angesprochen habe, würde 3 Milliarden Euro in die Kasse bringen und uns einen guten Beitrag für die Finanzierung der Gemeinden und Kommunen und der wichtigen Projekte bringen.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass die SPÖ-Fraktion des Gemeinderates das ursprüngliche Vorhaben eines Doppelbudgets für 2014/2015 weiterhin auf der Agenda hat. Wir sind überzeugt davon, dass ein Doppelbudget eine wesentliche Kostendämpfungsmaßnahme auch im Vollzug des Budgets ist und dass damit alle Subventionsnehmer eine bessere Planungssicherheit für diese Periode haben. Ich möchte alle Fraktionen aufrufen, dass sie gemeinsam mit uns diese Initiative unterstützen.

Ich möchte mich bei allen beteiligten Akteuren für das Zustandekommen des Budgets herzlich bedanken. Zuerst bei Herrn Finanzdirektor Dr. Barth mit seinen Mitarbeitern – besten Dank für die hervorragende und professionelle Vorbereitung - den Stadtsenatsmitgliedern, an der Spitze Bgm Dr. Koits, und unseren Finanzreferenten Hermann Wimmer – besten Dank. Dir, lieber Hermann, möchte ich sagen, dass es dir wieder gelungen ist, dramaturgisch das Budget so vorzubereiten, dass der heutige Beschluss – ich setze voraus, dass alle Fraktionen dazu stehen werden, eine konsequente und logische Folge aus diesem Prozess ist – ich gratuliere dir dazu.

Ich rufe sie auf, dass wir gemeinsam diese Beschlüsse heute für die Stadt Wels für die Zukunft der Stadt Wels fällen. Dankeschön!

StR. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Die letzten Worte von Johnny Reindl-Schwaighofer waren mir doch ein bisschen zuviel Lobhudelei für alle möglichen Leute. Das Einzige, das ich voll unterstützen kann, ist der Dank an den Finanzdirektor Dr. Barth, der dieses Budget zusammen gebracht hat. Aus meiner Sicht hat Johnny Reindl-Schwaighofer aber den Dank an die wesentlichste Gruppe vergessen, nämlich den Dank an die Bürger und Unternehmer, die dieses Budget überhaupt ermöglichen. Wenn man bedenkt, dass jeder einzelne Welser Bürger insgesamt 3.287 Euro an die Stadt Wels bezahlt hat, so sind dies diejenigen, die uns heute ermöglichen, dass wir dieses Budget überhaupt auf den Weg gebracht haben. Mein Dank gilt daher den hier anwesenden Herrschaften, stellvertretend für alle Welser Bürger, die dieses Budget ermöglicht haben.

Die erste Frage, die sich im Zusammenhang mit einem Budget stellt, ist, was ist denn überhaupt ein gutes Budget? Ein gutes Budget ist ein Mix aus drei wesentlichen Dingen. Erstens einmal aus dem Sparen, zum Zweiten aus dem Investieren und das Dritte ist die Schuldenrückzahlung. Umso ausgewogener diese drei Aspekte sind, umso besser ist insgesamt das Budget.

Wenn man sich die einzelnen Punkte anschaut, zuerst gehen wir vielleicht zum Bereich Sparen, dann muss ich mir schon die Frage stellen, warum ist denn dies überhaupt notwendig? Man muss bedenken, Wels hat im Jahr 2002 keine Schulden gehabt. Ich rufe in Erinnerung, damals wurden die Wels Strom GmbH Anteile verkauft. Daraus hat Wels entsprechend viele Millionen bekommen und damit wurden Schulden getilgt. Was hat man gemacht? Man hat das gemacht, was man immer macht, wenn man nicht mehr weiter weiß, man verkauft Familiensilber. 2002 war also das Welser Budget auf Null, 2013 haben wir 53 Millionen Euro Schulden. Das sind umgerechnet ca. 1.000 Euro pro Person. Resultieren tut dies daraus, dass wir einfach zu großzügig gelebt haben, dass wir in der Vergangenheit nicht so gewirtschaftet haben, wie man es sich von einem verantwortungsvollen Kaufmann wünschen würde, nämlich ausgeglichen. Jeder von ihnen,

der in einem normalen Haushalt derartig gewirtschaftet hätte, dem würde die Frau oder der Mann sagen, wir geben zu viel aus und nehmen zu wenig ein.

Die Spardiskussion, die in dieser Folge entstanden ist, hat Bewegung gebracht. Bewegung in Positionen, Bewegungen, die gut waren aber auch schlecht. Vielleicht möchte ich bei jenen Bewegungen beginnen, die negativ waren. Da muss ich nochmals die Geschichte bemühen, nämlich das Krisenjahr 2008. In diesem Jahr, als die Wirtschaft nach unten gegangen ist und folgend 2009, als die ganze Misere in der vollen Größe vorhanden war, hat man gesehen, dass 20 Mio. Euro im Haushalt fehlen. Was machte man in diesem Zusammenhang? Man hat eine Reformgruppe gegründet – die Reformgruppe 2010. Nach der Devise, wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis. Dort sind alle zusammengekommen, Beamte und hohe Politiker, um sich darüber zu unterhalten was man denn in Wels verbessern könne. Dazu hat es etwa jedes halbe Jahr eine Sitzung gegeben. Die Vorgabe war ganz klar, wir müssen 9 Mio. Euro sparen. Dass wir dieses Ziel nicht erreicht haben, war von Anfang an völlig klar. Die Beamten haben jedoch dankenswerter Weise Vorschläge über 5 Mio. Euro präsentiert. Die Vorschläge betrafen u.a. die Öffentlichkeitsarbeit, das Personal, Altersheim-einsparungen etc. Statt der 5 Mio. Euro sind tatsächlich nur 1 Mio. Euro eingespart worden. Das ist deswegen aus meiner Sicht so tragisch, weil 4 Mio. Euro unter den Tisch gefallen sind.

Besonders verwundert war ich aber, als ich heute in den Oberösterreichischen Nachrichten lese, dass dieser Reformprozess erledigt ist. Ich war deswegen überrascht, weil noch im Sommer der Herr Bürgermeister uns mitgeteilt hat, wir sollen doch schauen, welche Maßnahmen wir als Referenten schon umgesetzt haben und welche Einsparungen wir uns weiter vorstellen können.

Einen Abschlussbericht der Beamten hat es im November 2011 gegeben. Ich erwartete jedoch einen weiteren neuen Bericht über die tatsächlichen Einsparungen. Aus den Presseaussendungen geht nichts daraus hervor. Die Einsparungsergebnisse, die heute in der Zeitung stehen, resultieren nur daraus, dass man den Voranschlag mit einem Rechnungsabschluss verglichen hat. Das wäre ungefähr so, als würde ich nach Hause gehen und sagen, ich plane nächstes Jahr 5 Mio. Euro auszugeben, tatsächlich sind es dann nur 50.000 Euro, d.h. ich habe mir 4,5 Mio. Euro gespart. Das ist zwar für die Medien und für die Öffentlichkeitswirksamkeit vielleicht ganz nett – tatsächlich ist der Einsparungseffekt Null. Wenn man sich die Analysen im Budget ansieht, sieht man, dass wohl die Sachausgaben gestiegen sind, und zwar ganz ordentlich um 2 Mio. Euro jährlich, statt um 3 Mio. Euro gesunken. Auch die Personalausgaben sind gestiegen, also eine Einsparung kann ich hier nicht erkennen. Deswegen bin ich doch überrascht gewesen, wie leicht man sich einer Reformgruppe, die das Sparen im Verwaltungsapparat im Sinne gehabt hat, entledigt hat. Zusammenfassend muss ich sagen, dass es Budgetnöte gegeben hat, ist nicht neu. Dass es einen Arbeitskreis in der Folge gibt ist auch nicht neu, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen Einsparungen vorsehen, ist auch nicht neu. Dass die Umsetzung dieser Sparmaßnahmen mangelhaft ist, ist auch nicht neu, dass der Reformprozess ohne politische Diskussion von der SPÖ beendet wird ist auch nicht neu, dass die Sparziele verfehlt werden, ist auch nicht neu.

Ich weiß, Herrn Vzbgm. Wimmer ärgert dies, wenn ich das sage: Dies hört er nicht gerne, ich werde es trotzdem hier laut und deutlich verkünden. Also zusammengefasst nichts Neues in dieser Frage.

Allerdings man muss etwas dazu sagen, ein bisschen Bewegung hat das Ganze schon gebracht. Jetzt komme ich auf diesen politischen Beschluss, auf jene 24 Maßnahmen, die von allen Fraktionen, ausgenommen den Grünen, mitgetragen werden. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es in einzelnen Bereichen Übereinstimmungen geben wird.

Das Sparvolumen dieser 24 Maßnahmen beläuft sich aus unserer Sicht auf etwa 1 Mio. Euro. Dieser Beschluss redet von einer tatsächlichen Umsetzung versehen mit einem konkreten Datum, was mir schon sehr wichtig ist. Dass ein Reformvorhaben angegangen und sogar gesagt wird, bis zu welchem Zeitpunkt es umgesetzt werden soll, hat es vorher noch nicht gegeben. Voraussetzung für eine Zustimmung zum Budget für die Freiheitlichen war dieser Begleitbeschluss mit den 24 Maßnahmen, denn dieser ermöglicht eine Trendumkehr. Genau um diese Trendumkehr geht es mir. Es ist nicht mehr tragbar, dass in der Stadt Wels jedes Jahr Millionen Euro neue Schulden gemacht werden. Irgendwann müssen wir aus dieser Schuldenfalle heraus, sonst belasten wir jene Generationen, die ebenfalls im Saal sitzt, nämlich unsere Kinder. Das ist nicht Ziel und Plan dieses Budgets und einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

Ich möchte die Gelegenheit nützen, um auf einzelne dieser Maßnahmen einzugehen. Beginnen wir beim Museum. Das Museum hat einen Abgang von 900.000 Euro jährlich. Das Museum hat durchschnittlich 9 Besucher am Tag, gleichzeitig 9 Bedienstete, 2 Personen davon sitzen an der Kassa. Dies sind Zustände wo ich sage, hier gibt es einen Reformbedarf, hier gibt es die Möglichkeit viel zu sparen. Andere Museen in anderen Städten werden mit mehr Schließtagen geführt. Weiters wäre es möglich, dass der Musealverein sich am Betrieb des Museums beteiligt, in welcher Form auch immer. Es wäre möglich in Wels eventuell Schließtage einzuführen. Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag, wenn man bedenkt, dass an diesen Tagen zum Teil gar kein Besucher ins Museum kommt. Deswegen stehe ich zu dieser Maßnahme, auch wenn ich viel Kritik in den Medien und von der Bevölkerung, die dem Museum besonders verbunden ist, dafür ernte. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass dieser Punkt von allen Fraktionen, ausgenommen der GRÜNE-Fraktion, mitgetragen worden ist.

Der nächste Punkt betrifft die VHS, auch das möchte ich erwähnen, weil viele Personen heute aus der VHS anwesend sind. Jetzt können die Schildchen gehoben werden.

Die VHS hat 4.000 Besucher. Eine wirklich beeindruckende Zahl. Die VHS hat darüber hinaus einen Abgang von 550.000 Euro, auch das ist eine beeindruckende Zahl. Ich möchte betonen, dass die VHS zur Erfüllung des Bildungsauftrages in Wels wichtig ist. Die Wichtigkeit ist gleichermaßen für alle Fraktionen gegeben. Ich habe die Analysen im Zusammenhang mit der VHS gelesen, nämlich dass diese große Zufriedenheit bei den Besuchern hat, dass diese für alle Altersgruppen ein Bildungsprogramm anbietet und es von allen Altersgruppen auch genutzt wird. Die VHS deckt auch jene Bereiche in der Freizeitbildung, die für eine Stadt wie Wels durchaus wichtig sind, ab. Das ändert aber nichts daran, dass eine Reform in diesem Bereich trotzdem erforderlich ist. Die SPÖ wünscht sich eine Zusammenlegung der VHS mit der Arbeiterkammer. Das ist schon einmal geschehen. Dieser Punkt wurde aber, das möchte ich auch hier betonen, sowohl von der ÖVP als auch FPÖ aus dem Papier hinausreklamiert. Wir sagen, es kann nicht sein, dass eine einzige Bildungseinrichtung den Anspruch hat, die VHS zu schlucken. Wir wollen keine parteipolitische Vereinnahmung der VHS.

Seitens der Zuhörer erfolgt APPLAUS.

Bgm. Dr. Koits: Darf ich ersuchen, wir sind hier nicht bei einer Veranstaltung sondern bei einer Gemeinderatsitzung. Koll. Dr. Rabl ist am Wort. Beifallskundgebungen oder sonstige Kundgebungen jedweder Art ersuche ich sie zu unterlassen – Bitte!

StR. Dr. Rabl: Allerdings muss ich schon auch sagen, dass die ÖVP hier ein bisschen eine Doppelrolle spielt. So eine Politik des „Doppelten Lottchens“. Auf der einen Seite ist da Frau Vzbgm. Eisenrauch, die heute oder gestern in den Medien sagte, sie ist jedenfalls gegen eine Zusammenlegung der VHS mit einer anderen Bildungseinrichtung. Es wird hier eine Art Kindesweglegung betrieben. Sie spricht sich mit aller Vehemenz und aller Kraft dagegen aus.

Gleichzeitig weiß Frau Vzbgm. Eisenrauch natürlich, dass Peter Lehner vor ungefähr zwei Wochen einen Antrag mitunterschrieben hat, in dem genau dies enthalten ist. Ich stelle mir natürlich schon die Frage, welche Art von Politik wird in der ÖVP betrieben? Da unterschreibt der eine was und der andere sagt, er habe davon nichts gewusst, er ist dagegen. Das ist unehrlich. Betonen wir doch, die ÖVP ist ganz klar dafür gewesen, dass die VHS mit einer anderen Bildungseinrichtung zusammen geführt wird. Das wurde von Peter Lehner und der ÖVP auch unterschrieben. Die zuständige Referentin soll nicht so tun als hätte sie davon nichts gewusst. Das kann eine Privatmeinung sein, aber nicht die Meinung der zuständigen Vizebürgermeisterin. Bitte bleiben sie bei der Sache, bitte bleiben sie auch ehrlich gegenüber den Leuten, die hier sitzen. Es kann nicht sein, dass man sich das Deckmäntelchen umhängt und sagt, na ich bin dagegen nur die anderen sind so böse. Es war eine Einigung aller drei Fraktionen.

Die freiheitliche Position zur VHS ist eine ganz klare. Ich sage, wir brauchen eine Reform. Wir wollen keinen Qualitätsverlust der Kurse, wir wollen keine Einschränkung der Angebote aber wir wollen keine parteipolitische Vereinnahmung der VHS. Es soll eine unpolitische Bildungseinrichtung bleiben, dafür werden wir kämpfen.

Der nächste Punkt ist der Tierpark. Ein Punkt, der mir besonders am Herzen liegt, nachdem ich selbst Referent in dieser Sache bin. Hier war es ganz klar, der Tierpark soll sich auf ein Familienerlebniszentrum konzentrieren. Exotische Tiere sollen reduziert werden. Die Affen bleiben im Tierpark bestehen, allerdings andere exotische Tiere werden voraussichtlich reduziert. Eine Sparmaßnahme, die auch umgesetzt werden muss.

Weitere Sparmaßnahmen betreffen das Personal. Der Personalstand ist in Wels nach wie vor aus meiner Sicht zu hoch. Ich habe mir den Benchmark der Gemeinden vom Statistischen Zentralamt heraussuchen lassen. Daraus ergibt sich, dass in einer Durchschnittsgemeinde 18 % der Ausgaben für Personal verwendet werden, in Wels sind es 34 %. Aus meiner Sicht ist auch im Personalbereich noch ein Einsparungspotential gegeben.

Das Amtsblatt ist ebenfalls ein Punkt, der uns und der ÖVP sehr wichtig war. Wir meinen, dass ein Amtsblatt eine Information an den Bürger darstellt und kein Jubelblatt für Politiker. Dafür reichen aus unserer Sicht auch sechs Ausgaben völlig aus. Jubelblätter sollen sich die Politiker selber finanzieren. Dies betrifft sämtliche Fraktionen. Ich glaube, dass es durchaus angemessen ist bei uns selbst zu sparen.

Darüber hinaus es gibt Überlegungen, die Freizeitbetriebe, Jugendvereine etc. auszugliedern. Zum besseren Verständnis: Wir haben mehrere Jugendzentren in Wels.

Diese Jugendzentren werden jeweils von Bediensteten des Magistrates betreut. Jeder weiß, dass ein Jugendbetreuer an ein gewisses Alter gebunden ist. Eine 60-jährige Person hat schwerer Zugang zu Jugendlichen als eine 20-jährige Person. Das ist das Problem: Der Jugendbetreuer wird vom Magistrat aufgenommen und erreicht ein Alter von 35 – 40 Jahren. In diesem Alter kann ein Jugendbetreuer seine Arbeit nicht mehr ausüben, er muss nun anderweitig verwendet werden. Das ist ein Beispiel, warum man durch eine Ausgliederungspolitik sehr wohl Einsparungen, wenn auch langfristig erzielen kann. Das halte ich durchaus für wichtig.

Etwas, was mir ebenfalls sehr am Herzen gelegen ist, ist eine Überarbeitung der Subventionspolitik. Ich glaube, dass die Subventionspolitik in Wels nicht wirklich ausgewogen ist. Deswegen nicht wirklich ausgewogen, weil manche Vereine und auch manche Institutionen in Wels vom Sparzwang und der Sparpolitik ausgenommen sind. Nur weil jemand von einem Verein einen besseren Zugang zu politischen Meinungsträgern hat, kann es nicht sein, dass er Subventionen wie eh und je erhält und dort nie der Sparstift angesetzt wird. Konkret spreche ich von zwei bis drei Institutionen. Ein Beispiel ist der Alte Schlachthof, der immerhin 1 Mio. Euro an Subvention erhält. Außer uns hat darüber noch niemand nachgedacht, ob nicht auch einmal beim Schlachthof zugunsten der VHS gespart werden könnte. Es hat auch noch niemand nachgedacht darüber, ob das Medienkulturhaus mit 450.000 Euro Subvention im Jahr wirklich so viel Geld benötigt. Es kann nicht immer nur sein, dass bei denjenigen, die keine politische Lobby haben, der Sparstift angesetzt wird. Ich bin dafür, ein bisschen mehr Objektivität zu zeigen.

Zusammenfassend darf ich sagen, es hat gemeinsame Sparvorschläge in allen Punkten gegeben, das ist neu in Wels, es hat konkrete Umsetzungszeitpläne gegeben, das ist neu in Wels, heilige Kühe in Form einiger Vereine werden nicht geschlachtet und auch gar nicht angegriffen, das ist nicht neu in Wels, weil wir wissen ganz genau, die Nähe zur Politik macht einiges möglich.

Wenn ich jetzt zu meinem nächsten Punkt kommen darf, das sind die Investitionen. Die Investitionen und das Investitionsbudget in Wels hat durchaus eine akzeptable Größe. Wir haben 16 Millionen Euro Neuinvestitionen, das entspricht einem Budgetansatz von 8,6 %, der Benchmark in einer oberösterreichischen Gemeinde liegt bei 8 %. Das bedeutet, wir liegen hier doch deutlich darüber. Jeder weiß, dass Investitionen in die Infrastruktur und in die allgemeine gemeinschaftliche Lebensgewohnheit Arbeitsplätze sichert und die heimische Wirtschaft stärkt, weil der Großteil der Investitionen der Welser Wirtschaft zugute kommt.

Wir sind schon sehr lange dafür eingetreten, dass die Schulsanierung eine Priorität erhält. Das ist mir deswegen so wichtig, weil es Überlegungen gegeben hat, eine Lichtenegger Schule zu entfernen und dafür eine andere neue Schule zu bauen, obwohl vielleicht das noch gar nicht notwendig wäre. Wichtig ist, dass alle Kinder ordentliche Räumlichkeiten zur Verfügung haben und dort auch den Lehrern ermöglicht wird, ihrem Bildungsauftrag nachzukommen. Es gibt den alten Spruch, der sagt, es gibt einen Hauptlehrer, einen Begleitlehrer und der dritte Lehrer ist das Schulgebäude. Diesem Punkt kann ich mich durchaus anschließen, weil eine angenehme Umgebung das Lehren einfach erleichtert. Deshalb ist dieser große Budgetposten der Schulsanierung und des Schulneubaues ein durchaus gerechtfertigter Posten, obwohl für mich noch nicht ganz klar ist, wie mit dem Problem Lichtenegg und Schulneubau umgegangen werden soll.

Darüber hinaus ist auch der Ausbau der Altersheime ein wichtiger Schritt. Silvia Huber wird diese Notwendigkeit des Ausbaues noch ausreichend erklären. Wir haben in der Politik eine ganz besondere Verantwortung gegenüber jener Generation, die den Aufbau der Stadt mitgemacht hat, deshalb brauchen wir die Möglichkeit, diese Personen optimal zu versorgen.

Sträflich vernachlässigt wird in Wels das Problem der Integration. 80 % der Welser sagen, dass Integration ein großes Themenfeld ist, das hier zu wenig getan wird. Die Politik stellt seit Jahren für diesen Bereich viel zu wenig Geld zur Verfügung, nämlich 100.000 Euro pro Jahr. Das ist schon ein Betrag, der bei weitem nicht ausreicht, dieses große Problem in irgendeiner Weise anzupacken oder vernünftig zu lösen. Einerseits stimmt das Integrationskonzept in Wels nicht, weil man zu wenig Augenmerk auf die Pflichten der Migranten legt und immer nur über die Rechte spricht, auf der anderen Seite gibt es auch nicht genug Geld, um in diesem Integrationsbereich einen größeren Fortschritt zu erzielen. Deswegen bin ich der Meinung, dass das Integrationsthema in den nächsten Budgets mehr Beachtung finden sollte. Jeder weiß, Integration bedeutet auch Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sollten nicht überbrückbare Sprachbarrieren und Bildungsbarrieren bestehen, dann habe ich auch in der Folge am Arbeitsmarkt Probleme. Diese Barrieren muss ich angreifen, wenn ich möchte, dass eine optimale Integration stattfindet. Wir sollten noch mehr darauf schauen, dass es Schwerpunktklassen gibt, in denen Kinder speziell Deutsch lernen. Es soll die Möglichkeit geben, auch den Müttern die deutsche Sprache entsprechend zu vermitteln, um auch den Eltern klar zu machen wie wichtig Bildung in einem Land wie Österreich ist. Oft ist es so, dass die zweite oder dritte Migrationsgeneration einen Schritt nach hinten macht und nicht nach vorne. Das ist etwas, was jedenfalls vermieden werden sollte.

Wenn man also den Investitionsbereich zusammenfasst, dann glaube ich, dass wir nach wie vor Investitionen auf einem hohen Niveau haben und diese Investitionen im Wesentlichen von allen politischen Parteien mitgetragen werden.

Wenn man jetzt noch zum Dritten und letzten Punkt kommt, zur Schuldentilgung, so muss man sagen, es hat in der Vergangenheit Schuldentrückzahlungen gegeben. Die Schuldentrückzahlungen insgesamt lagen bei ca. 10 Mio. Euro für die Jahre 2011 und 2012. Ich beziehe auch das Jahr 2013 ein, deswegen, weil dies im Budget heute beschlossen werden soll.

Rückzahlungen also 10 Mio. Euro, allerdings eine Neuverschuldung von 30 Mio. Euro. D.h. neue Schulden in Wels seit 2011 in Höhe von 30 Mio. Euro. Darum müssen wir über diese 24 Sparpunkte nachdenken. 30 Mio. Euro in zwei Jahren ist definitiv zu viel, bei einer Budgetsumme von 190 Mio. Euro. Deshalb muss diese Schuldentilgung erhöht werden. Wir können es uns nicht mehr leisten, neue Schulden zu machen, wir können uns es aber auch nicht mehr leisten, die Schuldentilgung auf diesem Niveau zu belassen. Ich trete daher dafür ein, dass man einen Investitionsfonds schafft, in den man die Investitionen oder Geld für Investitionen einbezahlt. Alles was darüber hinausgeht, soll für die Schuldentilgung verwendet werden. Durch diesen gemeinsamen Beschluss der 24 Maßnahmen hat es in der Stadt Wels eine Trendumkehr gegeben. Wie konkret diese Punkte umgesetzt werden, liegt im Ermessen des jeweiligen Referenten, der hier auch Vorschläge zu präsentieren hat. Ich sage gleich jetzt, wenn wir nächstes Jahr hier sind, dann werden wir nur gemessen daran, wie viele Punkte umgesetzt wurden und welcher Spareffekt daraus entstanden ist.

Als Freiheitliche können wir ganz sicher sagen, dass Wels am richtigen Weg ist, verschiedene Punkte umzusetzen. Zu einem neuen Schuldenbudget im nächsten Jahr wird es keine Zustimmung geben, wenn nur versprochen und nichts gehalten wird. Denn es geht so nicht weiter!

StR. Lehner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat und aus dem Stadtsenat, liebe Bürgerinnen und Bürger, die heute erfreulicherweise hier sind, um dieser Budgetsitzung ihre Aufmerksamkeit zu schenken, ihre Anliegen kundzutun, ihre Betroffenheit und ihre Wünsche zu zeigen!

Ich möchte beginnen mit dem Thema Budgetwerdung. Hier wurde angesprochen, das speziell die ÖVP anfangs sehr kritisch war. Wir waren nicht diejenigen, die sagten, ja wir stimmen dem Budget heuer sicher zu. Wir haben uns die Zeit genommen den ersten Budgetentwurf genau anzuschauen. Da mussten wir erkennen, dass wir ein Zukunftsbudget für diese Stadt brauchen, welches wir bereits in den letzten Jahren gefordert haben. Diese Forderung wurde auch heuer nicht umgesetzt. Es war für uns wichtig, dass wir in Gemeinsamkeit, dazu waren alle Fraktionen aufgerufen, zumindest ein Kompromissbudget zustande bringen, das wesentliche Teile und Aspekte, die für die Stadt Wels wichtig sind, beinhaltet. Ursprünglich waren in diesem Budgetentwurf wichtige Dinge gar nicht oder nur sehr spärlich enthalten. Hier wurde einfach geschaut, wie kann man ein Budget ausgleichen. Wenn man ein Budget jedoch nur damit ausgleicht, dass man eine Stadt de facto aushungert, ist es mir zu wenig. Ich möchte einige Beispiele nennen, die heute von Direktor Barth ja schon gezeigt wurden, die von den Fraktionen gemeinsam eingefordert wurden.

Hier denke ich z.B. an die Erhöhung des Schulsanierungsbudget von 75.000 Euro auf 500.000 Euro. Ein Sanierungsbudget, das wir unseren Kindern absolut schuldig sind, denn der Investitionsbedarf an den Schulen ist gegeben.

Ein anderes Beispiel ist der Ledererturm, den wir heuer nicht nur von außen beleuchtet haben, der erstmals seit vielen Jahren in seiner ganzen Größe auch von innen begehbar war. Die Welser Weihnachtswelt hat es gemeinsam mit der Christkind GmbH. und viel Engagement auch in der Kulturabteilung ermöglicht, dass man den Ledererturm heuer innen besichtigen konnte. Es ist notwendig im nächsten Jahr auch außen die nötigen Renovierungen durchzuführen. Es ist für uns ein besonders wichtiges Signal, dass dieses Symbol unserer Stadt saniert und hierfür eine budgetäre Abdeckung geschaffen wird.

Andere Dinge, wie eine Pflastersanierung in der Innenstadt, sind Themen die wichtig sind. Wenn man sich die Diskussionen anhört, braucht es Investitionen. Genauso im Straßenbau, in der Straßensanierung und in vielen anderen Dingen, die uns als ÖVP-Fraktion wichtig sind. Es war nicht eine Bosheit der ÖVP, den ersten Budgetentwurf nicht mitzutragen, sondern es war einfach die Analyse der Zahlen und vor allem eine Perspektive und ein Blick darauf, ob dieses Budget geeignet ist, die Stadt Richtung Zukunft etwas fitter, etwas wohnbarer für die Bürger zu machen.

Ich denke der Punkt ist uns recht gut gelungen. Bei Kompromissen erreicht man nie alles zu 100 %. Hier gibt es Dinge, mit denen man mehr oder weniger Freude hat. Das Budget 2013 hat den Namen Kompromissbudget für mich verdient. Dazu bekennen wir uns.

Bei den Ausgaben ist mir ein Punkt besonders aufgefallen, und zwar ist dies der Krankenanstaltenbeitrag. Wir haben im November 2011 eine Diskussion geführt bezüglich Spitalsreform. Hier wurde gesagt, dass die ÖVP nur auf die Zahlen blickt und die Gesundheit der Welserinnen und Welser sehr intensiv und schwer gefährdet ist, dass es hier wahrscheinlich zu einem Massensterben in Wels kommen wird und es nicht absehbar ist, dass eine Spitalsreform auch zu finanziellen Einsparungen führt. Wenn ich heute im Budget lese, dass wir entgegen dem Budget 2012 im Jahr 2013 eine Reduktion des Krankenanstaltenbeitrages von 1,180.000 Euro haben, dann ist dies schon ein Zeichen, dass Reformen wichtig sind und dass auch, wenn bei Reformen Betroffene sich berechtigt zu Wort melden, man immer ganz genau anschauen muss, sind diese Ängste bzw. Befürchtungen real und führen diese Ängste dann auch wirklich zu extremen Verschlechterungen. Oder ist es verständlich in einer sich verändernden Welt eine Befürchtung, die eher aus der Bauchgegend kommt, anzunehmen, wie aus konkrete Überlegungen.

Ein paar Aspekte aus meinem eigenen Referat. Was ist geschehen im Bereich Wirtschafts- und Stadtentwicklung? Auch hier war im ursprünglichen Entwurf z.B. das Thema örtliches Entwicklungskonzept nicht beinhaltet. Wie sich unsere Stadt weiter entwickelt, das ist ein wichtiges Thema. Wo entsteht Wohnraum, wo ist dies aufgrund der Lärmsituation möglich, wo kann Betriebsansiedlung entstehen, wie kann sich unsere Stadt weiter entwickeln? Durch dieses Budget ist es möglich diese Dinge intensiver anzuschauen. Dazu braucht es auch vom Gesetz her einige Gutachten. Dieses örtliche Entwicklungskonzept wird heute mit dem Budget mitbeschlossen.

Ein weiterer Punkt, der ursprünglich nicht enthalten war, ist mir auch besonders wichtig, das Thema Agenda 21. Bürgerbeteiligung ist ein Bereich, der heute schon wichtig ist und der in der Zukunft umso wichtiger wird, je mehr wir eine Kultur der Bürgerbeteiligung entwickeln. Deshalb freut es mich, dass Bürgerbeteiligung heute in der Form stattfindet, als Betroffene ihre Meinung dazu äußern. Wir haben die Agenda 21 sozusagen institutionalisiert in der Stadt Wels, mit der für die Innenstadt Bürgerbeteiligung möglich ist. Das ist ein wichtiges Thema der Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam die Innenstadt weiter zu entwickeln, um hier wichtige Impulse für die Zukunft zu setzen.

Ein anderes wichtiges Thema ist die Wirtschaftsberatungs- und AnsiedlungsgesmbH in Wels, die ja mit einem schönen Budget ausgestattet wurde. Ebenso das Thema Autobahnanschluss. Nachdem wir im Oberösterreichvergleich in der Stadt Wels eine sehr hohe Arbeitslosigkeit haben ist es sehr wichtig, in der Stadt Wels Arbeitsplätze zu schaffen. Arbeitsplätze kann ich nur dann schaffen, wenn ich Betriebsbauflächen anbiete und wenn ich Flächen als Stadt Wels sichere. Um diese Flächen sichern zu können, haben wir die Welser BetriebsansiedlungsgmbH wieder zum Leben erweckt. Wir haben es geschafft, dass wir bereits in Wimpassing einige Flächen sichern konnten, die dazu führen, dass zukünftig hier in Wels weitere Arbeitsplätze entstehen können. Notwendig dazu ist natürlich auch ein Autobahnanschluss, den wir dringend brauchen und der sich mittlerweile auch in der Planung befindet. Dass diese Planung nicht deshalb ist, damit sich der Wirtschaftsstadtrat wohl fühlt oder dass einige Wirtschaftsvertreter jubeln können, sondern dass es wirklich für die Schaffung von Arbeitsplätzen entscheidend ist, zeigt auch die Kommunalsteuer in Wels. Wenn wir von 2012 auf 2013 mit einer Steigerung von 3,5 % rechnen, dann ist dies doch ein wichtiges Zeichen für Arbeitsplätze und damit verbunden ein Plus an Kommunalsteuer. Dieses Plus ist besonders wichtig, weil jeder betroffene Arbeitslose weiß, wie tragisch und schicksalhaft es sein kann, seine

Arbeit zu verlieren. Hier spiegelt sich die Wirklichkeit im Budget, wenn Welser und Welserinnen im erwerbsfähigen Alter eine Beschäftigung finden.

Jetzt aber zu den Strukturreformen, wo wir als ÖVP gesagt haben, ohne einem langfristigen Plan, ohne einem Strukturwandel und ohne einem Strategiewandel in unserer Stadt, können wir diesem Budget nicht zustimmen. Wir haben 24 Punkte gemeinsam definiert. Ursprünglich waren es 25 Punkte, die wir gemeinsam definiert haben. Ein Doppelbudget ist auch für eine Planbarkeit wichtig. Gerade weil wir eine Erholung der Konjunktur 2014 und 2015 erwarten. In Jahren mit einer akuten Konjunktur bringt ein Doppelbudget wirklich auch Einsparungseffekte für eine Stadt. Einsparungseffekte auch in der Form, dass Dinge planbar sind. Einsparungen sind dann auch sozusagen relativ schmerzlos, weil man für zwei Jahre vorplanen kann.

Bis heute gibt es keine Tarifordnung für das Archiv der Stadt Wels. Hier können Dienstleistungen entgegen genommen werden, ohne etwas dafür zu bezahlen. Es entspricht nicht unserer budgetären Situation, Leistungen in Anspruch zu nehmen, die nicht abgegolten werden.

Eine andere wichtige Maßnahme, das Optimieren des Facilitymanagement, wurde bereits angesprochen. Wir betreiben als Stadt Wels eine eigene Heimstätte mit einem Bauhof, wir haben auch in der Stadt Wels einen Bauhof. Hier Dinge zusammenzuführen und zu optimieren ist wichtig, um einfach das Bild unserer Stadt nach außen hin in einem optimalen Zustand präsentieren zu können und gleichzeitig nicht die Kosten explodieren zu lassen.

Ein wichtiger Punkt ist das Thema VHS. Hier wurde thematisiert und vereinbart das Zusammenführen mit einer anderen Bildungseinrichtung. Für mich ist es wichtig, auch Themen, die nicht auf diesem Initiativantrag stehen, zu behandeln, die nicht tatsächlich zu den Kernaufgaben einer Stadt gehören. Zum Beispiel das Führen einer Bildungseinrichtung, das Betreiben einer Müllabfuhr oder andere Dinge, die per Gesetz nicht Aufgabe einer Stadt sind, müssen besonders intensiv evaluiert werden. Das Zusammenführen der VHS mit einer Bildungseinrichtung oder ein Verkauf an die Arbeiterkammer oder einer sonstigen Bildungseinrichtung ist kein Widerspruch, sondern es zeigt, dass wir alleine durch Andenken des Zusammenführens mit einer anderen Bildungseinrichtung erreicht haben, dass es seitens der Abteilung zu intensiven Vorschlägen betreffend Einsparungsmöglichkeiten in der VHS kommt. Andererseits ist es Aufgabe eines zukünftigen Referenten zu schauen, wie kann man das Angebot der unterschiedlichen Bildungseinrichtungen zusammen führen. Wie kann man die Infrastruktur der Bildungseinrichtungen in Wels gemeinsam nutzen. Also hier geht es nicht darum Dinge zu verkaufen oder auszulagern, sondern es geht darum Synergien zu nutzen, Kosten zu sparen und das Angebot zu verbessern. Das ist uns schon in der Diskussion in den letzten Wochen sehr gut gelungen. Durch den Begriff des Zusammenführens haben wir das Thema der Kostenersparnis aber auch das Thema bessere Bildungsangebote in der Stadt Wels.

Zu den Ausführungen von Andreas Rabl betreffend Widerspruch seitens der ÖVP, möchte ich einen anderen Punkt erwähnen. Lieber Andreas, wenn du unterschreibst, dass es bei diesen Strukturreformen betreffend Welser Tiergarten keinen Zoo mehr gibt, dann weißt du ganz genau, es heißt kein Zoo – keine Affen. Auch hier ist uns allen klar gewesen, dass wir natürlich jetzt die Affen aus Wels nicht verjagen werden, sondern dass es hier eine sehr sinnvolle Reduktion im Tiergarten Wels geben wird. D.h.

hier ist es von dir eine Wortklauberei einerseits deine Zustimmung zu geben für keinen Zoo und damit für ein Verjagen der Affen im Welser Tiergarten, andererseits zu behaupten, bei der ÖVP ist eine Zweideutigkeit und eine Zweistimmigkeit gegeben. Ich denke wir sind als Fraktion sehr eindeutig und gemeinsam der Meinung, dass man Dinge evaluieren muss, dass wir uns Dinge ganz intensiv anschauen und dass wir vor allem auch in den Strukturen sparen müssen. Das ist notwendig, das zeigen die heute präsentierten Zahlen eindeutig.

Vereinbart wurden auch das Thema begleitende Maßnahmen in der Budgetumsetzung. Hier wurde ein verpflichtetes Kostendämpfungsverfahren vereinbart. Auch bei diesem Thema reagiert Andreas Rabl sehr sensibel, weil gerade beim WSC Hertha hat man heuer gesehen, dass es scheinbar kein so ein genaues Hinterfragen von Subventionen gibt, speziell wenn hier politische Funktionäre, auch freiheitliche Funktionäre aktiv sind. Hier werden Kostenexplosionen einfach durchgenickt, wird kein Kostendämpfungsverfahren im Vorfeld durchgeführt und das Geld der Welserinnen und Welser wird mit zwei Händen ausgegeben. Durch diese begleiteten Budgetmaßnahmen wird das zukünftig hoffentlich verhindert.

Ein zweiter Punkt, auch da möchte ich an die Aussagen von Andreas Rabl anschließen, ist die halbjährliche Rückschau bzw. Vorschau zum Budget. Einerseits zum aktuellen Budget, andererseits sozusagen für die zukünftigen Budgets. Ich gebe ihm nicht recht bei seinem aus dem Haushalt gebrachten Beispiel. Wenn jemand zu Hause sagt, er gibt z.B. 500.000 Euro aus und verbraucht am Ende nur 50.000 Euro, dass er dann 450.000 Euro gespart hat, trifft sozusagen natürlich für den Haushalt nicht zu. Im öffentlichen Dienst ist es aber tatsächlich so. Wenn wir heute 500.000 Euro budgetieren, dann sind diese im Budget enthalten, welche im Laufe des Jahres seine Abnehmer finden wird. Wenn am Jahresende noch Geld vorhanden ist, wird von Weihnachtsfeier zu Weihnachtsfeier gegangen und kundgetan, welche Vergünstigungen und welchen Subventionen man diversen Vereinen noch zukommen lassen kann. Genau deshalb ist es wichtig zur Jahresmitte anzuschauen, wie entwickelt sich das Budget tatsächlich, wo müssen wir bei den Budgetziffern noch drehen, steuern und schauen, dass ev. Mehr- oder Mindereinnahmen zu Änderungen im laufenden Budget führen. Ich denke diese historische Vorgangsweise, dass man ein Jahr vorher definiert und nichts mehr verändern kann, wird uns auf Dauer nicht weiterbringen. Das ist eine Art der Budgetumsetzung, die uns jedes Jahr Mehrausgaben beschert. Daher braucht es hier konkrete Änderungen um endlich das Welser Budget von einem Verwaltungsbudget zu einem Zukunftsbudget weiter zu bringen. Ich hoffe und verliere nicht meinen Optimismus, dass uns das hoffentlich 2014/2015 gelingen wird. Für heuer sehe ich dieses Kompromissbudget als sehr guten Weg, um zumindest 2013 die Stadt ein Stück weiterzubringen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Wieser.

GR Prof. Mag. Teubl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren im Publikum! Vor uns liegt das Budget der Stadt Wels für das Jahr 2013. Dass wir das ausgerechnet heute am 13.12. beschließen, zeigt, dass unsere Stadtpolitiker nicht abergläubisch sind. Oder vielleicht glauben sie, dass die Welt demnächst untergeht und alles egal ist. Wir werden es sehen.

Wie sie wissen werden die Grünen als einzige Fraktion diesem Budget nicht zustimmen. SPÖ, FPÖ und ÖVP haben im Vorfeld die Annahme des Budgets in dieser Form angekündigt. Da muss ich mich doch ein bisschen wundern, meine Damen und Herren. Ja ich frage mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben sie denn eigentlich dieses Zahlenwerk wirklich genau angesehen? Wissen sie tatsächlich wozu sie ihre Zustimmung erteilen? Ein Budget, so heißt es – es wurde heute schon einmal zitiert – ist in Zahlen gegossene Politik. So sollte es auch sein. Budgetzahlen sollten die Vorhaben im kommenden Jahr, die Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung sogar die der kommenden fünf Jahre widerspiegeln. Dieses Budget wird nach Ansicht der Grünen diesem Anspruch keineswegs gerecht. Dieses Budget ist in Zahlen gegossene Unfähigkeit auch nur für die dringendsten Vorhaben der nächsten Jahre die nötigen Mittel bereitzustellen. Ein Budget soll Zukunft gestalten oder zumindest die Substanz erhalten. Dieses Budget kann nur eines – die Misere verwalten.

Nun werden sie vielleicht denken, o.k. es ist eben ein Sparbudget. Wirtschaftskrise, Fiskalpakt, Schuldenbremse, was soll man da machen? Dieses Budget ist aber, das ist das eigentliche Problem, auch kein Sparbudget. Es ist auch kein nachhaltiges Budget, das uns dazu führt, dass sich die Finanzen unserer Stadt langsam erholen. Wir verhalten uns nach wie vor wie jemand, der das Erbe der Eltern verscherbelt und gleichzeitig Kredite aufnimmt, die dann die Kinder zurückzahlen müssen. Es ist ein Budget, das alles andere als eine verantwortungsvolle Budgetpolitik widerspiegelt.

Schauen wir uns die Sache näher an. Wir haben im Voranschlag 2013 einen Schuldenstand von 62 Mio. Euro. Mit den Schulden der ImmoKG sind das 85 Mio. Euro. Wir haben aber auch, das muss man natürlich mit berücksichtigen, inzwischen ein ausge dehntes Geflecht von stadt eigenen Gesellschaften, die ja natürlich auch dazu dienen, die Sache nicht übersichtlicher zu machen. Durch die zahllosen ausgelagerten Gesellschaften wird ein Teil der Schulden versteckt, sodass sie in dieser Betrachtung gar nicht aufscheinen. Da die Stadt aber im Ausmaß ihrer Beteiligung für die Kredite haftet, die diese Gesellschaften aufgenommen haben, ist sie also indirekt eigentlich auch dafür verantwortlich, sind sie zu den Verbindlichkeiten der Stadt hinzuzurechnen. Wenn man wissen will, wie hoch diese sind, muss man schon eine detektivische Spürnase beweisen. Schließlich findet man im Rechnungsabschluss 2011 eine Aufstellung und findet man dort einige Haftungen, die das ganze etwas höher treiben.

Wir haben gehört, dass die Pro-Kopf-Verschuldung 1.461 Euro beträgt. Wenn man diese Verbindlichkeiten, die ich jetzt angeführt habe, mitbetrachtet, sind es plötzlich doppelt so viel. Aber was sagt das schon aus? Eigentlich gar nichts. Nehmen wir ein Beispiel: Wenn eine vierköpfige Familie 100.000 Euro Schulden hat, der Mann ist Facharzt und die Frau Schuldirektorin, dann wird dies vielleicht kein Problem sein. Ist der Mann arbeitslos und die Frau Verkäuferin beim Billa, dann ist dies eine Katastrophe. D.h. wie schlimm die Verschuldung ist, hängt natürlich vom Einkommen ab. Nicht anders bei der Stadt Wels. Wir müssen die Schulden der Familie Wels in Relation zu ihrem Einkommen betrachten. Wenn wir den Verschuldungsgrad der Stadt wie allgemein üblich mit den gesamten Verbindlichkeiten in Relation zum Steueraufkommen betrachten, dann kommen wir auf einen Verschuldungsgrad von 140 %. Das ist nicht gut, aber auch nicht ganz so schlecht, wie es auf den ersten Blick klingt.

In der Bewertung des KDZ, des überparteilichen Zentrums für Verwaltungsforschung, dessen Mitglied auch die Stadt Wels ist, wäre das Schulnote 3 Minus. Die wirklichen Probleme liegen wo anders.

Das Problem Nummer eins ist die hohe Rücklagenentnahme. Die Rücklagen sind so etwas wie die Ersparnisse der Familie Wels, welche immer weniger werden. Die Rücklagenaufstellung im Voranschlag ist nicht sehr aufschlussreich, da der Anfangs- und Endstand der Rücklagen nicht angeführt ist. Ende 2011 betragen diese lt. Rechnungsabschluss immerhin noch 26,2 Mio. Euro. In diesem Jahr werden die Rücklagen der Stadt Wels sich um 4,4 Mio. Euro verringern. 2013 ist eine Rücklagenentnahme von 6,4 Mio. Euro sowie eine Rücklageneinzuführung von 2,88 Mio. Euro vorgesehen. D.h. sie werden sich neu um 3,5 Mio. Euro verringern. Das meine Damen und Herren, ist ein Spiel mit Ablaufdatum. Wenn wir so weiter machen, wird es in fünf Jahren keine Rücklagen mehr geben, dann stehen wir vor der unlösbaren Aufgabe das Budget ausgeglichen zu bilanzieren.

Vzbgm. Wimmer wird dann wohl nicht mehr Finanzreferent sein. Er wird uns vermutlich erklären, dass unter seiner Ägide immer alles besser war, dass er immer ausgeglichen budgetiert hat. Dass ihm das nur gelungen ist, weil er die einstmaligen hohen Rücklagen nach und nach aufgelöst hat, wird er wohl eher nicht erwähnen. Dr. Rabl hat heute schon angesprochen, dass die Rücklagen, die seinerzeit gebildet werden konnten beim Verkauf der Wels Strom bzw. eines Anteils an der Wels Strom, inzwischen weniger geworden sind. Man sollte auch dazu sagen, dass die Schulden, die damals getilgt wurden, inzwischen wieder in der selben Höhe wie vor dem Verkauf nahezu auflaufen. D.h. der Voranschlag 2013 ist jedenfalls im ordentlichen Haushalt nicht von sich aus ausgeglichen, sondern der Ausgleich ist erst durch die Auflösung von Rücklagen möglich. Das muss ganz explizit festgestellt werden.

Das zweite Problem dieses Budgets ist die extrem hohe negative Finanzspitze. Das klingt sehr fachchinesisch, mit anderen Worten, wenn unsere Familie Wels alle laufenden Kosten beglichen hat, bleibt ihr nichts mehr übrig. Denn 2013 hat die Stadt Wels einen Einnahmenüberschuss aus der laufenden Gebarung von lediglich 40.000 Euro. Diese freie Finanzspitze sollte aber 10 – 15 % der Einnahmen betragen. Sie sollte jedenfalls eine deutlich positive Summe sein, denn das wäre das Geld, welches der Stadt für Investitionen zur Verfügung steht. In unserem Budget sehen wir, dass für Investitionen gar keine verfügbaren Mittel vorhanden sind. Ganz im Gegenteil. Diesem Einnahmenüberschuss von lediglich 40.000 Euro stehen nämlich Kreditverbindlichkeiten von 3,28 Mio. Euro gegenüber. D.h. die Stadt verfügt sogar um 3,24 Mio. Euro zu wenig, um die Rückzahlungen bestreiten zu können. Daraus ergibt sich, dass die Verschuldung weiter ansteigt. Ein Ende der Verschuldungsdauer zu berechnen ist überhaupt nicht mehr möglich, weil schon Neuschulden notwendig sind, um die alten Schulden zurückzahlen zu können. Fazit die Ausgaben müssen endlich einmal sinken, um die Schulden zu verringern und mehr Spielraum für Investitionen zu schaffen.

Das Problem Nummer drei an diesem Budget ist die hohe Neuverschuldung. 2013 werden zusätzliche Schulden in der Höhe von über 11 Mio. Euro gemacht, dem stehen Rückzahlungen in der Höhe von 3,28 Mio. Euro gegenüber, das ergibt eine Neuverschuldung von fast 8 Mio. Euro. Wir haben also jetzt schon 3,5 Mio. Euro weniger Rücklagen und fast 8 Mio. Euro neue Schulden, zusammen also 11,5 Mio. Euro, um die sich die finanzielle Substanz der Stadt im Jahr 2013 verschlechtern wird. Das sollte doch zur Sorge Anlass geben.

Wenn man die Präsentation des Herrn Finanzdirektors sieht, dann klingt das alles halb so dramatisch. Da gibt es viele schöne Grafiken mit mehr oder weniger Aussagekraft, aber die Tendenz ist, wir haben alles im Griff, es wird alles wieder gut. Besonders

schön finde ich die Grafiken, die zeigen, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn nicht die böse Wirtschaftskrise zugeschlagen und uns einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Wir Österreicher haben natürlich eine besondere Freude an solchen „hätte, wäre, wenn“ Sprichwörtern, was wäre gewesen, wenn Die Dinge werden zwar davon nicht besser, aber es ist zumindest wer anderer Schuld. Denn schließlich hätte der Finanzreferent wirklich nicht damit rechnen können, dass in einer kapitalistischen Wirtschaft plötzlich eine Krise eintritt. Aber das ist dennoch harmlos. Richtig schlimm wird es erst beim Ausblick in die Zukunft.

Da wird das Ganze zur Märchenstunde. Mit der beruhigenden Stimme von Dr. Barth vorgetragen, hat man das Gefühl die Welt ist in Ordnung. Die Botschaft lautet, es ist zwar jetzt nicht ganz so toll, aber in ein paar Jahren ist alles wieder gut. Denn der Schuldenstand geht, sie haben es bemerkt, 2015, 2016 plötzlich massiv zurück. Wie schafft man dieses Budgetwunder? Durch einen kleinen Zaubertrick. Die mittelfristige Finanzplanung beruht einerseits auf einer äußerst optimistischen Prognose der Einnahmenentwicklung und andererseits auf der Vorschreibung der laufenden Ausgaben. D.h. sie berücksichtigt nur jene Projekte, die bereits beschlossen wurden, nicht aber all das, was uns die kommenden Jahre abverlangen werden. Wir wissen aber genau, irgendwann wird die Sanierung von Schulen, von Amtsgebäuden, von Kulturdenkmälern nicht mehr vermeidbar sein. Irgendwann wird der Messe-Master-Plan nicht nur auf dem Papier existieren sondern auch umgesetzt werden müssen. Irgendwann werden die unzähligen Vorhaben der verschiedenen Ressorts wirklich angegangen werden müssen. Die mittelfristige Finanzplanung sollte die politischen Vorhaben der nächsten Jahre realistisch darstellen. Das tut sie aber keineswegs. Wir finden in der vorliegenden Aufstellung praktisch nur die Ausfinanzierung bereits laufender Projekte über die Folgejahre, aber überhaupt nichts über kommende Vorhaben bzw. sind diese auf Null gesetzt. Daher wird also in den nächsten Jahren ausgabenseitig noch sehr viel dazukommen, während einnahmenseitig die Zahlen nur dann stimmen, wenn diese sehr optimistischen Grundannahmen tatsächlich eintreffen. Die Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre nach 2013 sind also eigentlich nur Hausnummern. Diese mittelfristige Finanzplanung wird nämlich, wie man in der Vergangenheit immer wieder gesehen hat, Jahr für Jahr verändert, weil neue Vorhaben dazukommen, sodass die Budgetkonsolidierung immer nur in der Zukunft stattfindet aber nie in der Gegenwart. Die Prognose funktioniert also tatsächlich wie ein Zaubertrick. Sie ist zwar nicht wahr, aber man kann sich der schönen Illusion sinkender Schulden hingeben.

Zum Sparpaket, das im Initiativantrag vorgelegt werden möchte, möchte ich auch noch ein paar Punkte sagen. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben uns in der Öffentlichkeit dieses Paket als ein Paket von Strukturmaßnahmen zur längerfristigen Budgetkonsolidierung verkauft. Unseres Erachtens handelt es sich um aber ganz etwas anderes, nämlich um ein Sparpaket auf Kosten der Bevölkerung. Noch dazu um ein äußerst stümperhaftes Sparpaket, denn die Liste von Einsparungsvorschlägen ist so was von unprofessionell, das man es gar nicht für möglich hält. Professionelle Strukturprogramme schauen anders aus. Da würde für jede der vorgeschlagenen Maßnahmen angegeben, erstens welche Maßnahme ist genau vorgesehen? Die Schwammigkeit der Ausdrucksweise in diesem Papier ist unglaublich. Ist diese Maßnahme sinnvoll und der Bevölkerung zumutbar? Wie hoch ist das Einsparungspotential dieser Maßnahme in Euro und in Prozent? Wer ist für die Umsetzung verantwortlich, welches Gremium, welcher Referent? Bis zu welchem Termin kann die Umsetzung stattfinden? Vor allem, wie kann die Zielerreichung laufend kontrolliert werden? Die uns hier vorliegende Auflistung sieht eher so aus, als hätte man rasch ein Brainstorming nach den üblichen Brainstorming-Regeln

gemacht. Alles wird aufgeschrieben, kritisiert wird nichts, auch wenn es der größte Unsinn ist. Die Oberösterreichischen Nachrichten meinten im Zusammenhang mit der Einigung auf dieses Papier, die parteilich Beteiligten hätten eine Friedenspfeife geraucht. Ich weiß nicht, ob die Beteiligten nicht etwas anderes geraucht haben. Da gibt es immerhin so prägnante und überprüfbare Formulierungen, wie „Personalkosten insgesamt reduzieren“, oder „generelles Hinterfragen und Überprüfen der Zweckmäßigkeit von Subventionen“ oder „Evaluierung der Kostenstruktur“. Da hätte man doch bitte gleich „blabla“ hinschreiben können. Natürlich soll man die Zweckmäßigkeit der Subventionen hinterfragen und überprüfen, und zwar immer und jederzeit. Natürlich soll man ständig bestrebt sein die Personalkosten insgesamt zu reduzieren und Kostenstrukturen zu evaluieren. Das ist doch bitte nur heiße Luft.

Dort wo das Papier konkret wird, wird es gemeingefährlich, denn da geht es um einschneidende Leistungskürzungen, da geht es um einen Anschlag auf die Bevölkerung unserer Stadt. Und das interessanterweise gerade im Kultur- und Bildungsbereich. Die VHS als städtische Einrichtung der Erwachsenenbildung will man los werden und in eine andere Bildungseinrichtung eingliedern. Peter Lehner hat davon gesprochen, dass es nicht Aufgabe einer Stadt sein kann eine Bildungseinrichtung zu betreiben. Ja dann frage ich sie bitte, was ist denn dann noch die Aufgabe einer Stadt?

Die Öffnungszeiten des hervorragenden Stadtmuseums in den Minoriten mit herausragenden Exponaten aus der Römerzeit sollen drastisch reduziert werden. Ja, es geistert sogar die Idee herum überhaupt nur Gruppen einzulassen. Schließlich soll die Stadtbücherei, die gerade einen LeserInnenrekord zu verzeichnen hatte, weniger Geld bekommen.

Meine Damen und Herren, anstatt Ausgaben, wie die 6 Mio. Euro für die Autobahnanschlussstelle, oder die 7,5 Mio. Euro für das Fußball- und Baseballstadion in Wimpassing, angesichts der Budgetlage noch einmal zu hinterfragen, wird im Kultur- und Bildungsbereich der Rotstift angesetzt. Jetzt wo dieser Wahnsinn schon bundesweit Aufmerksamkeit gefunden hat, jetzt ist es den Kulturbanausen, die dies verbrochen haben, plötzlich ein bisschen peinlich, dass sie in ganz Österreich als Kulturbanausen bezeichnet werden.

Äußerst kritisch sehen die Grünen auch die geplante Ausgliederung von Jugendzentren und Altersheimen. Die Jugend- und Seniorenbetreuung sind städtische Kernaufgaben, die man meines Erachtens nicht an externe Vereine oder andere Institutionen delegieren sollte. Damit wird nur Budgetkosmetik betrieben, die Personalquote würde zwar augenfällig sinken, aber zuletzt müssen diese Einrichtungen ohnehin wieder durch Subventionen und städtischen Naturalleistungen indirekt finanziert werden, sodass der Einspareffekt ausbleibt. Damit würden weitere Bereiche der demokratischen Kontrolle durch den Gemeinderat entzogen, wie schon ehemalige andere städtische Aufgaben.

Wenn die Freizeitbetriebe der Stadt eine eigene Gesellschaft werden soll, kann man davon ausgehen, dass z.B. im Welldorado schon sehr bald saftige Tarifierhöhungen zu erwarten sind, was auch nicht gerade gut für das Familienbudget der Welserinnen und Welser sein dürfte.

Auch der bei den Familien der Welser und Umgebung sehr beliebte Tierpark droht kaputtgespart zu werden. Es sollen nur mehr heimische Arten präsentiert werden. Besonders skurril mutet dann an, wenn man hört, es sollen aber die Affen dabei nicht einge-

spart werden. Gerade hat man 300.000 Euro für ein neues Affenhaus spendiert. Die Umsetzung des Masterplanes Tierpark ist voll im Gange und jetzt wird plötzlich alles wieder in Frage gestellt. Wenn man sagt, die Affen seien nicht von der Einsparung betroffen, dann weiß ich nicht, welche Aussagekraft dieses Papier hat, denn einheimische Affenarten sind mir keine bekannt. Wenn, dann gehören diese biologisch auf jeden Fall der Gattung Homo sapiens an. Die Grünen protestieren aufs Schärfste gegen diese Art von sparen. Diese Sparvorschläge sind ein Anschlag auf die Bevölkerung, den wir Grünen sicher nicht mittragen werden. So nicht, meine Damen und Herren, so kann man das Sparen nicht durchziehen. Wir fordern zunächst einmal ein, dass in der Verwaltung die Spargesinnung Einzug hält und dort die viel geschworenen Strukturmaßnahmen endlich umgesetzt werden, bevor wahllos Leistungen gestrichen oder reduziert werden.

Sparen bei der Kultur, bei Sozialeinrichtungen und Freizeiteinrichtungen ist ein Armutszeugnis für die Welser Politik. Heute wurde schon mehrfach die Personalquote angesprochen. Die Personalaufwandsquote der Stadt Wels beträgt 35 % der Einnahmen, d.h. mehr als ein Drittel der Einnahmen wird vom Sektor Personal verschlungen. Wenn man die Pensionen der ehemaligen Bediensteten noch dazu rechnet, kommen weitere 5 % dazu, dann sind wir schon auf 40 % der Einnahmen, die der Sektor Personal wieder verbraucht. Doch eigentlich ein Zustand der zu Denken geben muss. Diese Erkenntnis ist ja nichts Neues, denn schon in den vergangenen Jahren haben die Grünen immer wieder auf die hohen Personalkosten aufmerksam gemacht und strukturelle Veränderungen eingefordert. Das Magistratsreformprogramm von 2010 hat diesbezüglich große Hoffnungen geweckt. Aber sie wurden enttäuscht. Was wir nicht wollen ist Budgetkosmetik durch Ausgliederung oder Abschaffung von Dienstleistungsbereichen. Wir wollen radikale Personaleinsparungen in der Verwaltung.

Wenn die Frau Magistratsdirektorin in ihrer gestrigen Pressekonferenz die Senkung des Personalstands im klassischen Beamtenbereich im Laufe der letzten 15 Jahre von 126 auf 116, also um ganze 10 Dienstposten, als großen Erfolg darstellt, dann ist das doch kaum zu fassen, wenn man weiß welche Einsparungen in der Verwaltung von Wirtschaftsunternehmungen erzielt werden konnten. In manchen Bereichen wird natürlich die Beschäftigtenzahl auch weiter ansteigen müssen, beispielsweise im Sozialbereich. Natürlich sehen wir Grüne auch, dass es in manchen anderen Abteilungen dieses Hauses einen akuten Personal-mangel gibt. Andererseits soll es aber angeblich auch ein paar unterbeschäftigte MitarbeiterInnen geben. Da ist ein Personalmanagement gefragt, das diese Bezeichnung verdient. Da ist ein langfristiges Personalkonzept gefragt.

Wenn wir auf eine Dienststelle verzichten sollen, dann würden wir natürlich nach wie vor die Ordnungswache vorschlagen, denn die ist unseres Erachtens nicht notwendig. Sie deckt eine Aufgabe ab, die ebenso Aufgabe der Polizei ist, nämlich die Sicherheit in unserer Stadt.

Schließlich sollte man sich im Personalbereich endlich einmal zu einem rigorosen und absoluten Pragmatisierungsstopp durchringen, denn mit jeder Pragmatisierung steigt natürlich auch die Anzahl der von der Stadt Wels zu bezahlenden Pensionen.

Die Subventionen werden im Voranschlag untergliedert in Pflicht- und Ermessenssubventionen, wobei der Ausdruck Pflichtsubvention in weiten Teilen Österreichs völlig unbekannt ist. Denn wirklich verpflichtend sind Subventionen schließlich kaum, handelt es sich doch um eine freiwillige Unterstützungsleistung seitens der Stadt, auch dann wenn sie vertraglich zugesichert ist.

Wenn man wissen will, wer in Wels wie viel Geld von der Stadt bekommt, ist das in diesem dicken Konvolut gar nicht so einfach. Es gibt ein ganzes Füllhorn an unterschiedlichen Subventionen, in deren Genuss Vereine und Institutionen kommen können. Da kann es schon einmal sein, dass ein Verein fünf oder mehr verschiedene Förderungen von der Stadt erhält und so letztlich einen beachtlichen Betrag auf dem Vereinskonto verbuchen kann. Nachvollziehen lässt sich diese gelebte Praxis allerdings kaum.

Aus Sicht der Grünen wäre es daher sinnvoll den einzelnen Vereinen und Institutionen ein Globalbudget zuzuweisen und im Gegenzug eine strenge Rechenschaftspflicht einzufordern. So sollten Subventionswerber einen einfachen Wirtschaftsplan vorlegen und spätestens Ende des Jahres einen Nachweis über die Verwendung der finanziellen Mittel erbringen müssen. Die derzeit immer noch geübte Praxis Subventionen ohne Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung zu gewähren, gehört schleunigst abgestellt. Dass mitunter ein E-Mail, ein Telefonat oder ein Gespräch am Rande einer Weihnachtsfeier genügt um ein paar tausend Euro abzuholen, ist ebenfalls grober Unfug. Standardisierte Formulare für Förderansuchen sollten längst die Regel sein. Besonders locker sitzt die öffentliche Hand im Sportbereich. Die Begründungen für die unzähligen Förderungen sind hier sehr kreativ. Das Sportressort ist eine Geldvernichtungsmaschine ersten Ranges. Dabei müsste man meinen, dass der Sportreferent in seiner Doppelfunktion als Finanzreferent gerade hier ein besonders waches Auge haben sollte.

Zum Sachaufwand: Einsparungsvorschläge beim Sachaufwand zu machen ist für Außenstehende äußerst schwierig. Daher schlagen die Grünen vor, dass ein magistratsinterner Wettbewerb ausgeschrieben werden soll, bei dem die besten Vorschläge prämiert werden. Denn die MitarbeiterInnen können wohl die versteckten Einsparungspotentiale selbst am besten erkennen. Mitunter sollte man sich auch von lieb gewordenen Gewohnheiten trennen. Wenn beispielsweise die Stadt München lt. einem Standardbericht bei der Umstellung der EDV von Windows und MS-Office auf Linux-Programme 10 Mio. Euro einsparen konnte, so dürfte sich eine derartige Umstellung vielleicht auch für die Stadt Wels rechnen.

Ein anderes Beispiel: Dass ich Tag für Tag und teilweise mehrfach Post vom Magistrat bekomme, verwundert mich immer wieder. Ist doch das E-Mail inzwischen schon einige Jahre erfunden. So einen richtigen Brief zu bekommen, kann man zwar als Reminiszenz an alte Zeiten sehr nett finden, es zeigt aber doch, dass die Stadt Wels noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen ist. Vollends anarchistisch wird es, wenn man feststellen muss, dass in den meisten Abteilungen des Magistrats die elektronische Akte noch immer ein Fremdwort sind und wir vom papierlosen Büro so weit entfernt sind, wie ein Fleischhauer vom Vegetarismus.

Das ist zum einen ökologischer Unsinn, weil sinnlos Bäume gefällt werden, es bringt aber auch einen unnötigen langen Aktenlauf mit sich, weil die verschiedenen Bearbeiter nacheinander die Akte in die Hand nehmen müssen, statt gleichzeitig und direkt darauf zugreifen zu können. Wer da kein Einsparungspotential erkennen kann, muss schon mit Blindheit geschlagen sein.

Nicht zuletzt dürften auch noch ungenutzte Möglichkeiten im E-Gouvernement einiges an Rationalisierung ermöglichen.

Zuletzt noch ein Wort zu den Investitionen: Nirgendwo sonst ist die Notwendigkeit einer Planung so augenfällig wie bei den Investitionen. So zeigt sich bereits jetzt, dass in un-

serer Stadt ein erheblicher Investitionsstau besteht, der aufgrund der Finanzlage wohl auch nicht in absehbarer Zeit abgebaut werden dürfte. Wichtige Vorhaben können nicht umgesetzt werden und werden Jahr für Jahr wieder auf das folgende Jahr verschoben. Ein Beispiel dafür ist das Schulsanierungskonzept. In seinem achten Jahr steckt es immer noch in den Anfängen, denn bisher gab es immer nur 75.000,00 Euro dafür, obwohl wir einen Sanierungsbedarf in Millionenhöhe haben. Inzwischen ist schon wieder neuer Sanierungsbedarf entstanden und die dringend notwendigen Umbauten im Hinblick auf die Umwandlung in Ganztagschulen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. In diesem Budget ist nun endlich einmal etwas mehr Geld locker gemacht worden, eine halbe Million Euro. Dies wird hier auch sehr groß verkündet. Eine ganze halbe Million Euro für die Schulen. Wenn man aber weiß, dass ein Betrag in der gleichen Höhe in die Kameradschaftskasse der Feuerwehr fließt, ist dies auch nicht so großzügig bemessen. Die Grünen vermissen eine klare Prioritätensetzung. Wir schlagen vor, dass alle anstehenden Investitionen mit einer Priorität von 1 – 3 versehen werden, die innerhalb der Prioritätenliste gereiht werden, um die Dringlichkeit von Maßnahmen klar ersichtlich zu machen. Wir Grünen vermissen eine fundierte Planung von Investitionsprojekten nach dem Prinzip des Projektmanagements. Diese Projektplanung muss selbstverständlich auch die anfallenden Folgekosten realistisch ermitteln und darstellen. Weiters vermissen wir ein standardisiertes Kostendämpfungsverfahren, das mögliche Einsparungen noch vor Beginn der Umsetzung zu Tage fördert. Das wurde nun in den Initiativantrag aufgenommen, ich bin neugierig, wie sich dies in der Realität darstellt.

Und schließlich vermissen wir noch eine begleitende Kontrolle und einen detaillierten und übersichtlichen Abschlussbericht am Ende des Projektzeitraumes, damit man rückblickend noch einmal feststellen kann, was man vielleicht hätte besser machen können.

Meine Damen und Herren, in Zeiten des Sparbudgets müssen aber auch Projekte, die bereits beschlossen wurden, noch einmal hinterfragt werden, wenn es um Beträge in Millionenhöhe geht. Wir halten es nach wie vor für eine pure Geldverschwendung in Wels Wimpassing einen weiteren Autobahnanschluss zu errichten. Wir sollten uns ernsthaft fragen, ob wir das wirklich brauchen oder ob wir die dafür reservierten Millionen nicht lieber in die Sanierung der Schulen für unsere Kinder stecken sollten.

Ein anderes fragwürdiges Projekt ist das Sportzentrum Wimpassing. Auch hier sollte trotz bereits erfolgter Beschlussfassung noch einmal ein gründliches Kostendämpfungsverfahren durchgeführt werden. Dass Bauprojekte im Sportbereich sehr luxuriös ausgeführt werden, kann einem aufmerksamen Beobachter nicht verborgen geblieben sein. Statt im Tierpark nicht heimische Tierarten zu verbannen, sollte man vielleicht nicht heimische Sportarten verbannen und auf den Bau des Baseballplatzes verzichten.

Die Erhaltung von Kulturdenkmälern und Amtsgebäuden ist ebenfalls ein Beispiel für den unsäglichen Investitionsstau, den wir bereits haben. Da ist man schon auf die Hilfe von Freiwilligen angewiesen. Der Ledererturm wurde von Mitgliedern des bosnischen Kulturvereines Džemat ausgemalt. Der Sisi-Pavillion soll von HTL-Schülern saniert werden. Nun ist der Ledererturm doch endlich einmal mit ein bisschen Geld bedacht worden, 120.000 Euro werden budgetiert. Mal sehen, wie weit man damit kommt.

Mit großem Interesse las ich neulich in der Zeitung die Überschrift „Bürgermeister beschenkt Historiker mit der Rettung des Sisi-Pavillions“. Da sind wir aber froh, dass Dr. Aspernig 70 Jahre alt geworden ist, sonst wäre es wohl nie etwas geworden. Noch in der letzten Sitzung war es der Mehrheit im Gemeinderat nicht möglich, eine budgetmä-

ßige Bedeckung der Renovierung dieses Kulturdenkmales zu beschließen. Als Geschenk für einen verdienten Historiker ist dem Bürgermeister nichts zu teuer. Da er es offensichtlich aus der eigenen Tasche bezahlt hat, danke Herr Bürgermeister, werden auch noch die Stadtfinanzen geschont.

Die Zahl, welche ich im Budget 2013 am Häufigsten gelesen habe, ist die Zahl Null. Es gibt null Geld für die Gestaltung von Parkanlagen, es gibt null Geld für das Stadttheater, null Geld für die Sanierung von Kindergärten, null Geld für die Sanierung von Amtsgebäuden und der Stadthalle, null Geld für die Umsetzung des Messe-Master-Planes, für den Bücherbus usw. Es ist ein Budget der Nullen. Null Geld, null Visionen, null Zukunft.

Die vorhin gemachte Feststellung, dass rigoros gespart werden soll, darf keine Ausrede sein Investitionen auf null zurück zu schrauben. Die öffentlichen Investitionen dienen unter anderem auch der Senkung der Arbeitslosigkeit. So zu sparen, dass Schulden abgebaut werden, aber dennoch Investitionen möglich sind, das ist die hohe Kunst des Finanzreferenten. Beim vorliegenden Budget war leider kein Künstler am Werk.

Vzbgm. Dr. Wieser übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Bgm. Dr. Koits: Danke den Fraktionsvorsitzenden für ihre wegweisenden Worte. Jetzt können die Gemeinderäte bzw. die Referenten sich zu Wort melden.

Vzgm. Eisenrauch: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, die heute zu dieser Budgetdebatte gekommen sind! Nachdem so vieles schon über die Strukturmaßnahmen und Einsparungsmaßnahmen gesprochen wurde, muss ich mich sofort als Erste zu Wort melden, um die gerade deshalb in den Gemeinderat gekommen Zuhörerinnen und Zuhörer nicht länger warten zu lassen. Diese zu beschließenden Struktur- und Einsparungsmaßnahmen im Kulturbereich und bei der VHS haben zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Diese Verunsicherung wurde hervorgerufen durch Nennungen von falschen Zahlen, durch Weglassen von Zahlen und durch Einmischung von Menschen, die bewusst Unruhe gestiftet haben. In dem zu beschließenden Initiativantrag heißt es wortwörtlich: Der Gemeinderat möge beschließen die jeweils nach Geschäftseinteilung des Stadtsenates zuständigen Mitglieder des Stadtsenates werden beauftragt die nachstehend angeführten Punkte umzusetzen bzw. den zuständigen Organen zur Beschlussfassung vorzulegen und über das Ergebnis zu berichten. D.h., dass jeder dieser 24 Punkte, die heute bereits genannt wurden, im zuständigen Ausschuss, also z.B. im Kulturausschuss, diskutiert und abgestimmt werden müssen. Finden Punkte dort keine Zustimmung, muss entweder nach Lösungen gesucht, weiterdiskutiert oder der Vorschlag fallen gelassen werden. Aber darauf komme ich noch näher zu sprechen.

Dass gerade im Kulturbereich der Sparstift am Krassesten angesetzt werden soll, schmerzt mich fast körperlich. Ich danke allen, die spontan ohne mein Zutun, möchte ich hier behaupten, sich zu Meinungsäußerungen zusammengeschlossen haben. Ich habe heute 2.400 Unterschriften bekommen. Sie sind heute hierher gekommen um zuzuhören und haben Transparente gezeigt.

Beim Kulturbudget insgesamt handelt es sich, wenn ich das so flapsig sagen darf, um einen Skontobereich. Von den Zuschüssen und Subventionen, die im Kulturbereich gegeben werden, sind das 2,5 % des gesamten Budgets. Also diese Zahl bewegt sich tatsächlich im Minimalbereich, was aber nicht heißen soll, dass nicht ab und zu über Vorschläge, über Einsparungsmaßnahmen aber auch um werbewirksame Maßnahmen, um Marketingmaßnahmen diskutiert werden soll. Z. B. haben wir den Ledererturm innen so schön saniert, dass die Christkind GmbH diesen jetzt in der Welser Weihnachtswelt nutzt. Dies war ein genialer Einfall, dass jetzt zur Weihnachtszeit das Christkind dort wohnt. Da könnte man das Stadtmarketing gerade in der Vermarktung der Museen mit einbinden. Viele Wirtschaftsdelegationen besuchen die Stadt Wels. Wieso gibt es hier nicht ein Rahmenprogramm oder wird nicht ein Damenprogramm angeboten, das besagt, dass das Museum, die Minoriten besucht werden kann. Wir haben großartige Ausstellungen in unseren Museen, die fast einzigartig in ganz Österreich sind. Wenn ich nur an die Chinaausstellung denke. Wir haben unsere Römerausstellung in den Minoriten. Das könnte alles mitvermarktet werden. Man muss nur die Einfälle dazu haben.

Wir werden dies mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besprechen, dass eine Effizienzsteigerung in den Museen gegeben ist. Wir werden auch in den Schulen Werbung machen, dass wieder vermehrt Schulklassen in die Museen gehen und sich die Ausstellungen ansehen. Wer weiß schon – auch dies ist vielleicht ein Marketingfehler – dass im Burgmuseum z.B. Kindergeburtstage abgehalten werden können. Auch damit können Einnahmen lukriert werden. Viele Eltern sind vielleicht froh, wenn sie nicht zu Hause eine große Rasselbande betreuen müssen, sondern in einen Saal des Burgmuseums gehen können.

Aber nun ganz konkret zur VHS. Die Kursbesucher der VHS haben kundgetan, dass sie in keine rote aber auch in keine schwarze Bildungseinrichtung gehen werden, d.h. bei einem Zusammenschluss mit der Arbeiterkammer, dem BFI oder auch dem WIFI werden sie den Kursangeboten fern bleiben. Die Stadt Wels hat in der Erwachsenenbildung demnach ihren Bildungsauftrag in neutralen Bereichen zu erfüllen. Hinter dieser Aussage steht auch der Bürgermeister. Die Stadt Wels hat einen Bildungsauftrag in der Erwachsenenbildung. Dieser soll nach wie vor in einer neutralen Einrichtung der Stadt Wels stattfinden.

Viele unserer BesucherInnen können sich einfach teurere Kursangebote nicht leisten. Ich denke dabei an unser Angebot des Ballettunterrichts. Es ist vielen Eltern finanziell nicht möglich ihre Kinder in eine Tanzschule zu geben, damit sie tänzerisches Können erlernen. Also ist es wichtig, dass auch die Volkshochschule Ballettunterricht anbietet.

So ist es auch in der ÖVP-Fraktion zu einem Umdenken gekommen. Sie hörten, in diesem Budgetbegleitpapier waren ursprünglich 25 Punkte enthalten. Die FPÖ verlangte, dass der Punkt Doppelbudget 2014/2015 gestrichen wird. Auch hier haben wir umgedacht. Die ÖVP ist sich einig, dass es keine Zustimmung dazu geben wird, dass die VHS einer anderen Bildungseinrichtung, wie z.B. Arbeiterkammer, BFI oder WIFI, angeschlossen wird. Es ist schon sehr merkwürdig, Frau Magistratsdirektorin, dass sie ein Schreiben an die Bediensteten der VHS übermitteln ohne mit mir darüber zu sprechen, mit dem den MitarbeiterInnen gesagt wird, dass bei einem Zusammenschluss ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich glaube nicht, dass ihre Vorgeschichte in der Arbeiterkammer sie dazu befähigt hätte, einfach hinter meinem Rücken schon Absprachen mit der Arbeiterkammer zu machen. Dies hat wiederum eine Verunsicherung bei den MitarbeiterInnen der VHS hervorgerufen.

Wir haben bereits hervorragende Einsparungsmaßnahmen in der Höhe von 150.000 Euro auf den Tisch gelegt. Es werden zwei Dienststellen zusammengelegt. Mag. Michael Kitzmantel von der Dst. Stadtarchiv ist auch Leiter der Dst. VHS. Diese Zusammenlegung der beiden Dienststellen ist eine ausschlaggebende Einsparung, um die VHS der Stadt Wels zu erhalten. Ich bedanke mich bei den MitarbeiterInnen der VHS, vor allem bei Mag. Michael Kitzmantel sowie allen KursleiterInnen der VHS für ihre Arbeit, die diese trotz schwieriger Voraussetzung und ständiger Verunsicherung, ihre Arbeit hervorragend leisten.

Ich bedanke mich aber auch bei den MitarbeiterInnen in der Kulturverwaltung insgesamt, bei Frau Dr. Renate Miglbauer, bei Frau Mag. Ingeborg Micko und bei Herrn Rudolf Stöger Müller. Wir werden wirklich gute Vorschläge auf den Tisch legen. Es ist dies auch gemeinsam mit meinem Nachfolger schon abgesprochen, dieser steht hinter all diesen Punkten, die ich aufgezählt habe.

Ich möchte jedoch insgesamt noch zu meinem Referat sagen, welches ja nicht nur aus Kultur besteht, sondern Generationen und Bildung mitbeinhaltet, wobei die Bildung bei der VHS schon angesprochen wurde. Bildung ist auch Kindergarten, ist auch Schule. In Kindergärten, Krabbelstuben und im Hortbereich ist die Stadt Wels gut aufgestellt. Dass die Hortplätze immer zu wenig sind, das wissen wir. Dieser Mangel wird sich aufgrund des Ausbaues der Nachmittagsbetreuung in den Schulen relativieren. Dann werden hoffentlich genügend Plätze zur Verfügung stehen. Mein Dank gilt allen PädagogInnen und HelferInnen in den Krabbelstuben, Kindergärten und Horten sowie den Damen und Herren in der Kindergartenverwaltung, an der Spitze Frau Mag. Edda Rebernic, Elisabeth Weidinger und Monika Hinterbauer.

Im Schulbereich wird es 2013 hoffentlich eine Entscheidung für die VS 10 geben. Wie diese aussehen wird, ist noch offen. Herr Baudirektor ist gerade mit einer Gruppe beim Planen und Rechnen. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufgabe, die sie und ihr Team übernommen haben.

Die Bemühungen zum Ausbau der Nachmittagsbetreuung werden auch 2013 fortgesetzt. Je nach frei werdenden Klassenräumen werden wir schauen, unter welchen Bedingungen tatsächlich eine flächendeckende freiwillige Nachmittagsbetreuung angeboten werden kann. Für diese Vorbereitungsarbeiten bedanke ich mich bei Herrn Josef Homar und seinen MitarbeiterInnen. Er ist es auch, der den Kontakt zu den DirektorInnen bzw. zu Frau Bezirksschulinspektorin Karin Lang herstellt und der immer wieder mit diesen Damen und Herren über Veränderungen im Schulbereich, Sanierungen usw. spricht.

Noch einmal kurz auf das Kulturbudget zurückkommend. Der Ledererturm wurde bereits angesprochen. Diese 120.000 Euro, die wir für nächstes Jahr ausverhandelt haben, waren dringend notwendig. Die Innensanierung ist abgeschlossen, eine Außensanierung auf eine lange Bank zu schieben wäre nicht sinnvoll. Dach- und Fassadensanierung müssten in einem gemacht werden, auch um Kosten zu sparen.

Im Großen und Ganzen gäbe es die Querelen im Bildungssektor vor allem mit der VHS und den fälschlichen Interpretationen der Schließung von Museen nicht, könnte ich in meinem Referat mit dem Budget 2013 sehr zufrieden sein. Ich bedanke mich vor allem dort, wo ich zusätzliche Gelder erreichen konnte, beim Herrn Finanzreferenten sehr herzlich.

Bgm. Dr. Koits: Liebe Anni, vielleicht muss ich die Frau Magistratsdirektorin zu deiner Aussage doch in Schutz nehmen. Ihr war es ein Anliegen die MitarbeiterInnen einfach zu informieren, dass es offensichtlich einen Antrag geben wird, den wir heute behandeln und damit auch die MitarbeiterInnen der VHS betroffen sein könnten.

StR. Huber: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtssenat und dem Gemeinderat! Vielleicht nur ein Wort zu dem Statement des Herrn Bürgermeisters, ich brauche die Frau Magistratsdirektorin gar nicht in Schutz nehmen, aber ich glaube wir PolitikerInnen sollen uns nicht überschätzen und ich glaube eine Magistratsdirektorin braucht niemanden fragen, vor allem nicht, wenn sie mit den MitarbeiterInnen kommuniziert, das ist mein Zugang.

Ein Budget ist ein in Zahlen gegossenes Werk, ein in Zahlen gegossene Politik – haben wir heute schon mehrmals gehört. Nach der Rede von GR. Teubl habe ich das Gefühl gehabt, ist das ein schreckliches Budget. Ich verstehe die Grünen nicht mehr, denn sie haben verschwiegen, dass es gelungen ist dieses Budget trotz restriktiver Budgetierung, den Sozial- und Jugendbereich in vielen Bereichen abzusichern und auszubauen. Gerade die Absicherung der sozialen Qualität in einer Stadt bedeutet auch sozialen Frieden. Natürlich gibt es immer wieder Stimmen, die den Sozialbereich als furchtbaren Kostenfaktor hinstellen, aber meine Damen und Herren, dahinter stecken Menschen, die sollen uns wichtig sein.

Die Betreuung der älteren Menschen ist uns wichtig, das machen wir ganz deutlich klar. So sind Mittel für den weiteren Ersatzbau des Hauses Magazinstraße vorgesehen, hier reden wir von weiteren 11,5 Mio. Euro in den nächsten drei Jahren. Dazu kann ich nur sagen, gut, dass Alten- und Pflegeheime nicht maastrichtschädlich sind. Mit diesem Geld lässt sich ein weiteres modernes Alten- und Pflegeheim errichten. Auch die geplante Pflegeservicestelle für die Welserinnen und Welser kann dort eingerichtet werden. Mit diesen beiden geplanten Ersatzbauten in der Noitzmühle und in der Magazinstraße haben wir endlich alle Senioreneinrichtungen auf den Stand der Alten- und Pflegeheimverordnung gebracht. Die Mitglieder des Sozialausschusses konnten sich kürzlich vom Zustand des Hauses Leopold Spitzer überzeugen. Keine Barrierefreiheit, Unebenheiten in den Böden, ständig notwendige Reparaturmaßnahmen verbunden mit jährlichen zusätzlichen Kosten.

Auch im Bereich der mobilen Dienste sind wir aktiv. Wir werden 2013 auf multiprofessionelle Teams umstellen und die Hauskrankenpflege ausbauen von 8,3 auf 10 Personaleinheiten. Immer wieder sind wir bemüht zusätzliche Finanzierungen abzuschöpfen. So lukrieren wir aus dem Pflegefonds jedes Jahr mehr als eine Million Euro. Letztes Jahr es ist uns gelungen eine 100 % ige Finanzierung der Alkoholberatungsstelle zu erreichen, ebenso die Personalkostenzuschüsse für die Sozialarbeit entsprechend zu erhöhen.

Ein bisschen Sorge macht mir die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Seit Oktober 2011 haben wir 394 neue Fälle. Dahinter stecken Menschen, und zwar werden 721 Personen mehr unterstützt als zuvor. Die Steigerung der Bezieher liegt bei über 100 %. Die Kostensteigerung hält sich dagegen in Grenzen, von 1,8 Mio. Euro auf 2,2 Mio. Euro. Hier spreche ich von den laufenden Barleistungen. Dr. Barth hat von der Umlage gesprochen von 48 % von 133 auf 190, gesprochen. Ich spreche von den laufenden Barleistungen. Bedenklich ist, dass von diesen 394 Fällen 259 Personen eine AMS-

Leistung und nur 71 Personen kein Einkommen haben. Der Rest sind Aufzahlungen auf Kinderbetreuungsgeld, auf Lohn usw. D.h., die Menschen bekommen so wenig Lohn und so eine niedrige AMS-Leistung, dass sie eine Aufzahlung auf die 843,00 Euro für Alleinunterstützte nötig haben. Eine Forderung nach einem Mindestlohn muss uns daher alle ein wichtiges Anliegen sein. Der Altersdurchschnitt bei den neuen Beziehern liegt bei 35,7 Jahren. Dieser ist ebenso niedriger als früher. Wir bemühen uns die BMS-Bezieher im Rahmen der Hilfe zur Arbeit an Arbeitsstellen des Magistrates, der Volkshilfe und beim Sozialen Wohnservice einzusetzen. Derzeit stehen 17 Arbeitsplätze zur Verfügung. Eine Maßnahme, durch die eine Reintegration gut funktioniert.

Nur ganz leicht steigen die Kosten für die Unterbringung in den Alten- und Pflegeheimen bedingt durch die höheren Pflegestufen und dadurch erhöhten Personalaufwand, sprich um 85.000,00 Euro. Das sind bei rund 14 Mio. Euro in diesem Bereich wirklich nicht sehr viel. Daher darf ich den Verantwortlichen Dank sagen für die hohe Budgetverantwortung und sorgsame Budgetverfolgung.

Beim Reformprogramm haben wir unsere Aufgabe gemacht. Ich kann dir, Kollege Dr. Rabl, den Aktenvermerk der Abteilung Soziales, Mag. Urban, zeigen, wir haben 1 Mio. Euro eingespart.

Nun zur Jugendarbeit. Erfreulich ist, dass wieder Gelder für einen neuen Jugendtreff in der Noitzmühle vorgesehen sind. Leider hat sich die Suche nach einem Grundstück in diesem Jahr als äußerst schwierig erwiesen. Als bekannt wurde, dass wir ein Grundstück in der Stadt Wels für diesen Bereich suchen, sind die Grundstückspreise sehr hoch geworden. 2013 soll die Errichtung dieses neuen Jugendtreffs unter Dach und Fach sein. Wir brauchen in der Noitzmühle ganz dringend diesen Jugendtreff. Ich lasse zur Zeit den ursprünglich für den Jugendtreff angedachten Standplatz am Spielplatz Föhrenstraße/Eibenstraße überprüfen. Dort könnte ich ihn mir gut vorstellen.

An dieser Stelle darf ich auch ein klares Bekenntnis zur stadtteilspezifischen Jugendarbeit abgeben. Die Jugend bekennt sich zu ihrem Stadtteil und hält sich dort auf. Die Jugend wünscht sich stadtteilspezifische bedarfsorientierte Jugendbetreuung. Die jüngsten Erhebungen zeigten dies. Notwendig wird eine verstärkte Aufstockung der mobilen Jugendarbeit. Auch dafür ist mehr Geld vorgesehen. Ich bin mir sicher, dass wir 2013 in diesem Bereich deutliche Zeichen setzen werden. Zu den Überlegungen, die Jugendarbeit in einen Verein auszugliedern, kann ich nur sagen, alles was dazu dient die Jugendarbeit noch effizienter zu gestalten, werden wir umsetzen. Eines ist klar, Jugendarbeit braucht flexible und schnelle Strukturen. Es freut mich wirklich, dass Kollege Rabl nach einem Gespräch in meinem Büro, auch schon Anregungen und Punkte von mir übernommen hat. Man kann hier auch noch ein bisschen etwas lernen, lieber Kollege Rabl, aber nächstes Mal muss ich mir unbedingt mehr Zeit für dich nehmen, weil bei den Kosten für den Schlachthof sind wir so gar nicht d'accord. Die Kosten für den Schlachthof sind 278.000 Euro – inklusive Miete und Personal – und nicht 1 Mio. Euro. Nachzulesen auf Seite 47 in der kleinen dünnen Broschüre. Ich möchte dies einfach klar stellen, weil gerade hier im Budgetgemeinderat sollte schon mit richtigen Zahlen agiert werden.

Erwähnen darf ich im Jugendbereich auch die heuer neu eröffnete Skaterhalle. Die Auslastung beträgt 45 Jugendliche am Tag. Seit der Eröffnung im März sind das 9000 Jugendliche und dies zum Nulltarif für unsere Jugend. Das ist wirklich eine tolle Sache.

Zum Thema Ausgliederung: Ich denke Ausgliederung heißt auf keinen Fall Privatisierung. Das könnte ein Regiebetrieb sein, ein Betrieb nach Statut der Stadt Wels, wie bei den Alten- und Pflegeheimen in Steyr. Dies schauen wir uns an und werden wir entsprechend prüfen.

Schön ist, dass wir heute ein Budget beschließen, werte Kolleginnen und Kollegen. Denn kein Budget hätte bedeutet, dass viele Vereine, nämlich 480 Vereine in dieser Stadt, alle die eine Ermessenssubvention erhalten, kein Geld mehr erhalten hätten. Auf dem Rücken dieser engagierten Vereine zu spielen, sehe ich einfach verantwortungslos.

Die Aufregungen rund um die Kultureinsparungen wurden ausführlich diskutiert, darauf brauche ich nicht mehr eingehen. Ich glaube, es muss und darf erlaubt sein immer wieder Kosten und Maßnahmen, egal in welchem Bereich, zu evaluieren. Keiner hat vom Zusperrern gesprochen. Ziel ist es in Wels die Lebensqualität zu erhalten. Dazu gehört Soziales, Sport, Kultur und vieles mehr. Dank einer guten Budgetpolitik – ich weiß das möchten einige nicht hören – gelingt es uns das Leistungs- und Serviceangebot für die Welserinnen und Welser auf einem sehr hohen Niveau zu halten und sogar in manchen Bereichen auszubauen. Aber um diese Standards auf Dauer halten zu können, braucht es die strukturellen Maßnahmen. Meiner Meinung nach braucht es neue Einnahmen, daher ein klares Ja zur Millionärssteuer. Wie hat denn Hans Peter Haselsteiner einmal gemeint, wer unverschämt viel verdient, unverschämt viel Vermögen hat, soll auch unverschämt viel Steuer zahlen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Bezüglich der Reichensteuer las ich heute in der Zeitung einen Artikel, Frau Landeshauptmann Burgstaller im Land Salzburg wegen der fehlenden Millionenbeträge zu bewältigen hat. Diese unvorstellbaren Summen werden wahrscheinlich nicht die Reichen zahlen, sondern wieder die kleinen Leute auf der Straße. Die Spitzensteuersätze werden von den Reichen bezahlt und nicht von Menschen, die leider Gottes relativ wenig verdienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kollege Wimmer ist heute durch nichts aus der Ruhe zu bringen. Es ist ihm tatsächlich gelungen ein Budget zur Abstimmung zu bringen. Für eine Einigung hat er schwer gekämpft.

Wenn ich nun als Referent meine Bereiche etwas näher beleuchten darf. In der Abfallwirtschaft, das ist mein größtes Ressort mit einem Umsatz von 6,3 Mio Euro, werden die Gebühren erhöht. Vor zwei Jahren haben wir in diesem Zusammenhang eine Vereinheitlichung der Abfallleistungen für die Welser Bürger beschlossen. Diese Müllgebühr ist ja nicht nur für das Abholen der Restmülltonnen, sondern sie inkludiert auch die Biotonnen und den Grünschnitt, den Sperrmüll und die Vor- und Nachträger. Diese Müllgebühr umfasst also die gesamten Leistungen.

Die Stadtgärtnerei mit einem Umfang von 2,4 Mio Euro Umsatz hat das ganze Jahr hindurch sehr viel zu tun. Eine große Menge von Bediensteten schaut, dass das Stadtbild der Stadt Wels sehr gepflegt ist. Die vielen Blumen und Parkanlagen werden von der Bevölkerung sehr gelobt. In diesem Zusammenhang können wir alle auf die Bediensteten der Stadtgärtnerei stolz sein. Auch bei der jährlichen Blumenmesse präsentieren sie sich sehr gut. Im Winter sind die Bediensteten mit dem Winterdienst beschäftigt, sodass auch eine Auslastung des Personals im Winter gegeben ist.

Der Friedhof hat einen Umsatz von 650.000 Euro. Hier entsteht im Jahr ein kleiner Überschuss von 90.000 Euro. 73.000 Euro werden als Verwaltungsgemeinkosten veranschlagt. In Wahrheit sind die auch dem Betriebsgewinn zuzurechnen.

Ich freue mich, dass es gelungen ist, zwischen den Fraktionen betreffend Budgetbegleitbeschluss eine Einigung zu finden. So vage sind die angesprochenen Dinge nicht. Klar ist, dass man in wenigen Tagen nicht großartige Konzepte im Detail ausarbeiten kann. Wenn die Freizeitbetriebe ausgegliedert werden, ist dies ein Arbeitsauftrag. Ähnliche Aufträge sind in diesem Beschluss enthalten. Ich war leider nicht bei den Besprechungen dabei, die zu dieser Ergebnisliste führte, sonst hätte ich etwas beigetragen. Leider Gottes ist die Dst. Umweltschutz unter den Tisch gefallen.

Es steht in diesem Begleitbeschluss, dass immer über das Ergebnis zu berichten ist. Ich kann ihnen schon berichten Herr Bürgermeister, dass im Bereich der Förderungen für Umweltmaßnahmen ein großer Einschnitt beschlossen wurde. Diese Förderungsgelder werden um 40 % gekürzt, statt 250.000 Euro sind nur mehr 150.000 Euro vorgesehen. Das ist ein beachtliches Einsparungspotential von 100.000 Euro. Wir sollten dies auch den Bürgern sagen, wenn viele Anträge im kommenden Jahr hier abgegeben werden, steht nur mehr dieser Betrag zur Verfügung. Wenn die Zeiten wieder besser sind würde ich mir wünschen, dass diese Maßnahmen wieder mehr gefördert werden. Viele Bürger investieren in energiesparende Maßnahmen. Diese Investitionen kommen mit einem vielfachen Betrag der Wirtschaft zugute.

Ich hoffe andere Dienststellen und Referenten berichten ebenfalls über geplante Einsparungen, was für die kommenden Budgets sehr wichtig wäre.

Die Abfallwirtschaft ist ebenfalls in der Agenda enthalten. Dr. Kröpl ist dabei ein neues Konzept auszuarbeiten, welches wir realisieren sollen. Die Fuhren werden neu berechnet. Dadurch werden die Kosten gesenkt werden können. Was den Revitalshop betrifft gibt es einen Beschluss, dass kein Zuschussbetrieb entstehen soll. Für diese Einrichtung, die zukünftig beim ASZ angesiedelt werden soll, neben der Feuerwache für Puchberg, ist keine Abgangsdeckung vorgesehen.

Herr Kollege Teubl erinnert mich an einen anderen Kollegen, der einmal bei der Freiheitlichen Fraktion war, welcher die Besonderheit, die Kunst und die Gabe dafür hatte, wenn er selbst verärgert war und die anderen Fraktionsmitglieder ärgern wollte, genauso lange Reden zu halten wie heute Mag. Teubl. Dies zeigte dann auch Wirkung. Kollege Teubl, sie haben heute Plakate mitgebracht und aufgestellt mit dem Inhalt „wir wollen nicht mehr verarscht werden“. Abgesehen von dieser unschönen Formulierung möchte ich ihnen schon die Frage stellen, wie wollen sie dies denn bei solchen Reden erreichen? Dass die Grünen sehr wirtschaftsfeindlich sind, sie haben heute etwas bedauernd von einem kapitalistischen Wirtschaftssystem gesprochen, verstehe ich auf Grund der marxistisch kommunistischen Wurzeln der Grünbewegung, aber dass sie neben ihrer Wirtschafts- und Verkehrsfeindlichkeit nun auch die Sportfeindlichkeit entdeckt haben, verwundert schon ein bisschen. Eines muss schon klar sein, hier wird in die sportbegeisterte Jugend investiert. Was haben wir davon, wenn die jungen Leute keine Einrichtungen haben um Sport betreiben zu können. Was hier geschieht in der Sozialisation der jungen Menschen ist besonders wichtig, denn Sport ist eines der besten Transportmittel.

Zu den Ausführungen von Vzbgm. Eisenrauch darf ich anmerken, dass ich es verstehen, wenn sie sich am Ende ihrer Amtszeit über alles mögliche beschwert. Nur darf ich die Frage stellen, wer hat sie und die ganze ÖVP daran gehindert, die unterbliebenen Maßnahmen einzufordern? Ich habe mir immer schon gedacht, warum wird für diese wunderschönen Museen in Wels nicht mehr Werbung betrieben? Warum werden nicht mehr Gruppen, eventuell die Senioren, Gewerkschaften usw. animiert, geschlossen das Museum zu besuchen? Es ist wirklich immer ein Erlebnis. Vor einigen Monaten war ich mit den Freiheitlichen Senioren im Museum. Dieser Besuch hat den TeilnehmerInnen wirklich sehr gut gefallen. Man kann zur Steigerung der Frequenz schon etwas beitragen. Im wesentlichen muss uns klar sein, dass solche Einrichtungen vom Stadtmarketing mehr beworben werden müssen.

StR. Kroiß: Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen des Stadtsenates und Gemeinderates! Kollegen Teubl muss ich bezüglich einer Sache schon korrigieren, er hat hier die Feuerwehrkameradschaftskasse in den Mund genommen. Diese soll 500.000 Euro an Subvention erhalten. Zur Aufklärung: Die Feuerwehr erhält für ihre Einsätze über die Feuerwehrverwaltung Geld in Form von Einnahmen. Dieses Geld kommt in die Feuerwehrkameradschaftskasse, wird dort für den Betrieb und für sonstige Aktivitäten der Feuerwehr verwendet. D.h. das Geld verdienen sie sich selbst und geben es auch in ihren eigenen Reihen aus.

In meinem Bereich darf ich den sehr wichtigen Ortsteil Wimpassing ansprechen. Kollege Lehner hat bereits ausgeführt, dass dort Flächen in Betriebsbaugelände umgewidmet werden. Ohne Autobahnanschluss ist dieses Gebiet nicht erschließbar. Hier verstehe ich die Grünen nicht, dass sie den Verkehr über die Gemeindestraßen leiten wollen.

2013 habe ich rund 4 Mio Euro Budget zur Verfügung, davon sind alleine 2,3 Mio Euro für den Bereich Wimpassing vorgesehen. Für die Feuerwache Wels Nord wurden 500.000 Euro budgetiert.

In der Vogelweide gibt es ein umfassendes Pflastersanierungsprogramm und ein Straßenbauprogramm, welches aber zuerst im Verkehrsausschuss behandelt werden muss.

Außerdem sind Maßnahmen für die Radfahrer vorgesehen. Gerade im Verkehrsbereich ist eine kontinuierliche Investition notwendig, weil es die gesetzliche Verpflichtung dazu gibt und es soll uns nicht wie in anderen Gemeinden passieren, dass wir Straßen sperren müssen, damit wir aus der Haftung herauskommen. Das Geld ist in der Zukunft hier sehr gut investiert, denn wir überlegen uns ganz genau welche Straßen saniert werden müssen. Die Prämisse des Sparens hat bei uns schon lange Einzug gehalten.

GR. Schönberger: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Stadtsenates, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Besucher! Vorweg darf ich sagen, ich habe mir zu dem Thema Wirtschaft Gedanken gemacht. Ich denke, dass ein Budget und die Reden zum Budget gewisse Strahlkraft nach außen haben. Darum verstehe ich nicht, warum bisher so viele negative Aussagen gemacht wurden. Nachdem ich selbst einen Betrieb habe, wundert es mich immer wieder wie betriebswirtschaftliche Parameter einer Kapitalgesellschaft plötzlich auf die Kameralistik angewendet und nach Belieben vermischt werden.

Gerade in den letzten Monaten ist die Forderung medial an uns gerichtet worden, die Politik möge ihre Hausaufgaben machen und soll die Rahmenbedingungen für die Stadt

Wels dementsprechend richten, um zukunftsorientiert handeln zu können. Ich freue mich, dass wir mit dem Budget 2013 dieser Forderung auch nachgekommen sind und nach außen hin unseren Willen zeigen.

Das Investitionsvolumen von 16 Mio Euro ist ein wichtiger und starker Impuls in dieser Stadt. Speziell um die Projekte umsetzen zu können, andererseits um der Wirtschaft Anstoß zu geben vielleicht auch selber wieder mehr Initiative zu zeigen. In anderen österreichischen Kommunen ist es bei weitem nicht der Fall, dass man in Zeiten des Stabilitätspaktes und Maastricht diese Geld freisetzen kann.

Wir investieren massiv in den Ausbau der Infrastruktur. Die Autobahnabfahrt in Wimpasing macht es erst sinnvoll, dort Betriebsgebiete zu erschließen und macht es sinnvoll, die dort bestehenden Betriebe an das höherrangige Straßennetz anzuschließen, damit diese nicht mit ihren Lastkraftwagen quer durch die Stadt Wels fahren müssen.

Das Projekt Wirtschaftspark ist auf den Weg gebracht worden und hat im Budget eine Bedeckung mit einer halben Million Euro gefunden. Diese wichtigen Dinge sollte man den Menschen in Wels auch mitteilen.

Zurückkommend auf die CIMA-Studie darf ich anmerken, dass diese der Stadt Wels eine hervorragende Position im Einzelhandelsvergleich mit 94 % der Kaufkraft der WelserInnen, die in unserer Stadt einkaufen, bescheinigt. Wir wissen, dass im Innenstadtbereich die Betriebe schwierigere Bedingungen haben. Wir haben uns jedoch bemüht dem gerecht zu werden. Es ist im Stadtmarketing nicht gespart worden, dort stehen in den nächsten Jahren nach wie vor Gelder zur Verfügung.

Auch das Agenda 21 Programm ist für die Welser Innenstadt ganz wichtig, um hier wieder Leben in die Innenstadt zu bringen.

Im gesamten Budgetvolumen sind 2013 erhebliche Mittel dafür eingesetzt worden, um den Arbeits- und Wirtschaftsstandort weiter zu attraktivieren und zu stärken. Dank einer jahrzehntelangen beispielhaften Finanz- und Wirtschaftspolitik, die im wesentlichen die sozialdemokratische Handschrift trägt, nimmt die Stadt Wels im nationalen und internationalen Vergleich eine hervorragende Position auch in Zeiten der Wirtschaftskrise ein. Sie bewegt nach wie vor, dass sich Unternehmen in Wels niederlassen.

Eine weitsichtige Politik unterstützt die Wirtschaft Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Dieses Budget zeigt vor allem auch, dass es in Wels keinen politischen Stillstand gibt. Es zeigt auch, dass sich Stadtsenatsparteien trotz kontraverser Meinungen ihrer Verantwortung für diese Stadt bewusst sind. Wir sind als politische Verantwortliche unter der Regie des Finanzreferenten Hermann Wimmer auch beim Budget 2013 der Verpflichtung gegenüber den Welser und Welserinnen, den Dienstnehmern und Dienstnehmerinnen und auch den Wirtschaftstreibenden gut nachgekommen.

Mein Dank gilt dem Bürgermeister, dem Finanzreferenten und den Stadtsenatsmitgliedern und allen Bediensteten des Magistrates, die diesen Budgetentwurf ausgearbeitet haben.

GR. Raggl-Mühlberger: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Die vor einer Woche präsentierte CIMA-Studie gibt ihnen Recht, dass man das

Budget für das Stadtmarketing und dem Tourismus nicht gekürzt hat. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Vor allem müssen wir uns bei den Welserinnen und Welser für die Treue an die Stadt Wels mit 95 % wirklich bedanken, denn das ist einzigartig.

In vielen Bereichen zeigt uns die Studie aber Fehler und Versäumnisse der letzten Jahre auf. Die Wels Marketing- und Touristik GmbH hat im marketingtechnischen Bereich ihre Hausaufgaben mehr als erfüllt, schreibt die CIMA-Studie in ihrem Fazit. Was heißt das: Das Stadtmarketing hat in den Bereichen Events, Wiedererkennungswert des Slogans hervorragende Arbeit geleistet. Abgefragt wurden Weihnachtswelt, Filmfestivals, Energiesparmesse, Innenstadtradraster, Shoppingnight und Schnäppchenmarkt. Diese Events wurden durchwegs mit guten Noten beurteilt.

Vernachlässigt wurde aber der Standort- und Handelsmarketing, genau darin liegen jetzt unsere Schwächen. Der gesamte in Wels getätigte Umsatz ist um 7 % auf 777 Mio Euro gestiegen. Rechnet man davon aber die Verbrauchsabgaben von 6 % weg, bleibt nur ein kleines Plus von 1 %. In der Innenstadt betrug der Umsatz 2007 195 Mio Euro, 2012 171 Mio Euro. Die Flächenproduktivität ist um 15 % zurückgegangen und Verkaufsflächen sind in der gleichen Zeit um rund 12 % gestiegen. Die unsensible Raumordnungspolitik der Vergangenheit hat uns massiv geschadet. Diese Zahlen zeigen ganz deutlich, dass im Bereich Handelsmarketing und Standortmarketing dringender Handlungsbedarf gegeben ist. Aktives Standort- und abgestimmtes Wohnortmarketing als wichtiges Mittel zur langfristigen Stärkung der Kaufkraft, lautet die Erstempfehlung der CIMA-Studie.

Vom Wohnzimmer Innenstadt, das immer so in den Vordergrund gestellt wird, sind wir weit entfernt. Die Tatsache, dass sowohl die Welser und die Welserinnen und auch die Kunden von außerhalb die Einkaufsatmosphäre in den Einkaufszentren positiver empfinden als in der Innenstadt, ist bedenklich. Denn diese Faktoren setzen sich aus Gefühlsthemen, wie Sauberkeit, Sicherheit etc. zusammen. Selbst der Branchenmix wurde in den Einkaufszentren besser beurteilt. Es ist daher an der Zeit, dass die Stadt Wels bei den Wirtschaftsförderungen Einfluss auf den Branchenmix nimmt. Das Stadtmarketing muss sich dem verstärkten Standortmarketing widmen. Wels muss sich seiner Art wieder einzigartig werden und nicht austauschbar sein, so wie derzeit.

Wir können es uns nicht leisten noch länger zuzuschauen. Wir müssen aktiv an diese Themen herangehen. Besonders gefragt ist daher das Stadtmarketing, die Raumordnung bzw. Stadtentwicklung und das gesamte Förderwesen des Wirtschaftsreferates. Der Standort Wels muss aktiv beworben werden, Neuunternehmen akquiriert sowie Ansiedlungsfragen koordiniert werden, um Synergien bestmöglich zu nutzen. Die für das Standortmarketing zuständige Person muss Wels als Gesamtheit verkaufen, so wie es im Bereich Tourismus bereits geschieht. Neue Aufgabenfelder und klare Kompetenzen für das Stadtmarketing, vor allem im Bereich der partnerschaftlichen Immobilienentwicklung in der Innenstadt, müssen forciert werden. Das Thema Innenstadtkaufhaus muss oberste Priorität haben und vielleicht muss man auch neue und mutige Wege angehen, um diese Projekte auch wirklich zu realisieren. Positive Beispiele dafür gibt es ja genug. Innsbruck besitzt zwei City-Kaufhäuser zur Belebung und Qualitätssicherung der Innenstadt. Ried im Innkreis hat sich für ein Innenstadtkaufhaus entschieden, statt ein Einkaufszentrum an der Peripherie zu bauen. Die hohe Flächenproduktivität von Bregenz,

Dornbirn oder Feldkirch zeigen uns ganz deutlich, dass Städte mit stark geführten Fach Einzelhandelsunternehmen in der Zukunft bestehen können.

Wenn wir es nicht schaffen die Innenstadt wieder unverwechselbar zu gestalten, verlieren wir mittelfristig weitere potentielle Kunden, somit Flächenproduktivität in der Kernzone. Wie heißt es in der Studie so schön „Klasse statt Masse“.

Ich führe hier sicher keinen Kampf gegen die Einkaufszentren, aber wir müssen unter allen Umständen versuchen die leerstehende Innenstadt mit qualitativ hochwertigen Geschäften und Handelsbetrieben zu füllen. Der dreißigste Handy-Shop und das zwanzigste Wettbüro helfen uns da leider nicht weiter. Eine gute Innenstadt ist eine Mischung aus feinen Geschäften der unterschiedlichsten Branchen und der Gastronomie, qualitativ hochstehender Dienstleistung und gehobenem Wohnen. Genau das muss unserer Ziel sein, mit weniger sollten wir auch nicht zufrieden sein.

GR. DI. Leitinger: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren im Publikum, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Dieses Budget ist in seiner Visionslosigkeit eine Katastrophe. Ich greife aus aktuellem Anlass einen wichtigen Aspekt heraus, nämlich die Entwicklung der Innenstadt. Wie eine kürzlich präsentierte Studie, wie bereits erwähnt die CIMA-Studie, zeigte, müssen wir es schaffen, wenn wir die Innenstadt beleben wollen, auch die Aufenthaltsqualität der Innenstadt zu erhöhen. Dazu gehören neben der Sauberkeit, der Sicherheit und der Gastronomie auch unsere tollen Museen in den Minoriten, in der Burg, das Welios oder das Medienkulturhaus und eine attraktive Gestaltung der Freiräume – Stichwort Möblierung, Bänke usw. – und der Grünflächen.

Was soll nach dem Willen der Budgetmacher gesehen? Sperren wir die Museen doch die meiste Zeit einfach zu, das bereits fertige Konzept der Agenda 21-Gruppe für die Neugestaltung des Pollheimerparks lassen wir in der Schublade verrotten, denn die Mittel dafür sind nicht vorgesehen usw. Aus welchem Grund soll da eine Kaufwillige noch in die Innenstadt kommen? Um einen VHS-Kurs zu besuchen oder sich den Sisy-Pavillion anzuschauen? Wenn ihnen also Museen und Grünräume als elementarer Bestandteil der Qualität einer Stadt für sich nichts wert sind, dann vielleicht wenigstens als wesentlicher Bestandteil für den Erhalt der Anziehungskraft der Innenstadt für Kaufwillige und für den Handel. Schauen sie über den schmalen Tellerrand aus Sportstätten und Autobahnabfahrten hinaus und versuchen sie Visionen für alle Teile der Bevölkerung und den Blick auf Zusammenhänge zu entwickeln.

Zum Thema Vereine: Auch hier gibt es Visionen zu entwickeln. Denn die Vereine sind uns nicht egal – ganz im Gegenteil – die Sozialvereine erhalten seit 10/15 Jahren die gleichen Subventionen. In diesem Bereich gehört aus unserer Sicht auch nicht gespart. Von den Visionen des Herrn Dr. Wieser – wir sparen im Umweltbereich minus 40 % - halten wir auch nicht sehr viel, wie sie sich denken können.

Dr. Wieser hat darauf hingewiesen, dass sich Herr Teubl so viel Zeit für seine Kritik am Budget genommen hat. Er hat sich so viel Zeit genommen, weil es eine berechtigte Kritik an diesem Budget ist und nicht eine weitschweifige Schönfärbung dieses Budgets.

GR. Mag. Mayerhofer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrtes Publikum! Ich möchte noch eine Aussage von Dr. Wieser zitieren, die lautet, Sport betreibt hauptsächlich Jugendförderung und

gehört deswegen gefördert. Das mag richtig sein. Die Vereine sind sehr in der Jugendarbeit engagiert. Allerdings stellt sich die Frage, warum sind wir nicht mit gleichem Enthusiasmus bei den Schulsanierungen? Dort sind unsere Kinder und Jugendliche tagtäglich und die Schulsanierungen werden Jahr für Jahr verschleppt, in dem zuwenig Mittel dafür budgetiert sind.

Zur schon zitierten CIMA-Studie habe ich am 6.12. in den OÖ. Nachrichten eine sehr interessante Schlussfolgerung gelesen, da heißt es „Einkaufen kann man vom Norden Norwegens bis in Italiens Süden. Wels muss sich als multifunktionales attraktives Tagesausflugsziel besser vermarkten. Dazu zählt auch ganz stark der kulturelle Bereich.“ Hier haben wir also einerseits die Empfehlung dieser Studie und andererseits haben wir hier in diesem Initiativantrag den Vorschlag, die Öffnungszeiten der Museen zu reduzieren oder gar Schließtage von Montag bis Donnerstag einzuführen. Wird das unser kulturelles Profil stärken? Ich denke nicht. Generell sind die Vorschläge in diesem Initiativantrag etwas seltsam anmutend. Mein Eindruck ist, dass sich die Herren aus den einzelnen Fraktionen zusammengesetzt, die Kostensenkungsbrille aufgesetzt haben und dann hergegangen sind – na wie schaut denn das aus, da sind ein paar hunderttausend Euro Abgang – aber keiner hat die weitere Überlegung getroffen, woher kommt denn dieser Abgang?

Nehmen wir beispielsweise die VHS, die heute bereits sehr breit diskutiert worden ist. Da hat man bereits gesehen, die VHS macht viel Abgang und wir wissen, Teile der Welser Stadtpolitik würden die VHS gerne lieber gestern als morgen weg geben. Aber was machen wirklich die Kosten der VHS aus? Es sind nicht die Kurse, welche die Kosten verursachen. Im Gegenteil – das ausgezeichnete Kursprogramm deckt sogar teilweise die Verwaltungskosten ab. Es sind die Gebäudemieten. Hier stellt sich die Frage, warum hat die Stadt nicht schon langfristig geplant Gebäude für die VHS zu schaffen, damit die Mietkosten nicht derartig auf das VHS-Budget drücken? Die VHS gibt es nicht erst seit ein paar Jahren. Man sollte das Kursangebot, das Bildungsangebot für Erwachsene gerade in Zeiten, in denen das lebenslange Lernen so wichtig ist, hoch halten. Als Stadt sollte man sich bereit erklären, auch für Erwachsene eine entsprechende Bildungsinstitution zur Verfügung zu stellen, die auch jene begünstigt, die sich keinen WIFI-, BFI-Kurs oder sonstige preislich teurere Kurse leisten können.

Von daher gilt auch mein Dank den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die innerhalb kürzester Zeit 2450 Unterschriften gesammelt haben. Dieses Statement der Bürgerinnen und Bürger sollten wir uns zu Herzen nehmen. Es sind 2450 Unterschriften, mittlerweile sollen es bereits wesentlich mehr sein. Dies ist ein Bekenntnis der Bürgerinnen und Bürger zu einem Verbleib der VHS bei der Stadt Wels. Als gewählte Politikerinnen und Politiker können wir uns darüber nicht hinwegsetzen.

Haben Sie sich die Öffnungszeiten bei den Museen angesehen? Montag ist generell geschlossen – das ist auch in anderen Städten, in anderen Ländern so üblich. Von Dienstag bis Freitag von 10.00 – 17.00 Uhr, Samstag von 14.00 – 17.00 Uhr, Sonntag von 10.00 – 16.00 Uhr, d.s. insgesamt 37 Wochenstunden, stehen die Museen der Bevölkerung zur Verfügung. Das ist ein passabler Zeitraum, es könnte mehr sein, muss es nicht. Worauf ich hinaus will - von diesen 37 Stunden sehe ich nicht sehr viel Kürzungspotential. Natürlich eines haben sie mit diesem Initiativantrag erreicht, er hat für Aufruhr gesorgt. Er hat für Aufruhr bei den Bediensteten und bei den Menschen in der Stadt Wels gesorgt. Es sind einige Vorschläge auch intern von den Abteilungen eingebracht worden. Ich finde man sollte sich diese bereits erbrachten Vorschläge ansehen und in die

Beratungen miteinbeziehen. Von daher ist für uns Grüne der Initiativantrag in der vorliegenden Form nicht unterstützenswert. Allerdings sehen wir ein, dass auch der Kulturbereich einer kritischen Überprüfung unterzogen werden soll. Eines steht fest, der Kulturbereich macht vom ordentlichen Haushalt gerade einmal 3 % aus. Das ist nicht sehr viel.

GR. Mag. Parzmayr: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und des Stadtsenates! In den heute schon oft zitierten Sparzielen ist auch ein Punkt enthalten, der mich als Mitglied des Sozialausschusses beschäftigt. Frau StR. Huber hat bereits die Welser Jugendzentren erwähnt. Hiezu heißt es, es soll eine Ausgliederung in eine Vereinsform oder ähnliches bis zum Jahr 2014 vorgenommen werden. Ohne hier näher auf die Möglichkeiten einer Strukturreform einzugehen, die zuständige Fachabteilung wird sich aller Möglichkeiten annehmen, möchte ich doch einige Denkanstöße geben. Ich gebe Frau StR. Huber natürlich recht, wenn sie die Wichtigkeit der Jugendarbeit und der Jugendzentren hervorhebt. Derzeit stellt sich die Situation aber so dar, dass sich einige Eltern aber auch Kinder und Jugendliche selbst über die Vorgänge in den Welser Jugendzentren beschwert haben. Hier wurde auch der Vorwurf des Alkohol- und Drogenmissbrauchs in den Raum gestellt. Die Jugendbetreuer sind oftmals auf Grund der anfallenden Verwaltungstätigkeiten zeitlich nicht in der Lage sich ausreichend um die anwesenden Jugendlichen zu kümmern. Nun ist mir schon klar, dass eine Aufstockung des Personals aus finanziellen Gründen nicht möglich sein wird. In jedem Referat muss gespart werden.

Andererseits reicht es jedoch nicht aus, dass Jugendzentren von Jugendbetreuern bloß verwaltet werden. Es geht vielmehr darum, dass die Jugendbetreuer mit den Kindern und Jugendlichen sich über ihre Probleme unterhalten, Lösungen anbieten und zur Schnittstelle zwischen Jugendlichen, der Jugendabteilung, den Streetworkern und letztlich der Politik werden. Vielleicht sollte man überlegen, ob das bisherige System von mehreren Jugendzentren überdacht werden sollte. Zusammenlegung zu einem Jugendzentrum und die Bündelung der Personalkette wäre überlegenswert. So wäre eine intensivere Betreuung durch das bereits vorhandene Personal und womöglich sogar eine Reduktion der Kosten möglich. Dies bei einer Steigerung der Qualität.

Weiters wäre insbesondere darauf zu achten, dass Jugendzentren für Kinder und Jugendliche Aktivitäten anbieten, die deren Talente und Entwicklungsprozesse fördern. Die vorhandenen Einrichtungen sollen nicht bloß zum Abhängen, wie es im Jugendjargon so schön heißt, benutzt werden. Hier entsteht bei den Jugendlichen oft Langeweile und dies führt mitunter dazu, dass man sich irgendwelchen Blödsinn ausdenkt. Hier geht es nicht in erster Linie um strafrechtlich relevantes Verhalten, aber eines ist mir in meiner Tätigkeit bei Gericht und als Strafverteidiger schon aufgefallen. Wenn ein jugendlicher straffällig wird, vor dem Richter landet und nach dem Warum seiner Tat gefragt wird, dann sagt er meistens mir war fad. Verstehen sie mich nicht falsch, es geht nicht darum Jugendliche zu kriminalisieren oder ihnen sogar ein gewisses Verbrecherpotential zu unterstellen. Ganz im Gegenteil. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass viele jugendliche Straftäter allein aus Langeweile Dinge tun, die sie vor den Strafrichter führen. Was dies womöglich für den weiteren Lebensweg heißen kann, brauche ich hier wohl nicht zu erklären. Hier gilt es auch von der Stadt Wels anzusetzen. Auch mir ist klar, dass die Stadt nicht zuletzt aufgrund der Finanzlage nicht in der Lage ist, ein umfassendes und für die Jugend kostenloses Freizeitbeschäftigungsprogramm zur Verfügung zu stellen. Eine Möglichkeit hier Abhilfe zu schaffen, wäre zum Beispiel eine Art Kooperation mit den verschiedenen Welser Vereinen einzugehen. Ich denke hier an die

zahlreichen, sehr gute Arbeit leistenden Sportvereine. Diesen könnte man vorschlagen, für die Jugendzentren eine Art Schnuppertraining anzubieten. Für die Jugend hätte dies den Vorteil, dass sie etwa wöchentlich eine andere Sportart ausprobieren könnte. Natürlich wäre es auch möglich, direkt zu den jeweiligen Vereinen zu gehen. Ich glaube aber, es ist für Jemanden einfacher in einer Gruppe Gleichaltriger völlig unverbindlich mehrere Sportarten ausprobieren zu können. Etwa diese Woche Volleyball, nächste Woche Judo, Eishockey, Leichtathletik oder was auch immer. Wenn ihm dies gefällt wird er womöglich Vereinsmitglied. Insofern schließt sich dann der Kreis, als auch die einzelnen Vereine durchaus ihren Nutzen ziehen können, nämlich neue junge Mitglieder.

An uns ist es meiner Ansicht nach den Jugendlichen Aspekte für Freizeitaktivitäten zu geben, wie das mit der heute bereits erwähnten, im Messegelände eröffneten Skaterhalle geschehen ist, um hier ein äußerst positives Beispiel zu nennen. Wir sollen jedenfalls die Anliegen der Jugend ernst nehmen und sie in allen Lebensbereichen unterstützen. Dazu gehört auch eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung.

GR. Zaunmüller: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Stunde gebe ich das Versprechen ab mich relativ kurz zu halten.

Ich habe der Wortmeldung von Kollegen Reindl-Schwaighofer sehr genau zugehört und er hat zumindest ein großes Lob für die Kulturpolitik der letzten drei Jahre ausgesprochen, indem er sagte, Wels ist bei Kunst- und Kultur sehr gut aufgestellt.

Ich nehme das als Kompliment auf, als Kompliment, welches er Frau Vzbgm. Eisenrauch entgegen gebracht hat. Dieses Kompliment würde auch ich ihr geben. Alleine schon aus der Tatsache, dass sie sich so klar exponiert gesagt hat, die VHS und die Museen leisten in Wels eine ausgezeichnete Arbeit. Auch das unterstütze ich aus ganzem Herzen.

Zu den Museen möchte ich aber auch noch das Archiv der Stadt Wels hinzuzählen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die MitarbeiterInnen. Museen bedeuten für eine Stadt genauso wie die VHS einen Bildungsauftrag. Daher bekenne ich mich ganz klar und deutlich zur Welser VHS. Es darf kein Spielball der Politik werden. Dieser Bildungsauftrag, der in hervorragenden Weise von den überaus engagierten Trainerinnen, Vortragenden und Kursleitern zu moderaten Preisen erfüllt wird, ist für Wels unverzichtbar. Eines ist mir noch in diesem Zusammenhang wichtig: Mit den Museen bzw. mit den Eintrittspreisen werden wir das Welser Stadtbudget wohl kaum auffüllen. Aber es ist einfach der Auftrag einer Stadt, dass solche Institutionen nicht gewinnwirtschaftlich orientiert arbeiten, sondern dass sie dem Bildungsauftrag für die Bevölkerung nachkommen.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind diese Budgetbegleitmaßnahmen, welche wir heute hoffentlich mitbeschließen. Das sind die Worte eines länger dienenden Fraktionskollegen und nicht von mir: „Diese Budgetbegleitmaßnahmen sind ein Meilenstein.“ Meines Wissens nach gab es noch nie ein derartiges Konstrukt an Budgetbegleitmaßnahmen zu einem Budget. Auch das trägt sehr deutlich die Handschrift der Welser Volkspartei.

GR. Hoflehner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrte Damen und Herren, liebe Besucherinnen und Besucher! Am Ende einer Budgetdiskussion bleibt einem meistens nur zu Replizieren. Ein paar Dinge habe ich jedoch auch noch zu sagen, die für mich und meine Fraktion wichtig sind.

Der Kulturbereich ist wirklich sehr repräsentativ. Ich glaube nur, dass die SPÖ-Fraktion den Kulturbereich in seiner Gesamtheit und ihn nicht durch in einem Papier festgelegten Strukturveränderungsprozess gefährdet sieht. Am 19. Oktober ist das Medienkulturhaus im Zentrum der Stadt mit Programm kino, Lokal und Galerie eröffnet worden. Dieses Medienkulturhaus wird sehr gut besucht. Es wurde ein Betriebsverein gegründet und versucht nicht nur inhaltlich produktiv zu arbeiten, sondern die Dinge mehr oder weniger selbst zu organisieren. Natürlich mit Unterstützung der Stadt, sprich Tragung der Kosten auf eine vorhersehbare Zeit. Das finde ich ganz toll. In der Nähe befindet sich auch das zweite Lieblingsprojekt von Dr. Rabl, nämlich der Schlachthof, der im übrigen nicht nur aus dem Veranstaltungssaal sondern auch aus der Jugendherberge, aus dem Trödlerladen, aus dem D 22, aus dem FAB etc. besteht. Da ich im Betriebsverein des Schlachthofes tätig bin, möchte ich schon erwähnen, dass in dieser Kulturstädte unheimlich viele Aktivitäten statt finden.

Was ich noch vergessen habe - natürlich hat es für das Medienkulturhaus auch Investitionskosten geben, also wird nicht nur im Sportbereich sondern auch im Kulturbereich investiert.

Besonders hervorheben möchte ich auch noch die Landesmusikschule. Besonders gut gefällt mir, dass die Landesmusikschule nicht darauf wartet, ob irgendwelche Vorschläge unterbreitet oder Ratschläge gegeben werden, sondern dass dort wirklich sehr aktiv Politik für einen breiten Kreis von Nutzerinnen und Nutzer sowohl im Bildungs- als auch im Kultur- und Kunstbereich stattfindet. In der Landesmusikschule befindet sich auch die Stadtbibliothek und das Archiv, die wirklich Schätze beherbergen, von denen man eigentlich nichts weiß.

Zur VHS ist auch bereits sehr viel gesagt worden. Wenn jetzt noch die Jugendlichen und Kinder anwesend wären, würde ich sagen, ja ich finde das ganz toll und mutig, dass ihr zu uns gekommen seid und uns gesagt habt, was ihr möchtet. Ich hoffe, dass euch die Erwachsenen mitgeteilt haben, wenn man Demokratie pflegt, kann es auch möglich sein, dass man nicht immer gewinnt. Es könnte auch sein, dass ein Kompromiss zustande kommt oder sich andere Meinungen durchsetzen. Das sind nicht Positionen von Kulturbanausen sondern ich glaube, dass sich die anderen Gemeinderäte auch ihre Gedanken darüber machen. Letztendlich auch die KollegInnen der VHS. Diese nehme ich ganz besonders ernst, weil dort sehr viel Erfahrung, Wissen und Praxis vorherrscht. Wenn wir das alles zusammen führen, können wir möglicherweise unsere Ängste begraben.

Ich hoffe jedoch, dass wir hier im Sinne und im Interesse aller, die es betrifft, eine gute Lösung finden.

Bei dem Thema Museen geht es nicht nur um die Burg oder den Minoriten. In Wels gibt es ja noch ein Lebensspurenmuseum, ein Donaumuseum oder sonstige. Die Angelegenheit betrifft alle Museen. Wenn die Museen als Teil unserer kulturellen Identität wichtig sind, dann müssen wir uns alle bemühen dort tatsächlich ein System zustande zu bringen, das sich nicht nur in guten Zahlen, Ratschlägen aufrechnen lässt. Hier wür-

de ich empfehlen den Leserbrief von Peter Schernhuber in den OÖ. Nachrichten zu lesen. Dies wäre ein gangbarer Weg sich einmal gemeinsam eine weitere Vorgangsweise zu überlegen.

Kollege Dr. Rabl weiß auch, manchmal muss man Geld in die Hand nehmen, um ein sinnvolles System einzuführen um nachträglich Kosten zu sparen, wie dies bei der Beleuchtung in Wels gemacht wurde. Diesen Freiraum müssen wir in diesen Diskussionen übrig lassen.

Es gäbe noch viele erwähnenswerte Dinge aus dem Bereich der Kultur, eines stimmt mich ganz besonders positiv. Bei der letzten Kulturbeiratsitzung ist der Fokus der Diskussion darin gelegen, dass Kulturschaffende, also Personen die aus dem Kultur- oder Kunstbereich kommen, sich Gedanken darüber machen, wie wir die Zukunft in Wels gut lösen oder verhindern können, dass sich die Kulturvereine mit Veranstaltungen gegenseitig konkurrieren. Grundsätzlich dürfte es in Wels nicht daran liegen, dass sozusagen nichts los ist und hier eine verödete kulturelle Szene existiert. Bei aller Unterschiedlichkeit der Themen, bei allen gewesenen Versäumnissen möchte ich trotzdem aufrufen, gemeinsam nach vorne zu schauen.

Noch ein letztes Wort zum Reformprogramm. Ich arbeite in der Sozialabteilung und wir sind seit Jahren mehr oder weniger unter Beschuss, sehe dies aber zumindest in den letzten zehn Jahren sehr positiv. Man lernt argumentativ sich auseinander zu setzen. Letztendlich werden wir im öffentlichen Diskurs an dem gemessen was wir leisten und wir leisten alle sehr viel. Dass der Reformprozess plötzlich geendet hat, wusste ich nicht. In den nächsten Jahren sollen 2,5 Mio Euro eingespart werden. Die Magistratsbediensteten würden sich nur wünschen, dass sie mehr Transparenz und mehr Möglichkeiten bekommen, hier wirklich den Grund dafür zu erfahren. Natürlich würden wir unsere Erfahrungen, Wissen und Können in den Dienst der Sache stellen. Wir sind eine Firma und diese Firma heißt Stadt Wels.

GR Dr. Csar: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Zuhörer und Besucher! Ich möchte ein paar kurze Bemerkungen zum Budget anbringen. Das heute besprochene, schon viel diskutierte und dargelegte Budget ist aus meiner Sicht ein Kompromissbudget, welches aber keinen Grund zum Jubeln darstellt. Wir haben dem Budget zugestimmt, weil auch Begleitmaßnahmen vorgeschlagen und beschlossen werden.

Dieses Budget baut darauf auf, dass die Einnahmen- und Ausgabensituation dieses und nächstes Jahr sehr positiv ist. Bei den Einnahmen wurde die Kommunalabgabe erhöht, ebenso die Steuern. Die Abgaben sind Einnahmen für die Stadt. Bei den Ausgaben hat man sich 1,2 Mio Euro an Krankenanstaltenbeitrag gespart.

Wenn man aber darüber debattiert, dass die Vermögenssteuer eingeführt werden soll, finde ich dies sehr unrealistisch hier im Gemeinderat diese Angelegenheit zum Thema zu machen. Der Gemeinderat hat keine Kompetenz darüber einen Beschluss zu fassen. D.h. für mich Sand in die Augen der Bevölkerung von Wels zu streuen und damit den Eindruck zu erwecken, man hat hier eine Einkommensmöglichkeit für die Stadt Wels, indem man die Vermögenssteuer einführt. Das lehne ich ab, da ist man unehrlich, das lenkt von der derzeitigen Situation ab.

Wir dürfen auch nicht alles schön reden. Wenn auf Beamtenenebene die Meinung herrscht, dass ein Abschluss des Reformprogramms erfolgte, muss man auf politischer Ebene eine Beschlussfassung herbeiführen und sich damit auseinandersetzen. Die Politik ist für die Verwaltung des Magistrats verantwortlich. Ich kann mich damit nicht anfreunden, wie StR. Huber sagt, dass es hier sehr wohl recht ist, wenn Frau Magistratsdirektorin für sie die Stimme ergreift. Die Politik ist verantwortlich und sie wird gewählt, wir alle haben einen Auftrag als Politiker hier die Verantwortung tatsächlich zu leben.

Zurück zum Budget: Beim Budget sind die rund 34 % Personalkosten ein wesentlicher Faktor. Die MitarbeiterInnen im Magistrat erbringen tagtäglich eine hervorragende Arbeit. Wenn wir über das Budget und die Personalsituation diskutieren, dürfen die MitarbeiterInnen nicht glauben, dass wir darüber diskutieren, ob sie eine gute Arbeit erbringen. Ganz im Gegenteil. Ich bin selbst im öffentlichen Dienst tätig und weiß, wenn die Politik so leichtfertig über die Köpfe hinweg diskutiert und darüber zu befinden hat, welche Aufgaben zu machen sind, dass es weh tut. Ich möchte hier aus der Sicht der ÖVP ausdrücklich sagen, dass wir sehr wohl die Leistungen der MitarbeiterInnen schätzen. Wenn wir über die Anzahl der Bediensteten sprechen, ist darin kein Mangel an der Leistung der MitarbeiterInnen zu sehen. Es ist Aufgabe der Politik die Arbeiten zu definieren, festzulegen und darauf aufbauend den Personalstand festzulegen. Der Zugang der ÖVP ist über die Aufgaben den Personalstand zu definieren. 34 % der Gesamtkosten ist sehr viel. Insbesondere soll man einen realistischen Vergleich mit anderen Städten über die Entwicklung des Personalstandes der letzten Jahren ziehen. Ich spreche nicht von den letzten 15, 20 und 25 Jahren, in denen es noch keine EDV gab, ich spreche von den letzten 3 Jahre. Die Periode hat 2009 begonnen, seitdem ist der Personalstand um 110 Dienstposten angestiegen.

Der Otto-Normal-Verbraucher sollte auch wissen, wie hoch die Pro-Kopf-Verschuldung in Wels ist. Voriges Jahren betrug diese 942 Euro, dieses Jahr sind es 1.059 Euro - doch ein beträchtlicher Anstieg. Dem Bürger gegenüber müssen wir mit aller Demut sagen, danke schön dafür, dass sie weiterhin für uns Steuer zahlen, die Beiträge abgeben und wir damit die Möglichkeit haben mit diesem Geld zu wirtschaften. Einer meiner Vorredner hat gesagt, dass das Budget die Handschrift der Sozialdemokraten trägt - Die Pro-Kopf-Verschuldung ist von 942 Euro auf 1.059 Euro angestiegen. Das soll man nicht vergessen.

Noch ein paar Worte zu den Budgetbegleitmaßnahmen. Diese sind schon einige Male angesprochen worden. Auch das Museum – wir als ÖVP bekennen uns dazu. Museen kosten ein Geld und tragen sich nicht von selber. Wir müssen uns anschauen, wie die Museen gut und attraktiv aufgestellt werden können, damit die Bevölkerung die Museen auch nützen kann und möchte.

Zu den Museen gehört auch das Welios, das ist eine neue Art von Museum. Wir müssen als Welser auf das Welios stolz sein. Schließstage sollen nicht unermesslich steigen. Ein vernünftiges Öffnungskonzept zur Steigerung der Attraktivität der Museen soll erarbeitet werden.

Die ÖVP bekennt sich auch zur VHS. Dies wurde von GR. Zaunmüller ausdrücklich gesagt. Das Thema ist Synergien nützen. Wir wissen sehr wohl welche hervorragende Leistungen in der VHS erbracht werden mit den Sprachseminaren in Schulen, mit den Ballettaufführungen usw. Wir wissen auch sehr wohl, dass dieses Angebot von den WelserInnen sehr gut angenommen wird und daher soll es auch dabei bleiben.

Wir sind aber auch stolz, dass es möglich wurde Geld in den Ausbau der Schulen zu investieren. Wir als Welser ÖVP sagen, Schule muss Spaß machen. Das unterscheidet uns ausdrücklich von der FPÖ, wenn ich an das Nachrichtenzitat von Dr. Rabl denke, der einmal sagte, Schule braucht keinen Spaß machen oder so ähnlich. Interessant ist, dass hier ein Kompromiss gefunden wurde. In die Schulen Geld zu investieren heißt auch in die Kinder, in die Jugendlichen für eine gute Ausbildung, für ihre weitere Entwicklung und damit auch für einen gesellschaftlichen Wohlstand.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Aussagen der Grünen-Fraktionsmitglieder. Gestatten sie mir bitte, es war ein sehr emotionaler Vortrag, man kann schon fast sagen eine Vorlesung. Die aufgestellten Schilder störten mich persönlich, danke dass sie wieder weggegeben wurden.

StR. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, lieber Peter! Wenn du mich zitierst, dann bitte richtig. Ich habe gesagt, Schule soll nicht nur Spaß machen. Teilweise kommt es mir so vor, als würden wir heute in einer Spaßgesellschaft leben. Wenn etwas nicht Spaß macht, ist es gleich schlecht. Ich glaube daher, Schule kann und soll nicht nur Spaß machen. Auch Spaß machen, das ist richtig, aber es ist nicht alles im Leben lustig. Man muss auch durchaus einmal den Ernst des Lebens kennen lernen und darauf soll die Schule vorbereiten.

Diese Wortmeldung möchte ich einerseits dazu heranziehen, um eine Replik zu ermöglichen auf einige Aussagen, die hier in diesem Zusammenhang getroffen wurden. Auf der anderen Seite möchte ich auf mein eigenes Referat eingehen und dieses näher beleuchten.

Vielleicht beginnen wir bei der Replik. Wenn heute gesagt worden ist, dass die Freiheitlichen das Doppelbudget abgelehnt und dieses aus den 24 Punkten im Initiativantrag herausgestrichen haben, so ist dies richtig. Bereits bei den Verhandlungen zu diesem Beschluss waren wir in bezug auf ein Doppelbudget skeptisch und haben wir das ausdrücklich negiert. Dies ist der Unterschied zwischen der FPÖ- und der ÖVP-Politik. Wenn wir einen Standpunkt vertreten, dann sagen wir vorher, wir sind dagegen und wir wollen, dass es gestrichen wird. Vielleicht im letzten Moment, das ist richtig. Aber wir sagen es vorher. Die ÖVP macht dies genau umgekehrt. Sie lässt sich einen Punkt hineinverhandeln, wie mit der VHS und dann höre ich heute von Vzbgm. Eisenrauch, die ÖVP ist plötzlich gegen eine Zusammenführung mit einer anderen Bildungseinrichtung. Diesen Standpunkt kann man schon vertreten, das ist in Ordnung. Nur man muss es in den Verhandlungen bereits kommunizieren, dann kann man darüber verhandeln. Sonst entsteht der Eindruck, dass die Zusagen der ÖVP eine geringere Haltbarkeit haben als ein Liter Milch in der Sonne. Weil einen Tag später ist die Milch schon wieder sauer, da hat sich alles wieder geändert. Bis jetzt weiß ich noch immer nicht, was die ÖVP in diesem Zusammenhang möchte. Wir haben heute von Peter Lehner und von Dr. Peter Csar gehört, dass jetzt doch Synergien genutzt werden sollen, dass es jetzt doch eine Zusammenführung geben soll. Vzbgm. Eisenrauch hat uns im Gegenzug erklärt, seitens der ÖVP gibt es keine Zusammenarbeit und Zusammenführung mit anderen Bildungsinstitutionen. Klare Aussagen wären hier wünschenswert. Warum dies so schwierig ist, kann ich nicht verstehen. Wir bekennen uns ja auch ganz klar zu einer politischen Linie. Wenn diese „Wischi-Waschi-Politik“ so fortgesetzt wird, weiß keiner wofür er steht.

Lieber Walter, auch dir noch ein paar Worte zu den Museen. Ich glaube es liegt als Referent an dir, in Zukunft eine optimale Schließungspolitik in bezug auf die Museen zu machen. D.h. die Öffnungszeiten zu optimieren, andere Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen und vor allem parallel dazu die Museen auch entsprechend zu bewerben. Die Werbung für die Museen ist sicher etwas zu kurz gekommen. Offensichtlich hat es Frau Vzbgm. Eisenrauch in drei Jahren nicht geschafft, ein entsprechendes Marketingkonzept in Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband bzw. dem Stadtmarketing auf die Füße zu stellen. Ich wünsche dem lieben Walter, dass er dies relativ rasch über die Bühne kriegt.

Nochmals zum Doppelbudget, damit ich begründen kann, warum wir gegen ein Doppelbudget sind. Es ist ganz einfach. Die Österreichische Nationalbank hat Anfang Dezember veröffentlicht, wie die Konjunkturaussichten für Österreich sind. Diese sind durchaus nicht beruhigend. Das Wirtschaftswachstum wurde im August um 0,5 % herabgesenkt. Für 2013 kam es zu einer deutlicheren Herabsetzung von 1,7 % auf nunmehr 0,5 %. Deswegen ist seriös nicht sagbar, wie viele Steuereinnahmen daraus lukriert werden können. Wie die wirtschaftliche Lage 2015 aussehen wird, ist nicht vorhersehbar. Auch im Zusammenhang mit der allfälligen Eurokrise, die sich durchaus noch verschärfen kann. Deswegen kann auf seriöser Weise nicht gesagt werden, wie ein Budget für das Jahr 2015 gemacht werden soll. Deswegen kommt ein Doppelbudget für uns nicht in Frage. Dieser Argumentation hat sich übrigens auch die ÖVP Linz angeschlossen. Warum es bei der ÖVP Wels wieder anders ist, kann ich jetzt nicht sagen. Es gibt halt dann doch lokale Unterschiede, die wahrscheinlich an den unterschiedlichen Funktionsträgern liegen.

Wenn ich jetzt noch kurz zu meinem eigenen Referat kommen darf. Es ist mir eine besondere Freude hier durchaus noch einige Highlights, sozusagen Leuchtturmprojekte, zu präsentieren. Wie sie wissen wurde die Beleuchtung im LED-Bereich umgestellt. Dies führte zu Einsparungen in Höhe von 300.000,- Euro nur aufgrund der Umstellung auf diese moderne LED-Technik. Das war allen Fraktionen sehr wichtig und wird jetzt sukzessive umgesetzt.

Der Tierpark wird immer mehr eine Erholungszone und ein Familienerlebniszentrum. Wir haben vor einige Sanierungsmaßnahmen sowohl im Bereich der Gehege durchzuführen, als auch den großen Teich ordentlich zu sanieren.

Ein nächster großer Programmpunkt, den ich in Kooperation mit dem Herrn Bürgermeister durchführen werde, wird das Projekt Lichterstadt sein. Das Projekt Lichterstadt, das die Stadt Wels in einem neuen Glanz erstrahlen lassen soll, wird verschiedene einzelne Gebäude und attraktive Stellen der Stadt besonders beleuchten.

Insgesamt kann ich daher sagen, dass das Budget gut ist, aber natürlich Schwächen hat. Mit diesen Schwächen müssen wir leben, weil es ein Kompromissbudget ist und jeder politische Kompromiss besagt, dass gewisse Dinge um- und durchsetzbar sind. Prinzipiell ist die Debatte heute aber durchaus sachlich abgelaufen, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Dafür sollte man dem Gemeinderat danken.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Wieser.

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Ein paar Bemerkungen aus meiner Sicht. Bei all den Debatten ist mir zu wenig darauf eingegangen worden, was wir doch in den letzten drei bis fünf Jahren für diese Stadt erreicht haben. Was der Gemeinderat mit dem Magistrat und vor allen Dingen mit der Bevölkerung zu Wege gebracht hat, darauf können wir stolz sein.

Erreicht haben wir das, in dem wir keine progressive Finanzpolitik sondern eine sehr gute konservative Finanzpolitik gemacht haben. Das hat sich letztendlich bewährt. Hier möchte ich dem Finanzreferenten Wimmer danken, dass er und ich seinerzeit, als all diese neuen Modelle aufgetaucht sind, den Verlockungen da und dort Stand gehalten haben, aber auch der Gemeinderat. Es hat uns in die Lage versetzt wirklich vernünftig zu wirtschaften.

Vielleicht zu meinem eigenen Budget, dem größten Budget, dem Personalbudget. Wir bemühen uns entsprechend zweckmäßig und sparsam damit umzugehen. Betonen möchte ich, dass das Personalbudget für das nächste Jahr wesentlich zu einem Ausgleich beigetragen hat. Denn in etwa 1 Mio Euro einzusparen, ist nicht so einfach wie es vielleicht nach außen hin scheint. Daher danke an alle MitarbeiterInnen in unserem Hause, die das alles letztendlich mit tragen. Mögen auch da oder dort Irritationen aufgetreten sein.

Kollege Dr. Csar hat gemeint, wir haben ein bisschen zuviel an Personal. Sie sitzen selbst im Landtag und haben den Beschluss betreffend Gratiskindergarten mit den Krabbelstuben mitgetragen. Dafür mussten alleine über 60 MitarbeiterInnen eingestellt werden, um diesem Wunsch, den wir selbstverständlich auch inhaltlich mittragen, entsprechend gerecht zu werden.

Die Situation in den Alten- und Pflegeheimen etc. verlangt immer mehr an entsprechender Betreuung und Pflege. Kollegin Huber schilderte uns die Situation mit den Demenzkranken, auch das verlangt Personal. Dieses Personal ist nicht im Administrationsbereich sondern ausschließlich im Servicebereich eingesetzt. Ich möchte darauf hinweisen, dass es im typischen Beamtenbereich in den letzten Jahren keine Steigerung gegeben hat. Tatsächlich sind wir sogar damit heruntergefahren. In den Servicedienstleistungen wurden mehr MitarbeiterInnen eingestellt. Nehmen wir die vorhandenen Benchmarks. Selbstverständlich muss man dem Ganzen auf den Grund gehen. Die einen machen dies mit den ausgegliederten Gesellschaften, die anderen machen es im städtischen Bereich. Bei den einen schlägt sich dies auf die Sachausgaben, bei den anderen schlägt sich dies im Personalbereich zu Buche. Wenn man argumentiert, muss man wirklich in die Tiefe gehen, dann kann man entsprechende Schlüsse daraus ziehen.

Frau Kollegin Raggl-Mühlberger und andere haben die Innenstadt angesprochen. Selbstverständlich nehmen wir unsere Aufgaben wahr, aber eines muss man schon sagen. Die Stadt alleine ist nicht für die Innenstadt verantwortlich. Da gibt es auch die Wirtschaft, die mitzuarbeiten hat, und nicht nur die Politik. Das ist meine Forderung. Ich bin davon überzeugt, wenn wir gemeinsam an die Arbeit gehen wird viel Positives gelingen. Da und dort besteht Handlungsbedarf. Im Pressegespräch habe ich deutlich gesagt, es kann nur gemeinsam gehen kann. Deshalb hoffe ich, dass der Vorstand der Kaufmannschaft entsprechend aktiv wird.

Das Reformprogramm 2010 wurde ebenfalls angesprochen. Die Damen und Herren, die schon ein bisschen länger in diesem Gemeinderat sind, wissen, dass das Reformprogramm 2004 sechs Jahre gedauert hat. Natürlich können Maßnahmen nicht von heute auf morgen abgeschlossen werden. Einige Dinge können schneller gemacht werden, andere brauchen etwas länger. So ist es auch im Reformprogramm 2010. In diesem gibt es Maßnahmen, die sofort umgesetzt worden sind und sich dementsprechend mit finanziellen Mitteln zu Buche geschlagen haben. Dann gibt es Maßnahmen, beispielsweise die Zusammenlegung von Abteilungen, die etwas länger dauern. Daher wird dieses Programm bis zum Jahr 2015 laufen. Auch die Verwaltung unterliegt ständiger Veränderungen, weshalb es eventuell danach wieder ein neues Programm geben wird.

Mit Ruhe habe ich mir die Aussagen der einzelnen KollegInnen angehört. Ich möchte aber schon davor warnen, wir sagen auf der einen Seite es muss unbedingt gespart werden, das ist richtig. Wenn ich mir jedoch einzelne Vorschläge anhöre, die umgesetzt werden sollen, bin ich alleine schon auf ungefähr acht oder neun Personaleinheiten gekommen. Mehr will ich dazu nicht sagen. Wenn ich einen Vorschlag einbringe, soll ich mir auch sogleich einen Vorschlag für die Bedeckung mit überlegen.

Ansonsten leistet der Magistrat eine ausgezeichnete Arbeit. Wir brauchen die Qualität unserer Leistungen nicht verstecken. Dies bekomme ich durch viele Menschen aus der Bevölkerung, nicht nur aus Wels sondern auch aus der Umgebung und aus dem Ausland, bestätigt. Daher werden wir auch bestrebt sein, mit einem vernünftigen Personalbudget, aber vor allen Dingen mit motivierten MitarbeiterInnen auch in Zukunft entsprechend die uns übertragenen Aufgaben zu lösen. Vielleicht ein Appell noch an die Landesregierung, Landtag, Bundesregierung, Bundestag – wenn schon Gesetze gemacht werden, mit denen uns Aufgaben übertragen werden, dann soll man aber gleichzeitig die finanziellen Mittel mit übertragen. Sparen auf Kosten der anderen lehne ich ab.

Vzbgm. Dr. Wieser übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Vzbgm. Wimmer: Meine Sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die durchwegs doch sehr sachliche Diskussion. Ich glaube, es wurde jeder Winkel des Budgets und der Budgetbegleitbeschlüsse entsprechend durchleuchtet. Natürlich wäre es für mich sehr verlockend auf einzelne Wortmeldungen einzugehen. Das mache ich jedoch nicht, obwohl ich einiges kritisch anmerken könnte, um die Zustimmung des Budgets nicht in letzter Sekunde zu gefährden.

Vielleicht nur ein Satz: Die wirklich sehr sachliche Wortmeldung des Herrn Dr. Csar, zu der ich kaum etwas entgegensetzen kann mit einer Einschränkung, dass sie die Pro-Kopf-Verschuldung der SPÖ-Handschrift zuordnen. Dazu darf ich nur eines sagen - alle, die heute diesem Budget zustimmen, alle die diesen Darlehensbeschluss mittragen, tragen auch die Pro-Kopf-Verschuldung mit. Insofern trägt die Pro-Kopf-Verschuldung die Handschrift jeder Fraktion, die hier zustimmt, sowie alle anderen Maßnahmen natürlich auch die Handschrift der Fraktionen tragen. Sonst wäre es ja kein, wie heute oft gesagt wurde, Kompromissbudget.

Wenn ich bei diesen Mehrheitsverhältnissen ein Budget erarbeite, dann haben selbstverständlich alle, die dazu beitragen, den legitimen Anspruch, dass auch ihre Hand-

schrift im Budget enthalten ist. Das wurde von den jeweils anderen Fraktionen in den Gesprächen, aber auch in der heutigen Diskussion, mit sehr großem Respekt so gesehen und zur Kenntnis genommen. Daher mein Dank auch für die sehr positiven Worte zu diesem Budget, die auch von Dr. Rabl gekommen sind, was mich einmal mehr überrascht hat, weil er doch in diesen Fragen fallweise sehr wankelmütig ist, aber letztendlich setzt sich doch auch bei ihm der Drang zur Wahrheit durch.

Letztlich ist es so, dass ich glaube, dass im Grunde ihres Herzens auch die Grünen für dieses Budget wären. Sie haben sich jedoch relativ früh festgelegt, nämlich bereits am 8. November d.J. Mir wurde mitgeteilt, dass die Grünen unter keinen Umständen diesem Budget zustimmen werden, weil es keinen Spielraum für Investitionen gibt. Das ist in etwa der Wortlaut des Mails, welches ich erhalten habe. In der Zwischenzeit und nach diversen Gesprächen hat sich herausgestellt, dass wir doch in die Zukunft dieser Stadt erheblich investieren. 16,22 Mio Euro sind ja kein Pappenstiel, deshalb glaube ich, dass auch die Grünen dem Budget zugestimmt hätten. Ich sehe das de facto als einstimmigen Beschluss, obwohl dies im Protokoll nicht ganz so hervorkommen wird.

Vielen Herzlichen Dank für die Beteiligung an der Diskussion und ich ersuche den Herrn Bürgermeister die Abstimmungen durchzuführen.

Bgm Dr. Koits dankt dem Referenten und der Abteilung für die ausgezeichnete Vorbereitung.

4.)

Initiativantrag betreffend Budgetbegleitbeschluss 2013
DI-Verf-393-2012

Der Initiativantrag (Anlage 6) wird bei

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ und ÖVP)
3 Nein-Stimmen (Grüne)

angenommen.

5.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2013;
Feststellung
FD-Fin-100-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 16.11.2012 und im Stadtsenat am 19.11.2012:

1. Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2013 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl. Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 197,233.300,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 197,233.300,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 19,813.800,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 19,813.800,--

2. Die Einrichtung des Bereiches Abfallwirtschaft mit den derzeitigen Teilabschnitten 8131, 8132 und 8135 als Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit gemäß den Bestimmungen der VRV, sowie die dazu erforderliche beiliegende Satzung wird genehmigt.

Der Antrag (Anlage 7) wird bei

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ und ÖVP)
3 Nein-Stimmen (Grüne)

angenommen.

6.)

Mittelfristige Finanzplanung 2013 – 2016 (MFPL);
Beschlussfassung
FD-Fin-50-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 29.11.2012:

Die als Anlage 8 beiliegende „Mittelfristige Finanzplanung“, bestehend aus dem Voranschlag 2013 und den Planjahren 2014 bis 2016, wird beschlossen.

Der Antrag wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ und ÖVP)
3 Nein-Stimmen (Grüne)

angenommen.

7.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2013;
Darlehensaufnahme
FD-Fin-901-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 16.11.2012:

Die Aufnahme von Darlehen für im a.o. Haushalt des Voranschlages 2013 mit Darlehen bedeckte Investitionsausgaben bis zur Höhe von € 4,046.100,-, für die noch keine Darlehensgenehmigung des Gemeinderates vorliegt, wird genehmigt. Dieser Betrag erhöht sich in dem Ausmaß, in dem im VA 2013 budgetierte Bundes- und Landes-förderungen nicht gewährt werden.

Der Finanzreferent wird ermächtigt, nach Angebotseinholung bei den verschiedensten Instituten, das jeweilige Darlehen an den jeweilig wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben. Die tatsächliche Darlehensaufnahme erfolgt entsprechend des notwendigen Finanzbedarfes für die Ausgaben des a.o. Haushaltes in Abstimmung mit der Kassenliquidität. Zur Zwischenfinanzierung von Ausgaben des a.o. Haushaltes wird die Aufnahme von Barvorlagen genehmigt.

Der Antrag (Anlage 9) wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ und ÖVP)
3 Nein-Stimmen (Grüne)

angenommen.

8.)

Dr. Manfred Spiesberger, Wels, Dr.-Salzmann-Straße 5 a;
Verkauf der stadteigenen Wohnung (Objekt Wels, Sauserstraße 3);
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-49-2012

Der Antrag lautet:

An Herrn Dr. Manfred Spiesberger, Wels, Dr.-Salzmann-Straße 5 a, wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 27 im Haus Wels, Sauserstraße 3 (Wohnnutzfläche 71,13 m²), unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung Nr. 27 im Objekt Wels, Sauserstraße 3,
beträgt € 73.800,00

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) Ein Barbetrag in Höhe von € 61.864,40
ist binnen 1 Jahres nach allseitiger Unterfertigung des Kaufvertrages bar und abzugsfrei zur Zahlung fällig.

b) Übernahme der aushaftenden Darlehensbeträge wie folgt:
Darlehen (Wohnbauförderung) per 01.10.2012 € 9.215,76
Darlehen (Sanierung) per 31.08.2012 € 1.820,28
Darlehen (Sanierung) per 30.06.2012 € 899,56

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten des Käufers.

3. Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

9.)

Park Karpatenstraße;
Sanierung Fun Court
SB-StaG-31-2012

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 20.11.2012:

1. Die Ersatzbeschaffung einer Multisport-Anlage aus Metall mit Insitu-Bodenbelag aus EPDM im Park Karpatenstraße in der dargestellten Art und Weise mit voraussichtlichen Kosten von rd. € 78.000,-- inkl. USt. wird grundsätzlich genehmigt.
2. Mit der Umsetzung wird die Firma Klinglmair, 4533 Piberbach, Landgutweg 1, gemäß Angebot vom 08.11.2012 mit einer Auftragssumme von € 65.933,81 brutto beauftragt.

GR. Ganzert: Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates und Gemeinderates, liebe Besucher! Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass dieser Beschluss ein klares Bekenntnis zum Thema Jugendarbeit darstellt. Der Beschluss für die Veranlagung des Jugendzentrums Noitzmühle zeigt den hohen Stellenwert, den die Jugend in der Stadt Wels hat. Ich bin der Überzeugung, dass der Wert einer Gesellschaft sich nicht zuletzt daran misst, wie sie mit ihrer Jugend umgeht.

Der Antrag wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Beteiligung des Landes Oberösterreich an den laufenden Kosten an der Ordnungswache
(Resolution an die Oö. Landesregierung und an den Oö. Landtag)
DI-Verf-386-2012

StR. Kroiß: Hier geht es um eine Resolution an das Land Oberösterreich, die eine Beteiligung der Kosten bei der Ordnungswache beinhaltet. Aufgrund der geltenden Rechtslagen werden die Gemeinden immer mehr angehalten Geh- und Verbote, wie z.B. bestimmte Formen der Bettelerei oder auch das neue Hundehaltegesetz, zu überwachen, wobei in den Rechtsnormen vorgesehen ist, dass gemeindeeigene Wachkörper diese Tätigkeit übernehmen können. Wir haben ja in Wels schon seit längerer Zeit eine Ordnungswache, die durch ihre Tätigkeit auf den Straßen für mehr Ruhe, Ordnung und Sauberkeit sorgt. Es liegt daher nahe, dass diese MitarbeiterInnen bei ihren Rundgängen auch Verstöße von Hundebesitzern sehen und diese dann dank des neuen Landesgesetzes beanstanden und auch eventuell Strafen verhängen dürfen. Die bislang nett gemeinten Postkarten mit Karikaturen und mündlichen Ermahnungen stoßen leider bei manchen Hundebesitzern auf taube Ohren und entlocken ihnen nur ein müdes Lächeln. Auf der anderen Seite haben wir oft vermehrt Beschwerden über rücksichtslose Hundebesitzer, die ihre Hunde frei laufen lassen oder deren Hunde keinen Beißkorb tragen. Wir sind daher auch für diese Kompetenzerweiterung der Ordnungswache. Ohne Kontrolle wird das neue Hundehaltegesetz wahrscheinlich nur reine Theorie bleiben.

Wir sind aber schon der Meinung, wenn die Gemeinden weitere mit einem Landesgesetz beschlossene Überwachungstätigkeiten wahrnehmen sollen, ist hier auch eine Kostenbeteiligung des Landes angebracht. Sicher ist - diese Kontrolle kann auf Dauer nicht finanziert werden, sodass diese Tätigkeit entweder ineffizient werden oder irgendwann einmal ganz weg fallen wird. Das sollte nicht im Interesse des Gesetzgebers und schon gar nicht der Verantwortlichen der Stadt Wels sein. Darum geht es in diesem Antrag an die OÖ. Landesregierung bzw. dem Landtag, der da lautet: Die OÖ. Landesregierung, der OÖ. Landtag werden ersucht, eine Beteiligung des Landes OÖ an den laufenden Kosten gemeindeeigener Aufsichtsorgane, hier konkret die Ordnungswache Wels, ehest möglich umzusetzen. Die Höhe der finanziellen Unterstützung soll sich dabei am Ausmaß jener Aufgaben orientieren, die durch Landesgesetze zur Kontrolle durch die Gemeinden festgelegt sind. Ich ersuche sie um eine positive Zustimmung.

GR Dr. Csar: Ich hatte das Vergnügen bei der Beschlussfassung im Landtag dabei sein zu können. Es ist eine gute und vernünftige Bestimmung, wenn die Ordnungswache mit diesen Kompetenzen ausgestattet werden kann. Es ist mir wichtig, dass die entsprechenden Grundlagen von der Stadt beschlossen werden und die Kompetenzübertragung dann erfolgen wird.

Für uns als ÖVP ist diese Resolution vorstellbar, zumal es auch möglich ist, dass andere Städte bzw. andere Gemeinde solche Ordnungswachen einrichten können und dementsprechend auch eine finanzielle Beteiligung wie eine Statutarstadt brauchen. Vorweg

eine Bitte, wir sollen jetzt nicht warten bis sich das Land OÖ mit dieser Resolution beschäftigt hat und ein Budgetzuschuss für die Stadt Wels übermittelt, sondern dass die Stadt Wels vorher diese Kompetenzübertragung umsetzt. In einer der letzten Gemeinderatsitzungen wurde bereits eine Personalaufstockung diskutiert und beschlossen, daher bitte nicht Zuwarten bis vom Land OÖ das Geld fließt.

GR. Kroiß: Wenn ich dich so reden höre, lieber Peter Csar, bin ich der Meinung wir bekommen das Geld tatsächlich, bin jedoch sehr skeptisch. Es war sehr euphorisch von dir und ich bin auf alle Fälle deiner Meinung, diese Kompetenzerweiterung sollen wir auch in der Stadt Wels beschließen. Wenn wir schon die Ordnungswache haben, soll sie auch in diesem Bereich einschreiten dürfen. Was das Geld betrifft, vertraue ich voll und ganz auf den Herrn Landeshauptmann und deine Unterstützung.

Der Antrag (Anlage 11) wird bei

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ, ÖVP)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE)

angenommen.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 149)
BZ-BauR-5016-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 26.11.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (149. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) beschließen.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird bei

und 33 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 515/A.2.2 (Stadtteil: Stadlhof)
BZ-BauR-6008-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 26.11.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 13 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 515/A.2.2 (Stadtteil: Stadthof) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 302/2.9 (Stadtteil: Vogelweide)
BZ-BauR-6009-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 26.11.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 302/2.9 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 103/1.33 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6010-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 26.11.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 15 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.33 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 209/1.10 (Stadtteil: Lichtenegg)
BZ-BauR-6011-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 26.11.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 16 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 209/1.10 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Die Tagesordnungspunkte sind erschöpfend behandelt worden. Nachdem es heute die letzte Sitzung in diesem Jahr ist, darf ich die Gelegenheit nützen, mich bei allen Damen und Herren des Gemeinderates und bei den

Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates für die Zusammenarbeit im Jahr 2012 ganz herzlich zu bedanken.

Wenn es auch da und dort hitzig hergegangen ist, dort wo es tatsächlich um die Stadt ging, dort haben wir immer einen Weg gefunden und gemeinsame Lösungen getragen.

Das Budget am heutigen Tag ist wieder eine gute Ausgangsbasis für das Jahr 2013. Es sind viele Dinge enthalten, die wir umsetzen können. Es gibt für jeden Referenten, für jede Referentin und für uns alle genug zu tun, daher wünsche ich ihnen viel erneuerbare Energie für das Jahr 2013, vor allem aber entsprechende Gesundheit.

Frau Magistratsdirektorin ich darf sie bitten, meinen Dank an die MitarbeiterInnen für die im Jahr 2012 geleistete Arbeit auszurichten. Es war auch für die MitarbeiterInnen nicht einfach, in manchen Abteilungen war es tatsächlich bis an die Leistungsgrenze ausgereizt. Trotzdem wurde sehr vieles geschaffen, was ich lobend anerkennen muss.

Ich bitte sie auch in Zukunft zusammen zu arbeiten. Wir hatten äußerst positive Beispiele, wie den Masterplan selbst, das Projekt Noitzmühle und andere, in denen alle Fraktionen im Interesse der Bevölkerung gehandelt haben.

Letztlich bedanke ich mich noch bei der ehemaligen Gemeinderatskanzlei, bei Frau Maderthaler und ihren Mitarbeiterinnen. Ihr habt eure Arbeit bis jetzt super gemacht, ihr werdet dies auch in Zukunft super machen.

In diesem Sinne Frohe Weihnachten, alles Gute für 2013. Damit ist die Sitzung geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: